

**Jürgen Arz/Otmar Sauer**

**ZUR ENTWICKLUNG DER SOWJETISCHEN  
ÜBERGANGSGESELLSCHAFT 1917-29**

## **Inhalt**

<b>Vorwort.....</b>	<b>3</b>
<b>Vorbemerkung der Autoren.....</b>	<b>5</b>
<b>1. Die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen der russischen Revolution.....</b>	<b>8</b>
<b>2. Die nachrevolutionäre ökonomische und soziale Entwicklung bis 1923/24.....</b>	<b>12</b>
<b>Exkurs: Über die kapitalistische Bürokratie.....</b>	<b>24</b>
<b>3. Das Ende der Restaurationsperiode und die Parteikämpfe bis 1928/29.....</b>	<b>27</b>
<b>Exkurs: Einige Bemerkungen zu J. Schmierers „Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der Russischen Revolution“ .....</b>	<b>40</b>
<b>Exkurs: Die sowjetische Außenpolitik von der „Permanenten Revolution“ zum „Sozialismus in einem Lande“ .....</b>	<b>45</b>

## Vorwort

Die hier vorliegende Broschüre von Jürgen Arz und Otmar Sauer aus dem Jahr 1973 entstand im Rahmen der Auseinandersetzungen der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), der damaligen Sektion der IV. Internationale in Deutschland, mit den seinerzeit wie Pilze aus dem Boden sprießenden maoistischen Gruppen. Diese konnten auf keine eigene Tradition (kein eigenes politisches Erbe) zurückblicken, sie machten sich aber auch wenig Mühe, ihre politische Orientierung – vor allem die Abgrenzung von der „Moskauer Linie“ – auf fundierte Analysen zu stützen. Stattdessen wurde das theoretisch seichte und analytisch fehlerhafte Rechtfertigungsgeschreibsel der maoistischen Führung der 1960er Jahre nachgeplappert und abgeschrieben. Aufgrund des scharfen sino-sowjetischen Konflikts vermutete man in der Lehre der maoistischen Führung (speziell der des Großen Steuerhelfers) ein wirksames Gegengift gegen den klassenversöhnlerischen Kurs der an Moskau orientierten Kommunistischen Parteien.

Dieses internationale Phänomen führte auch in der damaligen BRD (Westdeutschland) im Verlauf der Jugendradikalisierung (spezieller in der Nach-68er-Bewegung) zu einer massenhaften Organisation (vorwiegend junger Menschen) in neuen kommunistischen Gruppen (K-Gruppen). Deren praktische Politik war – wie so vieles an neuen Politikansätzen jener Zeit! – oft naiv und illusionistisch, nicht selten von Größenwahn begleitet. Aber längst nicht alles war verkehrt oder unverständlich. Ganz und gar nicht! Diese Gruppen hatten – zumindest in der Summe – ein gewisses Gewicht im Land, jedenfalls mehr als alle anderen Strömungen der Neuen Linken zusammengenommen.

Die sogenannten „trozkistischen“ Gruppen – wovon die GIM mit Abstand die bedeutendste war – hatten nur bescheidene Organisationserfolge. Den unbestreitbaren Vorteil, dass sie bei der Ausarbeitung von Analysen und einer politischen Strategie und Taktik nicht bei Null anfangen mussten (sie sich also auf ein umfangreiches revolutionär-marxistisches Erbe stützen konnten), haben sie aufgrund falscher Prioritätensetzung (Entrismus in der SPD der 1950/1960er Jahre und vor allem das zu späte Erkennen des Potentials der weltweiten Jugendradikalisierung) nicht in eine erfolgreiche Aufbauarbeit ummünzen können.

Aber ihre Arbeit blieb politisch nicht ohne Folgen. Der politische Einfluss der GIM reichte weit über das eigene Umfeld hinaus. Das reiche Erbe des revolutionären Marxismus nutzend haben *zum Beispiel* die Genossen Jürgen Arz<sup>1</sup> und Otmar Sauer die hier vorliegende Broschüre geschrieben. Sie entstand in der Auseinandersetzung mit einer der damals bedeutendsten K-Gruppen, dem *Kommunistischen Bund Westdeutschland* (KBW). Die damaligen maoistischen Gruppen sind fast ausnahmslos verschwunden (nicht zuletzt aufgrund der politisch-ideologischen Defizite des Maoismus); nur eine Gruppe hat sich gut gehalten, die MLPD, die aber gegenüber politischer Kritik (etwa an ihrem Stalin verherrlichendem Kurs) vollkommen abgeschottet ist und in einer eigenen Welt lebt.

Da die Frage nach den Gründen des Scheiterns des „real existierenden Sozialismus“ immer wieder hochkommt und dabei ganz oft viel zu kurz greifende Erklärungsversuche unternommen oder verbreitet werden, erscheint uns die Neuherausgabe der hier vorliegenden Broschüre angezeigt, ja im Grunde seit langem überfällig. Sie erschien das erste Mal 1973 und erreichte mit der dritten (1976) eine Auflagenhöhe von 5000. Sie ist im Grunde aktueller denn je und müsste nur in den wenigsten Punkten (zu nachgeordneten Einzelfragen) von den Autoren heute anders formuliert werden. Noch nicht mit aufnehmen konnten die Autoren natürlich die erst im Jahr 2000 erschienene gewichtige Analyse von Ernest Mandel „Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie“<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Jürgen Arz verstarb am 10. Dez. 2016, ein Nachruf auf ihn findet sich in „die internationale“ Nr. 5/2017, ein weiterer Text von ihm (zu 150 Jahre „Das Kapital“) in „die internationale“ 6/2017. Diese Zeitschrift kann bestellt werden unter: <http://www.inprekorr.de/inhalt.htm> (dort finden sich auch diverse Ausgaben als pdf-Dateien zum Herunterladen).

<sup>2</sup> Erschienen im Neuen ISP-Verlag. Das Buch gehört zu den wichtigsten Werken Ernest Mandels.

Die vorliegende Fassung entspricht der 3. Auflage (1976). Der Text wurde bewusst nicht an die neue Rechtschreibung angepasst. Die Digitalisierung besorgte Walter Wiese, dem unser besonderer Dank gebührt. Wir wünschen dieser Broschüre, dass sie häufig heruntergeladen und auch sonst gut verbreitet wird.

*Jakob Schäfer*  
Dezember 2017

**Weitere Literatur zum Thema:**

- Ernest Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie (1968, Neuauflage im isp-Verlag 2007), die Kapitel XV: Die Sowjetwirtschaft, und XVI: Die Wirtschaft der Übergangsperiode, und XVII: Die sozialistische Wirtschaft

- Jakob Moneta: Aufstieg und Niedergang des Stalinismus. Ernest Mandel: Zur Geschichte der KPdSU, Frankfurt/Main isp-Verlag 1977

- Ernest Mandel: The Roots of the Present Crisis in the Soviet Economy. In: The Socialist Register, 1991 S. 194-210

Als pdf-File herunterzuladen unter:

<http://www.socialistregister.com/index.php/srv/article/view/5595/2493#.WkeTN0xFzIV>

oder einfach: <https://tinyurl.com/y9vs4p42>

- Marcel van der Linden (Hg.): Was war die Sowjetunion? (Promedia, Wien, 2007) mit Texten von Leo Trotzki, Tony Cliff, Antonio Carlo, Hillel Ticktin, Ernest Mandel und Chris Arthur.

Die Digitalisierung des Textes entlang der dritten Auflage besorgte Walter Wiese. Auf die Anpassung an die neue Rechtschreibung wurde bewusst verzichtet.

## Vorbemerkung der Autoren

Der Plan zur vorliegenden Arbeit entstand im Verlauf der Auseinandersetzung mit der schrittweisen Übernahme der „Theorie“ der neuen Bourgeoisie durch die verschiedenen aus der Studentenbewegung hervorgegangenen ML-Zirkel und hier vor allem mit den Positionen der KG/NRF (das ist zum größten Teil der heutige KBW – d. Red.) zu den bestehenden Übergangsgesellschaften. Der Weg dieser Positionen führte über die undifferenzierte und mit vielfältigen, versteckten Antikommunismen behaftete Ablehnung der osteuropäischen Gesellschaftsformationen zur völlig unausgewiesenen Bezugnahme auf Einschätzungen der KPCh, die zum Substitut für die eigene analytische Leistung gerieten. Wo bestimmte Ansätze zu solchen Analysen geliefert wurden, verstrickten sie sich notwendig in Aporien, ganz zu schweigen davon, daß sie sich alle durch ein mehr oder weniger platonisches Verhältnis zur Marxschen Methode auszeichneten.

Begreift man den historischen Materialismus als die dialektische Auffassung einer dialektisch zu vollziehenden Geschichte, so ist damit gleichzeitig umrissen, was die Marxsche Methode im Hinblick auf die Erfassung nachkapitalistischer Gesellschaften zu leisten vermag und wo ihre Grenzen liegen.

Indem Marx die verschiedenen aufeinanderfolgenden Produktionsweisen wesentlich in ihrem Fluß, d.h. in ihrem Entstehen und Vergehen, also historisch begreift, entzieht er der aus der bloß moralisch-ethischen Negation der Klassengesellschaft gewonnenen Vorstellung über die sozialistische Zukunft den Boden, um sie jedoch gleichzeitig als geschichtlich notwendige Phase der Menschheitsentwicklung wieder zu etablieren, diesmal aber nicht als pures Idealbild des denkenden Kopfes, sondern abgeleitet aus den materiellen Bedingungen des Kapitalismus selbst. Insofern konnten Aussagen über nachkapitalistische Gesellschaften nur in dem Maße getroffen werden, als bereits in der bisherigen Geschichte und ihren Entwicklungstendenzen embryonale Formen der Zukunft enthalten sind. Daß dies nicht heißen kann, sich jeglicher Äußerungen über die sozialistische Gesellschaft zu enthalten und dies womöglich auch noch für „wissenschaftlich“ auszugeben, versteht sich von selbst. Die entsprechenden Stellungnahmen von Marx und Engels sind jedoch immer wieder in Zusammenhänge eingeordnet, wo entweder der transitorische Charakter des Kapitalverhältnisses selbst aufscheint<sup>3</sup> oder wo anhand von programmatischen Vorstellungen und deren Kritik Unklarheiten und ungenaue Formulierungen zu bekämpfen waren<sup>4</sup>. Eine zweite, nicht minder wichtige methodische Beschränkung ergibt sich aus dem zu betrachtenden Gegenstand selbst: Wenn Marx sich daran machen konnte, das Kapital als „wesentliches Verhältnis“ in seinen allgemeinen Bewegungsgesetzen zu erforschen, dann setzte dies eine entfaltete Totalität der kapitalistischen Produktionsweise voraus. Am Beispiel der Kategorie der „abstrakten Arbeit“ veranschaulichte er dieses Problem:

„Es war ein ungeheurer Fortschritt von Adam Smith, jede Bestimmtheit der reichthumzeugenden Tätigkeit fortzuwerfen – Arbeit schlechthin, weder Manufaktur noch kommerzielle, noch Agrikulturarbeit, aber sowohl die eine wie die andre ... Wie schwer und groß dieser Übergang, geht daraus hervor, wie Adam Smith selbst noch von Zeit zu Zeit wieder in das physiokratische System zurückfällt. Nun könnte es scheinen, als ob damit der abstrakte Ausdruck für die einfachste und uralteste Beziehung gefunden, worin die Menschen – sei es in welcher Gesellschaftsform immer – als produzierend auftreten. Das ist nach der einen Seite hin richtig. Nach der andren nicht. Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit *setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Ar-*

<sup>3</sup> „Wird es (das Kapital — J.A./O.S.) aber so aufgefaßt, so tritt sogleich der historisch transitorische Charakter dieses Verhältnisses hervor, dessen allgemeine Erkenntnis mit seiner Fortdauer unvereinbar und das selbst die Mittel seiner Abschaffung schafft“ (K. Marx, Theorien über den Mehrwert, III. Teil, MEW Bd. 26.3, S. 261). Vgl. z.B.: ders., Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie; Das Kapital III, MEW Bd. 25, S. 883, Theorien 3, i. a. O., S. 253, usw.

<sup>4</sup> Vgl. z.B.: F. Engels, Anti-Dühring, MEW Bd. 20, S. 239 ff.; ders., Brief an C. Schmidt, v. 5.8.1890, MEW Bd. 37, S. 436, K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, S. 19 ff. usw.

*beitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist. So entstehen die allgemeinsten Abstraktionen überhaupt nur bei der reichsten konkreten Entwicklung, wo eines vielen gemeinsam erscheint, allen gemein. Damit hört es auf, nur in besondrer Form gedacht werden zu können. Andererseits ist diese Abstraktion der Arbeit überhaupt nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität von Arbeiten. Die Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Art der Arbeit entspricht einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbeit in die andre übergehen und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist... Diese einfachste Abstraktion also, welche die moderne Ökonomie an die Spitze stellt und die eine uralte und für alle Gesellschaftsformen gültige Beziehung ausdrückt, erscheint doch nur in dieser Abstraktion praktisch wahr als Kategorie der modernsten Gesellschaft...“<sup>5</sup>.*

Im Anschluß an diese methodischen Ausführungen wäre in Bezug auf die bestehenden Übergangsgesellschaften die Frage zu stellen, ob sie jene entfaltete Totalität spezifischer ökonomischer und gesellschaftlicher Formen repräsentieren, die Voraussetzung für die reale und gedankliche Abstraktion *allgemeiner Gesetzmäßigkeiten* darstellte. Diese Frage meinen wir mit gutem Gewissen verneinen zu können, vielmehr sind wir der Auffassung, daß dazu als unbedingte Voraussetzung wenigstens in den wichtigsten entwickelten Industrienationen Übergangsstrukturen notwendig wären. Jeder andere methodische Ansatz würde eine mehr oder minder apologetische Haltung zu dieser oder jener Übergangsgesellschaft implizieren.

Deshalb wird diese Frage weder in den Publikationen der sich an Moskau orientierenden KPen, noch in jenen der das chinesische Vorbild hochhaltenden Genossen aufgeworfen. Damit ist erstens für den jeweiligen „Weg zum Sozialismus“ ein gewisses Ausschließlichkeitsrecht beanspruchbar, und zweitens können auf diese Weise in der Kritik des jeweiligen Widerparts als Maßstab abstrakte Kategorien angelegt werden ohne die mindeste Reflexion über ihre Anwendbarkeit. Wo Abweichungen von diesem kategorialen Schema aufgefunden werden, kann man dann denunziatorisch die jeweiligen „Verräter am Proletariat“ ansiedeln.

Treibt dieser kategoriale Normativismus seine dogmatischen Blüten, muß die konkrete Geschichte entweder ganz aus der Theorie verbannt oder in ein apriorisches Prokrustesbett gepresst werden, was unweigerlich zu Verkürzungen bzw. Überinterpretationen führt.

Indem wir also die Feststellung treffen, daß der Versuch, aus den gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen gegenwärtiger nichtkapitalistischer Formationen allgemeine Bewegungsgesetze abzuleiten, mit der Marx'schen Methode nicht in Einklang zu bringen ist, sagen wir damit keineswegs, man solle sich als Marxist in Bezug auf die Übergangsgesellschaften ins analytische Abseits begeben. Ganz im Gegenteil. Da wir es hier mit ganz bestimmten historischen Formationen zu tun haben, die ihrer eigenen Logik folgen und die spezifische Züge verschiedener Produktionsweisen widersprüchlich in sich vereinigen, kann das konkrete Resultat auch vom marxistischen Ansatz her im Versuch, eine Synthese von Theorie und Geschichte zu leisten, analysiert werden. Wovor man sich hüten muß, ist lediglich einerseits die Verallgemeinerung der *jetzt* vorliegenden Produkte proletarischer Revolutionen in zurückgebliebenen Ländern und andererseits das abstrakte Gegenüberstellen einer scheinbar „reinen Theorie“ und der gegebenen Realitäten.

Diese Haltung kennzeichnet auch unseren Versuch, die Sowjetökonomie und Sowjetgesellschaft in ihrem konkreten historischen Entstehungsprozeß zu begreifen und dementsprechend die Begrifflichkeiten parallel zur Darstellung ihres geschichtlichen Werdens zu entfalten. Bezogen auf die Form dieser Darstellung heißt dies, daß wir zunächst die konkrete Herausbildung bestimmter Kategorien (wie z.B. der Bürokratie) nachzuweisen hatten, um dann deren charakteristische Züge im Kontext übergreifender Theoriebildung ausarbeiten zu können. Dies machte zum Teil längere Exkurse (z.B. über die kapitalistische Bürokratie) notwendig. Wenngleich die gesamte Darstellung einer impliziten Kritik an der „Theorie“ der neuen Bourgeoisie gleichkommt, haben wir doch der

<sup>5</sup> K. Marx, Grundrisse, Einleitung, a. a. O., S. 25 (Hervorhebungen von uns)

Auseinandersetzung mit ihr und ähnlichen Ansätzen ein spezielles Kapitel im zweiten Teil unserer Arbeit vorbehalten, vor allem hinsichtlich der Tatsache, daß die verschiedenen maoistischen Erklärungsversuche selbst einander mehr oder minder ausschließen und eine gründliche Behandlung ihrer immanenten Widersprüchlichkeiten geraten scheint. Lediglich einer frühen Aufarbeitung dieses Themas – obgleich noch in unausgereifter Form – wurde ein eigener Exkurs im hier veröffentlichten ersten Teil gewidmet (vgl. Exkurs 2).

Was die Entwicklung der sowjetischen Übergangsgesellschaft im Zeitabschnitt von 1917 bis 1929 angeht, die Inhalt dieses ersten Teils ist, haben wir weitgehend darauf verzichtet, rezipierende Arbeiten zu diesem Thema heranzuziehen und nur da, wo die Quellensituation eine andere Vorgehensweise ausschloß, wurde Sekundärliteratur zur Hilfe genommen (z.B. bei der Darstellung der Position Bucharins in der Industrialisierungsdebatte). Da die Rezeption dieser Periode untrennbar mit der Gesamteinschätzung der sowjetischen Übergangsgesellschaft verknüpft ist, bleibt die Auseinandersetzung mit solchen Arbeiten — soweit sie von Relevanz sind — dem zweiten Teil vorbehalten.

Dieser zweite Teil wird sich konkret mit Industrialisierung und Kollektivierung und ihren Folgen beschäftigen und dabei aufzeigen, inwieweit die verschiedenen Reformansätze in den 50er und 60er Jahren aus den widersprüchlichen Strukturen der Stalin-Ära resultierten, welche Interessen politischer und ökonomischer Natur dahinterstehen und welche Resultate aus ihnen hervorgingen. Daran anschließen wird sich ein Exkurs über die Entwicklung der Außenpolitik der Sowjetunion, der an dem hier abgedruckten anknüpft, und die Kritik der These von der Restauration des Kapitalismus.

Februar 1973

Otmar Sauer / Jürgen Arz

# DIE ENTWICKLUNG DER WIDERSPRÜCHE DER SOWJETISCHEN ÜBERGANGSGESELLSCHAFT

## 1. Die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen der russischen Revolution

Die Revolution von 1917 war die Verknüpfung zweier historisch ungleichzeitiger Übergänge von einer Epoche zur anderen. Sie war eine *bürgerliche, demokratische* Revolution im Sinne der Lösung der Agrarfrage, des Kampfes des Kleinrentums gegen die Überreste der Leibeigenschaft und das „alte Regime“. Sie war eine *sozialistische* Revolution im Sinne der führenden Rolle des Proletariats und seiner revolutionären Partei, der Zerschlagung der Kapitalherrschaft. Der permanente Charakter der russischen Revolution resultierte aus den Besonderheiten des sozio-ökonomischen Aufbaus Rußlands (gleichzeitige Existenz einer vorkapitalistischen und der kapitalistischen Produktionsweise), die Rußland – als Teil der internationalen kapitalistischen Kette – zum schwächsten Kettenglied machten.

Dasjenige Phänomen, das sich durchgängig durch die vorrevolutionäre Geschichte Rußlands zieht, ist seine historische Zurückgebliebenheit gegenüber den Gesellschaften Mittel- und Westeuropas. Da in Rußland zu Beginn des Mittelalters das landwirtschaftliche Mehrprodukt einen vergleichsweise nur geringen Umfang besaß, ging die ständische Differenzierung in dieser Epoche nur sehr zögernd voran. So war der russische *Staat* seit seiner Gründung (862 n.u.Z.) vor allem infolge der Einfälle angrenzender Völker (Mongolen, Tartaren, Polen, Litauer, Schweden) gezwungen, bestimmte Funktionen der wenig entwickelten ständischen Formationen – hauptsächlich militärische – von Anfang an zu übernehmen. Als Folge davon wurde ein unverhältnismäßig großer Teil des Mehrprodukts vom Staat verschlungen, ein Umstand, der den sozialen Differenzierungsprozeß weiter behinderte.

Seit Ende des 17. Jahrhunderts begann der russische Staat die ökonomische Entwicklung des Landes quasi „künstlich“ zu forcieren und dies unter dem unmittelbaren Druck der westeuropäischen Konkurrenz, die sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch formiert hatte. Auf staatliche Initiative gründete sich denn auch die Entstehung völlig neuer, industrieller Produktionszweige. In dem Maße, wie die sich langsam und deformiert entwickelnde bürgerliche Gesellschaft zu Tendenzen führte, die vielleicht geeignet sein konnten, das zaristische, feudalaokratische Regime in Frage zu stellen, nahm der mit allen modernen Nachrichten- und Transportmitteln ausgerüstete und schlagkräftig zentralisierte bürokratisch-militärische Apparat an Gewicht zu.

Die Spitzen der zaristischen Ministerialbürokratie (so vor allem das Ministerium Witte) gelangten nicht ohne Grund in der zweiten Hälfte des vorigen [des 19.] Jahrhunderts zu der Ansicht, daß der russische Staat in gewisser Weise die Rolle der entwickelten bürgerlichen Klassen Westeuropas übernehmen und über den Staatshaushalt die Industrialisierung Rußlands betreiben müsse – andernfalls drohe dem Land das koloniale Schicksal Indiens oder Chinas. So war vor allem das Jahrzehnt zwischen 1890 und 1900 durch ungeheure Wachstumsraten in der Industrieproduktion gekennzeichnet. In diesem Zeitraum entstanden – bezogen auf das Jahr 1900 – 40% aller Industrieunternehmen und die Zahl der Industriearbeiter stieg von 1,4 auf 2,4 Mio.<sup>6</sup> Die Produktion war weitgehend den Bedürfnissen des russischen Absolutismus untergeordnet (Rüstungsproduktion) und stärkte so dessen Position. Die Mittel für die dazu notwendigen Investitionen wurden nicht privat akkumuliert, sondern durch steuerliche Belastungen der Landwirtschaft und über Auslandskredite beschafft. „So stellt sich die Regierung Rußlands in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts der Welt als eine riesenhaft militärbü-

<sup>6</sup> L.D. Trotzki, Die russische Revolution 1905, Ausg. Werke, Bd. 1, Berlin 1972, S. 24



rokratische Steuer- und Börsenorganisation von unerschütterlicher Macht dar.“<sup>7</sup>

Wie bereits angedeutet, war die Entwicklung des städtischen Handwerks und Handels nicht sehr ausgeprägt. Beide kamen deshalb nur in sehr beschränktem Maße für die Deckung des immensen Kapitalbedarfs in Frage. Außer über Steuern und Staatsanleihen mit hohem Zinsdienst<sup>8</sup> erfolgte diese über den direkten Kapitalimport aus den westeuropäischen Ländern (v.a. England und Frankreich). Auf diese Weise wurden die neuesten Errungenschaften der fortgeschritteneren Länder der eigenen Rückständigkeit angepaßt. Während die Landwirtschaft in ihrer Hauptmasse bis zur Revolution auf dem Niveau des siebzehnten Jahrhunderts verblieb, erreichte die Industrieproduktion einen Konzentrationsgrad, der den der fortgeschritteneren kapitalistischen Länder z.T. übertraf. Ebenso fortgeschritten war die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital. Dies bedeutete jedoch nichts anderes als die Abhängigkeit des russischen Kapitals vom westlichen: „Die Schwerindustrie befand sich fast restlos unter der Kontrolle des ausländischen Finanzkapitals, das sich ein Hilfs- und Vermittlungssystem von Banken in Rußland geschaffen hatte.“<sup>9</sup> Rund 40% des gesamten Aktienkapitals war in ausländischen Händen und in wesentlichen Bereichen der Industrie und der Banken waren es 80%.<sup>10</sup>

Aus dieser ökonomischen Struktur des vorrevolutionären Rußlands ergab sich der Charakter der Klassen und ihre Beziehungen zueinander. Das *Proletariat* erreichte durch den hohen Konzentrations- und Zentralisationsgrad des Kapitals eine höhere Konzentration als selbst in den USA. Im Jahre 1914 waren 17,8% des amerikanischen Proletariats in Betrieben mit über tausend Arbeitern beschäftigt. In Rußland dagegen 41,4% und in den industriellen Zentren, Petrograd und Moskau sogar 44,4 und 57,3%. Nach den Angaben Trotzki's betrug Rußlands Bevölkerung „zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts etwa 150 Millionen, von denen mehr als 3 Millionen auf Moskau und Petrograd entfielen ... Indes zählte im Jahre 1905 die Arbeiterklasse Rußlands auf allen Arbeitsgebieten, in Stadt und Land, nicht weniger als 10 Millionen Seelen, was zusammen mit den Familien über 25 Millionen ausmachte . .“<sup>11</sup>

Die Agrarreform von 1861 hatte den *Bauern* zwar einen größeren Freiheitsspielraum eingeräumt, indem die Leibeigenschaft aufgehoben wurde (was sich real aber nur sehr begrenzt auswirkte), zugleich jedoch wurde der Bauer neuen ökonomischen und sozialen Zwängen unterworfen. Es entstand ein komplexes System der Überschneidung feudalistischer und kapitalistischer Formen der landwirtschaftlichen Produktion, die „in der Praxis zu einer ganzen Reihe tiefstgehender und kompliziertester Konflikte und Widersprüche führt(e).“<sup>12</sup>

Bis zum Jahre 1917 hatte sich die faktische Abhängigkeit der bäuerlichen Massen unerträglich zugespitzt, zumal die Reform Stolypins vom November 1906 zu einer Pauperisierung breiter Teile der Bauernschaft geführt hatte und die steuerlichen Belastungen fortwährend gewachsen waren.<sup>13</sup> Etwa 30 000 Großgrundbesitzer hielten die Hälfte des bebauten Landes in ihren Händen, während sich die andere Hälfte 10 Millionen Bauernfamilien teilen mußten.<sup>14</sup>

Die russische *Bourgeoisie* war aufgrund des aufgepfropften Charakters des russischen Kapitalismus nicht organisch gewachsen, sondern entwickelte sich unter der Obhut des internationalen Kapitalismus und des russischen Feudalabsolutismus. Dies machte sie unfähig, ihre

<sup>7</sup> L.D. Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven. Die treibenden Kräfte der Revolution, F/M 1967, S. 33

<sup>8</sup> 1908 betrug der Anteil des Zinsdienstes ca. 1/3 des Reineinkommens der Staatskasse (s. Trotzki, Die russische Revolution 1905, a. a. O., S. 17)

<sup>9</sup> L.D. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Februarrevolution. Berlin 1931, S. 22

<sup>10</sup> H. Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek b. HH 1964, S. 24. Vgl. auch W.I. Lenin, der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Bd. 22, S. 235 f.

<sup>11</sup> L.D. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, a. a. O., S. 22/24

<sup>12</sup> W.I. Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, Werke Bd. 3, S. 190

<sup>13</sup> Vgl. dazu L.D. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, a. a. O. S. 56

<sup>14</sup> a. a. O., S. 54. Siehe zur Bauernfrage auch W.I. Lenin, Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie, Werke Bd. 6, S. 97 ff und - als zusammenfassende Darstellung der bolschewistischen Analyse der Bauernfrage - J. Schmierer, „Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution“, in: Neues Rotes Forum, 1/71, S. 13-25.

historischen Aufgaben zu realisieren und verband sie mit dem Zarismus auf der Basis der Sicherung ihrer ökonomischen Existenz- und Wachstumsbedingungen durch das alte feudala-b-solutistische Regime. Dies wurde durch das ausländische Kapital begünstigt, das nicht nur die Gewinne einstrich, „sondern auch (seinen) politischen Einfluß in ausländischen Parlamenten realisierte und den Kampf um den russischen Parlamentarismus nicht nur nicht förderte, sondern ihm häufig sogar entgegenwirkte.“<sup>15</sup>

In der imperialistischen Epoche ist die bürgerliche Demokratie nicht mehr unbedingt die beste Form der bürgerlichen Klassenherrschaft. Die russische Bourgeoisie war weder in der Lage, sich dem Proletariat voranzustellen (die proletarische Klasse war keine plebejische Fußtruppe mehr), noch die Führung der Bauernschaft oder von Teilen der Bauernschaft zu übernehmen. Im ersten Fall, weil sich die kapitalistischen Beziehungen und der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bereits voll entfaltet hatten, im zweiten Fall, weil auf dem Dorf die halbfeudalen Beziehungen die kapitalistische Differenzierung noch überlagerten, und die Bourgeoisie „durch ein Netz gemeinsamer Interessen mit den Gutsbesitzern verbunden war und die Erschütterung des Eigentums in welcher Form auch immer fürchtete.“<sup>16</sup>

Aufgrund des gleichzeitigen Nebeneinanders dieser historisch ungleichzeitigen sozio-ökonomischen Elemente in Rußland und der Dynamik, die sich aus der Kombination dieser Besonderheiten im Kontext mit der Stellung Rußlands im Rahmen des Weltkapitalismus als dessen schwächstes Kettenglied ergab, wurde die Revolution zur permanenten Revolution im Sinne des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen, bäuerlichen Revolution in die proletarische.<sup>17</sup>

Das Bündnis von Proletariat und Bauernschaft hatte seine objektive Grundlage in der sozio-ökonomischen Wirklichkeit des vorrevolutionären Rußland. Die Klassenziele der beiden verbündeten Klassen waren durchaus verschieden, konnten doch nur im Bündnis realisiert werden. So wurde die Diktatur des Proletariats im Kampf um die Verwirklichung der demokratischen Aufgaben der Revolution errichtet, weil diese Aufgaben im imperialistischen Zeitalter in den Ländern mit einer rückständigen ökonomischen und sozialen Struktur nicht mehr im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gelöst werden können, sondern nur durch die sozialistische Revolution.

Für die bolschewistische Partei vor und nach der Oktoberrevolution war die proletarische Revolution in Rußland nicht getrennt von der Revolution in der ganzen Welt und vor allem im Westen Europas zu sehen. Lenin sagte dazu: „Wenn wir, die bolschewistische Partei, allein das ganze Werk in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift ... Unsere Rettung aus all diesen Schwierigkeiten – das wiederhole ich nochmals – ist die Revolution in ganz Europa!“<sup>18</sup> Und an anderer Stelle heißt es:

„Als wir vor drei Jahren die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen des Siegs der proletarischen Revolution in Rußland stellten, haben wir stets ausdrücklich erklärt, daß dieser Sieg nicht als gesichert gelten kann, wenn Rußland nicht von der proletarischen Revolution im Westen unterstützt wird, daß eine richtige Einschätzung unserer Revolution nur vom internationalen Standpunkt aus möglich ist. Um zu erreichen, daß unser Sieg gesichert ist, müssen wir erreichen, daß die proletarische Revolution in allen oder zumindest in einigen wichtigen kapitalistischen Ländern siegt.“<sup>19</sup>

<sup>15</sup> L.D. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, a. a. O. S. 22 f.

<sup>16</sup> a. a. O., S. 23

<sup>17</sup> „... führte die Rückständigkeit Rußlands zu einer eigenartigen Verschmelzung der proletarischen Revolution gegen die Bourgeoisie mit der Bauernrevolution gegen die Grundbesitzer.“ (W.I. Lenin, Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte, Werke Bd. 29, S. 299)

<sup>18</sup> W.I. Lenin, Politischer Bericht auf dem a.o. VII. Parteitag der KPR(B), Werke Bd. 27, S. 81

<sup>19</sup> W.I. Lenin, Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgabe der Partei, Werke Bd. 31, S. 405

Vgl. zu diesem Komplex auch noch: W.I. Lenin, Rede über die internationale Lage, Werke Bd. 28, S. 145. N. Bucharin/E. Preobraschenski, ABC des Kommunismus, HH 1921 (Reprint), S. 151 f. N. Bucharin, Ökonomie der

Diese These, daß das Schicksal der russischen Revolution auf der internationalen Ebene entschieden werde, war eine der Grundprämissen des Denkens der Bolschewiki. Im Grunde hat die Geschichte dieser These recht gegeben. Einerseits konnte die Sowjetmacht in der Phase des Bürgerkriegs nur dadurch bestehen, daß fast alle imperialistischen Länder von einer revolutionären Nachkriegswelle erfaßt wurden und andererseits haben die Ungleichzeitigkeiten im weltrevolutionären Prozeß die Usurpation der politischen Macht durch eine bürokratische Kaste in der sowjetischen Übergangsgesellschaft begünstigt.<sup>20</sup>

Die internationalistische Grundhaltung der Bolschewiki fand ihren Ausdruck im Kampf für eine neue, kommunistische Internationale, die nach dem Verrat der Zweiten Internationale für die revolutionären Marxisten eine dringende Notwendigkeit geworden war. 1919 wurde daher die Dritte, Kommunistische Internationale als „einheitliche kommunistische Partei der ganzen Welt“ gegründet.<sup>21</sup>

Transformationsperiode, Reinbek, b. HH 1970, S. 167 f.

<sup>20</sup> Trotzki, der die zitierte Auffassung Lenins vom Schicksal der Arbeitermacht in Rußland teilte, konkretisierte diese Position während der Auseinandersetzung mit dem bürokratischen Zentrismus dahingehend, daß er die These der Unmöglichkeit der **Vollendung** der sozialistischen Revolution (wonach die Klassen abgeschafft und der Staat abgestorben ist) im nationalen Rahmen aufstellte. Vgl. „Wider den Nationaltrotzkismus“, in: die Internationale, Jhg. 16, Nr. 3/4 1971, S. 10

<sup>21</sup> Statuten der Kommunistischen Internationale (Komintern), in: Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, HH 1921 (Reprint Erlangen 1971), S. 602

## 2. Die nachrevolutionäre ökonomische und soziale Entwicklung bis 1923/24

Lenin hob in Vergleichen der russischen Revolution mit der kommenden Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Europas des öfteren hervor, „daß es in Europa unermesslich schwieriger ist, die Revolution anzufangen, daß es bei uns unermesslich leichter ist, anzufangen, aber schwieriger als dort sein wird, die Revolution fortzuführen.“<sup>22</sup>

Obwohl niemand als die Bolschewiki in der Lage war, den zentralen Widerspruch des aus der Oktoberrevolution hervorgegangenen Regimes klarer zu sehen — den Widerspruch zwischen dem historisch fortschrittlichsten sozialen und politischen System und der Rückständigkeit der Gesamtwirtschaft — waren sie doch vor Aufgaben gestellt, auf die sie kaum vorbereitet sein konnten und die schier unlösbar schienen. Diese Situation sollte durch die Verzögerung der Revolution im Westen noch verschärft werden. Entsprechend ihrer Vorstellung von der Umgestaltung der nachrevolutionären Gesellschaft in Richtung Sozialismus *a la longue*, sah das Programm der KPR(B) mit seinen Änderungen vom April 1917 *nicht* die unmittelbare Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum vor, und auch in der Programmdiskussion des VII. Parteitags vom März 1918 wird nur die Nationalisierung der Banken und des Bodens erwähnt.<sup>23</sup> Bis zum Ende des Jahres 1917 hatten sich jedoch spontan Verhältnisse herausgebildet, unter denen die besitzenden Klassen durch die in den Fabriken gewählten Komitees schon halb enteignet waren.<sup>24</sup> Die Obstruktions- und Sabotagepolitik der ehemals Herrschenden ließ den Bolschewiki zudem keinen anderen Ausweg: Durch die Dekrete vom Juni und November 1918 wurden Industrie und Handel vollständig verstaatlicht. Der VIII. Parteitag konnte in seinem Programm diese Entwicklung nur noch nachvollziehend anerkennen.<sup>25</sup> Aber nicht nur die stürmische Initiative der Arbeiter, sondern auch der Widerstand der expropriierten Expropriateure und vor allem der Ausbruch des Bürgerkriegs und der Beginn der Intervention ausländischer Truppen in diesen Bürgerkrieg machten eine straffe staatliche Zentralisation der durch den Weltkrieg ohnehin zerrütteten wirtschaftlichen Ressourcen des Landes unbedingt notwendig, wollte man ihnen auch noch die Mittel zum Sieg über die Konterrevolution abgewinnen.

Dieses System der Verstaatlichung von Banken, Industrie und Handel mit seiner teilweisen Rückkehr zum Naturaltausch (der Rubel war durch exzessive Papiergeldemission beinahe gänzlich wertlos geworden) und mit seinen Arbeiterkommandos, die auf dem Lande Lebensmittel für die Stadt und die Armee requirierten (Dekret vom August 1918), dieses aus der Not des Überlebensmüssens der jungen Sowjetrepublik geborene und hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Roten Armee abgestellte System ist als „*Kriegskommunismus*“ in die Geschichte der Sowjetökonomie eingegangen. Obwohl es die Bolschewiki ohne Ausnahme manches Mal als die erste Stufe zum wirklichen Kommunismus interpretierten, war es doch nur „eine tragische Travestie der marxistischen Vision der Zukunftsgesellschaft.“<sup>26</sup> Preobraschenski charakterisierte diese Periode zutreffend in folgender Weise:

„Die Wirtschaft des Kriegskommunismus war die einer Staatswirtschaft des Kriegs-Konsum-

<sup>22</sup> W.I. Lenin, Politischer Bericht. . ., a. a. O., S. 79 f. Vg. auch ders., Die Dritte Internationale ..., a. a. O., S. 299

<sup>23</sup> Vgl. dazu W.I. Lenin, Resolution über die Revision des Parteiprogramms, Werke Bd. 24, S. 272 f. und ders., Referat über die Änderung des Parteiprogramms und die Änderung des Namens der Partei, Werke Bd. 27, S. 125

<sup>24</sup> Vgl. L.B. Kamenew, Die ökonomische Politik Sowjetrußlands 1921:

„Der Prozeß der Nationalisierung vollzog sich mit elementarer Gewalt. Es machte sich dabei ein anarchistisches Element geltend und es entstand eine Lage, in der das Proletariat faktisch zum Herrn der Dinge wurde, der proletarische Staat aber nicht imstande war, jenes Eigentum zu verwalten und zu einer sozialistischen Wirtschaft zu gestalten, von der er Besitz ergreifen mußte.“ (in: Russische Korrespondenz Nr. 1/3, Jan./März 1922, Reprint Erlangen 1971, Bd. iii/1, S. 23

<sup>25</sup> Vgl. W.I. Lenin, Entwurf des Programms der KPR(B), Werke Bd. 29, S. 119, wo es heißt: „Auf ökonomischem Gebiet besteht die Aufgabe der Sowjetmacht gegenwärtig in folgendem: 1. die **eingeleitete und im großen und ganzen bereits abgeschlossene** Expropriation der Bourgeoisie . . . unablässig fortzusetzen und zu Ende zu führen.“ (von uns hervorgehoben)

<sup>26</sup> I. Deutscher, Trotzki 1879-1921. Der bewaffnete Prophet, Stuttg. 1962, S. 459

Typus. Wir akkumulierten nicht, sondern waren gezwungen, unsere Vorräte so wirtschaftlich wie möglich zu *verbrauchen*. Die Produktion war nicht *Reproduktion*, sondern Mittel, um Rohstoffe und fixes Kapital in Konsumgüter und Waffen zu verwandeln.“<sup>27</sup>

Es ist evident, daß dieses System zwar der Sowjetmacht eine maximale Ausschöpfung aller ökonomischen Reserven zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats erlaubte, aber auf der anderen Seite der Zerrüttungsprozeß der Wirtschaft durch diese Politik eine erhebliche Beschleunigung erfuhr. Die Produktivität der Industrie sank ins Bodenlose, das Verkehrs- und Transportsystem war in einem chaotischen Zustand, der Bauer produzierte aus Furcht vor den Requisitionsabteilungen kaum Überschüsse und ein blühender Schwarzmarkt ersetzte den liquidierten legalen Markt.

War die ökonomische Lage Sowjetrußlands im Jahre 1919 schon nicht gerade günstig zu beurteilen gewesen,<sup>28</sup> so konnte man am Ende des Jahres 1920 bereits von einer katastrophalen Situation sprechen: Die Produktion der Großindustrie (1913 = Index 100) war auf 12,8, die der Kleinindustrie auf 44,1, die der Stahlindustrie auf 4 gesunken<sup>29</sup>, die von Getreide auf 62,8 und das Außenhandelsvolumen rutschte von 2,9 Mrd. Rubel auf 30 Mio. hinab<sup>30</sup>. „Der Verfall der Produktivkräfte stellte alles in den Schatten, was die Geschichte diesbezüglich früher aufgewiesen hatte. Das Land und mit ihm die Macht standen am Rande des Abgrunds.“<sup>31</sup>

Im Verlaufe des Bürgerkrieges vollzogen sich jene Prozesse in den Klassen und in ihrem Verhältnis zueinander, die die objektiven Voraussetzungen für eine thermidorianische Wende mit konstituierten. Es zeigte sich, daß die Bauernschaft nur insoweit hinter der Sowjetmacht stand, wie diese die 1917 eingetretenen bürgerlichen Verhältnisse auf dem Lande garantierte und verteidigte. Während die Bauernschaft aufgrund ihrer Masse und Trägheit das konstante Element blieb, wurde die Arbeiterklasse, die soziale Stütze der bolschewistischen Partei, spürbar dezimiert. Der eine Teil wurde an der Front aufgerieben, andere Teile gingen zurück aufs Land, um dem Hunger zu entfliehen oder wurden in die Sowjetinstitutionen integriert. „Von 1917 bis 1920 nahm im europäischen Teil Rußlands die Stadtbevölkerung um 35,2% ab. Petersburg, das 1916 2.400.000 Einwohner hatte, besaß 1920 nicht mehr als 740 000, während Moskau im selben Zeitraum einen Bevölkerungsrückgang von 1 900 000 auf 1 120 000 verzeichnete.“<sup>32</sup>

Nach dem Bürgerkrieg erwies sich die Arbeiterklasse als unfähig, die proletarische Diktatur auszuüben. Schon 1919 hatte Lenin auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) festgestellt, daß der alte zaristische Staatsapparat zwar zerschlagen worden war, die „zaristischen Bürokraten (jedoch) begannen, in die Sowjetbehörden hinüberzuwechseln und dort den Bürokratismus einzuführen, begannen, sich als Kommunisten aufzumachen und sich der erfolgreichen Karriere wegen Mitgliedsbücher zu verschaffen.“ Die Schranken, die die Teilnahme der Massen an der Verwaltung verhinderten, waren zwar beiseite geräumt worden, „aber wir haben bisher nicht erreicht, daß die werktätigen Massen an der Verwaltung mitwirken könnten, denn außer dem Gesetz gibt es noch das Kulturniveau, das sich keinem Gesetz unterwerfen läßt. Dies niedrige Kulturniveau bewirkt, daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen* sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die

<sup>27</sup> E. Preobraschenski, Die neue Ökonomik, W-Berlin 1971, S. 42. Vgl. zur selben Frage auch L.D. Trotzki, Die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands und die Weltrevolution, Rede auf dem IV. Weltkongreß der Komintern, HH 1923 (Reprint), S. 9f.

<sup>28</sup> Vgl. dazu A. Rykow, Die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands, in: Russische Korrespondenz, Nr. 5, März 1920, Reprint Erlangen 1971, Bd. 1/1, S.V/1

<sup>29</sup> A. Baykov, The Development of the Soviet Economic System, zitiert nach E. Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie F/M 1968, S. 578

<sup>30</sup> L.D. Trotzki, Die Verratene Revolution, F/M 1968, S. 25

<sup>31</sup> a. a. O., S. 25 f

<sup>32</sup> L. Colletti, Zur Stalinfrage, W-Berlin 1970, S. 21. Vgl. auch I. Deutscher Trotzki 1921-1929. Der unbewaffnete Prophet, Stuttgart. 1962, S. 18

werktätigen Massen selbst.“<sup>33</sup>

Die bolschewistische Partei wuchs im Laufe des Bürgerkriegs in eine substitutionalistische Rolle hinein. „Sie vertrat nur sich selbst, das heißt, ihre der Vergangenheit angehörige Verbindung mit der Arbeiterklasse, ihr gegenwärtiges Bestreben, als der Hüter der proletarischen Interessen aufzutreten, und ihre Absicht, im Laufe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus eine neue Arbeiterklasse zu sammeln, die zu gegebener Zeit das Schicksal des Landes in ihre Hände nehmen sollte . . .“<sup>34</sup> Der Substitutionalismus war nicht aufgrund eines Unverständnisses der Dialektik von Partei und Klasse seitens der Bolschewiki entstanden, ebenfalls nicht aufgrund eines Meinungsumschwungs bei der revolutionären Klasse, sondern einzig und allein aufgrund der Tatsache, daß das russische Proletariat *physisch* als revolutionäre Kraft, als historisches Subjekt, wenn auch nur zeitweise, von der politischen Bühne verschwand.

Im Prozeß des Entstehens bürokratischer Auswüchse (Verwaltung für, statt durch die Massen) liegt ein starkes Element von Unvermeidlichkeit. Diese Unvermeidlichkeit ist zum einen in der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit und in der Tatsache begründet, daß - wie Marx sagte - in der ersten Phase des Kommunismus in der Distribution noch das bürgerliche Recht besteht.<sup>35</sup> An der Gültigkeit des bürgerlichen Rechts in der Distribution ändert auch nichts der Umstand, daß in der Phase des Kriegskommunismus die Verteilung geplant stattfand, denn das war eine Perversion auf den wirklichen Kommunismus, ein Kommunismus der Not und nicht des Überflusses.<sup>36</sup>

Die Bürokratie ist von daher Produkt und Produzent der Ungleichheit. „Sie entsteht von Anfang an als *bürgerliches Organ* des Arbeiterstaates.“<sup>37</sup>

Marx und Lenin schlugen in ihren wichtigsten Arbeiten zu dieser Problematik<sup>38</sup> als Gegenmaßnahmen vor allem das Rotationsprinzip, die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit von Deputierten und den Kampf gegen materielle Privilegierung vor. Zum anderen waren die, in jeder Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus objektiv bürokratische Auswüchse bedingenden Faktoren mit den spezifischen der russischen Situation verquickt, der Rückständigkeit, den Zerstörungen durch siebenjährigen Krieg und Bürgerkrieg, der Verzögerung der Revolution im Westen, Faktoren, die zugleich geeignet waren, die von den Klassikern für den antibürokratischen Kampf konzipierten Formen der Massenaktivität außer Kraft zu setzen. Die Funktionen des antibürokratischen Kampfes gingen fast ausschließlich auf die bolschewistische Partei über.

Bei einer Analyse der Genese der Bürokratie in der SU empfiehlt es sich, eine methodische Trennung vorzunehmen zwischen bürokratischen Auswüchsen, die unter den skizzierten Bedingungen nahezu unvermeidlich sind, und dem Aufstieg einer bürokratischen Kaste, die ein

<sup>33</sup> W.I. Lenin, Bericht über das Parteiprogramm, Werke Bd. 29. S. 168 f. (Hervorhebungen von Lenin)

<sup>34</sup> I. Deutscher, a. a. O., S. 23

<sup>35</sup> Marx: „Womit wir es hier (in der ersten Phase des Kommunismus, J.A./ O.S.) zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage **entwickelt** hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft **hervorgeht**, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt . . . **Das gleiche Recht** ist hier aber immer noch — im Prinzip nach das **bürgerliche Recht**. . . Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“ in: Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, S. 29 f

<sup>36</sup> Vgl. Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 34/5: Ein hoher Grad der Entwicklung der Produktivkräfte ist darum notwendig, „weil ohne sie nur der **Mangel** verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte . . .“ Selbstverständlich reden wir hier nicht der revisionistischen „Theorie“ der Produktivkräfte das Wort, nach der die Steigerung der Produktivität automatisch den Sozialismus zur Folge hat.

<sup>37</sup> L.D. Trotzki, Verratene Revolution, S. 112 (Unterstreichung von uns). Dieses Zitat dem Genossen Schmierer ins Gedächtnis, der den ‚Trotzkisten‘ einen „klassenneutralen“ Bürokratiebegriff unterstellt (siehe „Prinzipien und Strategie der Außenpolitik der VR China“, in: Neues Rotes Forum, 1/72, S. 14). Vgl. dazu auch den Exkurs über die kapitalistische Bürokratie

<sup>38</sup> Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd. 17 und W.I. Lenin, Staat und Revolution, Werke Bd. 25

eigenes, wenn auch durch mehrere Faktoren beschränktes soziales und politisches Eigeninteresse entwickelt. Während in der ersten Phase die Kommunistische Partei als Ganzes Motor des Kampfes gegen die Bürokratisierung war, wurde sie in der zweiten Phase – zumindest in ihrer Mehrheit – zum politischen Instrument der Bürokratisierung. Die zweite Phase des Bürokratisierungsprozesses in der sowjetischen Übergangsgesellschaft folgte demnach keineswegs ausschließlich auf der Basis objektiver Gesetze, sondern auch auf der Basis von Veränderungen innerhalb des subjektiven Faktors, innerhalb der revolutionären Partei,<sup>39</sup> deren Verhältnis zu den sozialen Prozessen wir hier untersuchen wollen.

Anfang der 20er Jahre waren sich die KPR(B) und vor allem Lenin der bürokratischen Gefahr noch voll bewußt: Lenin charakterisierte den Sowjetstaat bereits 1920 als einen „Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“<sup>40</sup> und hob hervor, „daß der Kampf gegen den Bürokratismus ein absolut notwendiger Kampf ist und daß er ebenso kompliziert ist wie der Kampf gegen das kleinbürgerliche Element. Der Bürokratismus ist in unserer Staatsordnung so sehr zum wunden Punkt geworden, daß in unserem Parteiprogramm von ihm die Rede ist, und zwar deshalb, weil er mit diesem kleinbürgerlichen Element und seiner Zersplitterung zusammenhängt.“<sup>41</sup>

Aber auch die bolschewistische Partei hatte sich den Veränderungen in der Phase des Bürgerkriegs nicht entziehen können, nicht nur infolge der Dezimierung eines Großteils ihrer Arbeiterkader. Durch den Druck der Verhältnisse waren die Bolschewiki gezwungen gewesen, die anderen Parteien eine nach der anderen zu verbieten.<sup>42</sup> Durch dieses ‚naturwüchsig‘ sich entwickelnde Einparteiensystem verschmolzen zum einen Partei und Staat immer mehr miteinander, zum anderen wurde die Partei dadurch in einen Prozeß involviert, der sie soziologisch unfähig machen sollte, *als Partei* das Problem der Bürokratie in seiner vollen Schärfe zu erfassen. Die bolschewistische Partei, als nun einzige Partei der sowjetischen Gesellschaft, begann innerhalb der eigenen Reihen die Interessen verschiedener sozialer Schichten und Klassen – wenn auch vermittelt – zu reflektieren. Dies war neben der Notwendigkeit eines geschlossenen Rückzugs vom Kriegskommunismus die Grundlage für das Fraktionsverbot des Jahres 1921, ebenfalls eine Maßnahme, die aus einer Notlage entstand und zeitlich auf diese Notlage beschränkt sein sollte.<sup>43</sup>

Vorerst sahen die Bolschewiki die Hauptaufgabe darin, sich eine „Atempause“ zu verschaffen und die Wirtschaft in dieser Zeit wiederaufzubauen. In dieser Etappe sollten der Arbeiterklasse neue Kräfte zuwachsen.

„Ohne eine gewisse ‚Atempause‘ gibt es diese neuen Kräfte nicht, sie werden nur langsam heranwachsen, anders als auf der Grundlage der wiederhergestellten Großindustrie (d.h. genauer und konkreter gesagt, auf der Grundlage der Elektrifizierung) können sie *von nirgendher* kommen.“<sup>44</sup>

<sup>39</sup> siehe E. Mandel, Über die Bürokratie, Mannheim o.J.

<sup>40</sup> W.I. Lenin, Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki, Werke Bd. 32, S. 7, Vgl. auch Die Krise der Partei, a. a. O., S. 32

<sup>41</sup> W.I. Lenin, Bericht des ZK der KPR(B) an den X. Parteitag, a. a. O., S. 190

<sup>42</sup> Das Einparteiensystem entsprang nicht der bolschewistischen Konzeption der Sowjetdemokratie. Vgl. W.I. Lenin, Zu den Losungen, Werke Bd. 25, S. 182 und L.D. Trotzki, Verratene Revolution, a. a. O., S. 96

<sup>43</sup> Vgl. I. Deutscher, Trotzki 1921-29 . . ., S. 29 ff. Dennoch war die innerparteiliche Demokratie auch nach dem Fraktionsverbot noch größer als gemeinhin angenommen wird: Lenin setzte sich persönlich für die Aufnahme von, Genossen der gerade verbotenen „Arbeiteropposition“ ins ZK ein (W.I. Lenin, Schlüsselwort zum Referat über die Einheit der Partei, Werke Bd. 32, S. 262 ff.) Er schloß künftige Meinungsverschiedenheiten und deren freie Diskussion nicht aus: „Wir können der Partei und den Mitgliedern des ZK nicht das Recht nehmen, an die Partei zu appellieren, wenn eine grundlegende Frage Meinungsverschiedenheiten hervorruft. . . Es wird möglich sein, daß man dann nach Plattformen wählen muß . . . Sollten ( . . . ) die Umstände grundlegende Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, kann man es dann verbieten, daß sie vor dem Richterstuhl der gesamten Partei ausgetragen werden? Das kann man nicht!“ (W.I. Lenin, Bemerkungen anlässlich des Abänderungsantrags Rjasanows..., Werke Bd. 32, S. 267)

<sup>44</sup> W.I. Lenin, Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt, Werke Bd 33, S. 6

Wirtschaft und Arbeiterklasse zu rekonstruieren und weiterzuentwickeln war die Perspektive, unter der die Bolschewiki die „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) konzipierten. Dieser Weg war zudem um vieles realistischer als der, den die „Arbeiteropposition“ in den Debatten 1920/1 einzuschlagen vorschlug, den der „Arbeiterselbstverwaltung“ der halb leer stehenden Fabriken.<sup>45</sup>

Zuerst mußte den objektiven Ursachen der bürokratischen Auswüchse an die Wurzel gegangen werden, *zuerst mußte angefangen werden, zumindest im Ansatz* mit der Unterentwicklung der Produktivkräfte und der quantitativen Unterentwicklung des Proletariats sowie seiner kulturellen Rückständigkeit und dem Mangel an Konsum- und Produktionsmitteln fertig zu werden. Dies mußte mit einer weltrevolutionären Strategie, gestützt auf die Kommunistische Internationale, verbunden werden.<sup>46</sup>

Konkreten Schutz gegen die Bürokratie sollte die Arbeiter- und Bauerninspektion (Rabkrin), die partielle, das Streikrecht ausdrücklich mit einschließende<sup>47</sup> Autonomie der Gewerkschaften, das System der „Troika“ in den Fabriken (d.h. die Einengung der Vollmachten der Direktoren durch Gewerkschaften und Partei) und die fortschrittliche Sozialgesetzgebung bewirken. Die Schwäche dieser Maßnahmen bestand darin, daß sie, wie Joscha Schmierer richtig bemerkt<sup>48</sup>, fast ausschließlich die Kontrolle von oben bedachten (eine „Schwäche“, die eben im Rahmen der weiter oben skizzierten Grenzen für dezentralisierte oder demokratisch-zentralisierte anti-bürokratische Massenaktivitäten gesehen werden muß), so daß alles davon abhing, inwieweit es der Bürokratie gelang, die Zentralmacht in Staat und Partei unter ihre Kontrolle zu bringen.<sup>49</sup>

Der Rahmen für den antibürokratischen Massenkampf verengte sich des weiteren zweifellos dadurch, daß die Heranziehung von bürgerlichen Spezialisten für den Aufbau der Wirtschaft notwendig und unvermeidlich war. Die bürgerlichen Spezialisten, „die in der bürgerlichen Gesellschaft erzogen wurden, die keine anderen Verhältnisse gekannt haben, die sich keine anderen gesellschaftlichen Verhältnisse vorstellen können“, sind „selbst dann, wenn sie ganz ehrlich ihrer Sache ergeben sind, selbst in diesen Fällen voll von Tausenden bürgerlicher Vorurteile, sind sie durch Tausende für sie unmerkliche Fäden verbunden mit der sterbenden, sich zersetzenden und daher tollwütigen Widerstand leistenden bürgerlichen Gesellschaft.“<sup>50</sup> Schien das Problem der bürgerlichen Spezialisten noch im Jahre 1919 dadurch gelöst, daß man sie der Kontrolle durch das Proletariat unterstellte<sup>51</sup>, so stellte sich das Problem nach dem Bürgerkrieg, unter der Bedingung der Schwächung und Zersplitterung des Proletariats, neu. Das Proletariat, das die bürgerlichen Spezialisten hätte kontrollieren und von ihnen lernen können, mußte erst wiederhergestellt werden. Dahingestellt sei ferner, ob die Einführung des Taylor-Systems (der Akkordarbeit), von Lenin, trotz der dem Taylor-System eigenen – wie er sagte – „raffinierten Bestialität“, zur Hebung der Arbeitsproduktivität akzeptiert, ob die damit verbundene „unbedingte Unterordnung unter den Willen des sowjetischen Leiters (der in der Praxis notgedrungen meist bürgerlicher Spezialist war, J.A./O.S.) ... während der Arbeit“ diesen Widerspruch nicht noch weiter verschärfte<sup>52</sup>. Wenn es auch absolut notwendig war, die ökonomische Restaurati-

<sup>45</sup> Wenn man die falschen Voraussetzungen der Opposition 1921 berücksichtigt, so verliert ihre Kritik an prophetischer Bedeutung, Und wenn sich zwei Jahre später Trotzki mit Teilen der 1921er Opposition, deren scharfer Gegner er gewesen war, vereinigte, so nicht deshalb, weil er nachträglich deren Kritik von 1921 akzeptierte, sondern weil inzwischen viele der falschen Voraussetzungen real geworden waren.

<sup>46</sup> siehe zu Außenpolitik der SU und Komintern den entsprechenden Exkurs.

<sup>47</sup> Vgl. I. Deutscher, Die sowjetischen Gewerkschaften, F/M 1969, S. 72 ff. Vgl. auch W.I. Lenin, Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, Werke Bd. 33, S. 172

<sup>48</sup> „Der Bolschewismus und die Bauernfrage . . .“, a. a. O., S. 29

<sup>49</sup> Das Kommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion z.B. wurde zur eigentlichen Brutstätte des bürokratischen Apparats in der Partei (Vgl. I. Deutscher, Trotzki 1921-29 . . ., S. 58 f., S. 94 f. Vgl. auch W.I. Lenin, Lieber weniger aber besser, Werke Bd. 33. S. 474 ff.)

<sup>50</sup> W.I. Lenin, Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Volkswirtschaftsräte, Werke Bd. 27, S. 408

<sup>51</sup> W.I. Lenin, Sitzung des Petrograder Sowjets, 12. März 1919, Werke Bd. 29, S. 6

<sup>52</sup> W.I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Bd. 27, S. 261



onsperiode mit den rentabelsten Produktionsmethoden abzukürzen, so ist nicht uninteressant, wenn Serge Mallet behauptet, daß zu dieser Zeit das Taylor-System, „selbst vom engen Gesichtswinkel der kapitalistischen Rationalität betrachtet“, überhaupt nicht mehr das rentabelste war. Bürgerliche amerikanische Soziologen und Sozialpsychologen entdeckten zu dieser Zeit ernsthafte Schwächen am Taylor-System und erkannten, „daß die Produzenten, wenn sie aller schöpferischen Initiativen beraubt sind, dazu tendieren, weniger zu produzieren als jene, denen diese Initiative zurückgegeben wurde.“<sup>53</sup> Indes waren Angriffe der Arbeiter auf bürgerliche Spezialisten an der Tagesordnung, die jedoch, wenn sie auch einem berechtigten Mißtrauen der Arbeiter entsprangen, angesichts des Mangels an Spezialisten die Qualität von „Maschinenstürmerei“ hatten.

Dem Problem der bürgerlichen Spezialisten konnte weder durch Bestrafung der Arbeiter, die gegen bürgerliche Spezialisten vorgingen, und Aufklärungskampagnen unter den Arbeitern allein, noch durch die materielle Privilegierung der bürgerlichen Spezialisten als besondere Schicht, die - wie Lenin sagte - „bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaft eine besondere Schicht bleiben wird“,<sup>54</sup> beigegeben werden. Zum einen, weil diese Schicht durch die Heranbildung proletarischer Elemente zu Spezialisten auf diese Weise nicht ersetzt, sondern laufend reproduziert wurde, zum anderen, weil für eine „kameradschaftliche Zusammenarbeit“ (Lenin) zwischen Arbeitern und bürgerlichen Spezialisten die Änderung der Haltung der bürgerlichen Spezialisten zur Arbeiterklasse ebenso notwendig war wie eine Aufklärungskampagne in der Arbeiterklasse, wenn die Priorität der „Atempause“ neben der Restauration der Wirtschaft und ihrer sozialistischen Weiterentwicklung nicht nur in der rein physischen Wiederherstellung und Stärkung des Proletariats bestand, sondern in der Wiederherstellung und Stärkung eines *klassenbewußten, kommunistischen* Proletariats.

Die KPR(B) vollzog ihre wirtschaftspolitische Wendung auf dem X. Parteitag 1921<sup>55</sup> und in der darauffolgenden Periode. Die Ablieferungspflicht der Bauern wurde durch eine Naturalsteuer ersetzt, der Markt als Mittler zwischen Stadt und Land wurde teilweise wieder errichtet, indem die Handelsfreiheit für den Groß- und Einzelhandel wiederhergestellt wurde, ausländischen Kapitalisten wurden Konzessionen angeboten, die Entlohnung in Naturalien wurde abgeschafft, der Rubel konsolidiert und die Klein- und Teile der mittleren Industrie wurden an private Unternehmer verpachtet. Ausdrücklich rechnete man mit falschen Vorstellungen und Fehlern der zurückliegenden Periode ab: „Unsere wirtschaftliche Aufbauarbeit, die wir damals (im Kriegskommunismus, J.A./O.S.) in den Vordergrund rückten, betrachteten wir unter einem einzigen Gesichtswinkel. Es wurde angenommen, der Übergang zum Sozialismus ließe sich unmittelbar verwirklichen, ohne eine vorhergehende Periode, welche die alte Wirtschaft an die sozialistische Wirtschaft anpassen würde. Wir nahmen an, wir seien, nachdem wir die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung ins Leben gerufen hatten, dadurch unmittelbar in ein, verglichen mit dem vorhergehenden, anderes ökonomisches System der Produktion und Verteilung eingetreten.“<sup>56</sup>

Das Überstürzte der Maßnahmen in der kriegskommunistischen Phase wurde als ein durch objektive Umstände bedingter Fehler gekennzeichnet<sup>57</sup>.

Gleichzeitig waren sich die revolutionären Marxisten darüber im Klaren, daß sowohl die Hoffnungen auf den Kriegskommunismus als auch die Rückzugspolitik der NEP nicht allein durch die internen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern durch den notwendig diskontinu-

<sup>53</sup> Vgl. W.I. Lenin, Über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften, Werke Bd. 33, S. 179

<sup>54</sup> W.I. Lenin, a. a. O., S. 180

<sup>55</sup> Vgl. W.I. Lenin, Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, Werke Bd. 32, S. 216 ff.

<sup>56</sup> W.I. Lenin, Über die neue ökonomische Politik, Werke Bd. 33, S. 69

<sup>57</sup> „Der ‚Kriegskommunismus‘ war durch Krieg und Ruin erzwungen. Er war keine Politik, die den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprach und konnte es auch nicht sein. Er war eine zeitweilige Maßnahme.“ (W.I. Lenin, Über die Naturalsteuer, Werke Bd. 32, S. 355. Vgl. auch Lenin, Die neue ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, Werke, Bd. 33, S. 43 f.)

ierlichen Prozeß der Weltrevolution bestimmt waren. So erklärte Trotzki auf dem IV. Weltkongreß der Komintern: „Sie werden fragen, ob wir keine Hoffnung hatten, aus diesem Stadium ohne große Rückzüge, als auf einem mehr oder weniger direkten Weg zum Kommunismus überzugehen? Wir müssen gestehen, daß wir tatsächlich in dieser Zeit Hoffnung auf ein rascheres Tempo der revolutionären Entwicklung in Westeuropa hatten. Das stimmt! Und auch jetzt können wir voller Bestimmtheit sagen, daß, wenn das Proletariat in Deutschland, in Frankreich und überhaupt in Europa sich im Jahre 1919 der Macht bemächtigt hätte, dann die ganze Entwicklung bei uns eine ganz andere Gestalt genommen hätte.“<sup>58</sup>

So war die NEP keine unumgänglich für jede Übergangsgesellschaft notwendige Periode<sup>59</sup>, und wenn man bedenkt, daß sie in ihrem Inhalt und in den damit verbundenen Perspektiven nur im Kontext der spezifischen sowjetischen Situation mit ihrer Zerstörung der Produktivkräfte unter den Bedingungen des Überwiegens der kleinbürgerlichen Produktion und der internationalen Isolierung (wobei die erste Bedingung durch die revolutionäre Aufhebung der letzteren kompensiert werden könnte) richtig verstanden werden kann, so kann man sagen, daß dies auch für Übergangsgesellschaften auf unterentwickelter Grundlage gilt.

Die unter der NEP eingeführte Naturalsteuer (die etwa die Hälfte des Umfangs der Ablieferungspflicht ausmachte<sup>60</sup>) bedeutete die Anerkennung der Tatsache, daß die Sowjetindustrie nicht imstande war, die *gesamten Überschüsse* der landwirtschaftlichen Produktion gegen ihre Erzeugnisse auszutauschen<sup>61</sup>. Dies mußte jedoch unbedingt das Ziel der Wirtschaftspolitik des proletarischen Staates sein, wollte er das Bündnis der Arbeiter und Bauern (die Smyschka) – und damit seine eigene Existenz – nicht langfristig gefährden:

„Vom sozialistischen Standpunkt aus kann das Bündnis zwischen dem Kleinbauern und dem Proletariat erst dann vollkommen richtig und stabil sein, wenn es dem Proletariat dank der völligen Wiederherstellung des Verkehrswesens und der Großindustrie möglich sein wird, den Bauern im Austausch gegen Lebensmittel alle für sie und für die Verbesserung ihrer Wirtschaft notwendigen Erzeugnisse zu liefern.“<sup>62</sup>

Da nach der Abtragung der Naturalsteuer der Bauer frei über seine Produkte verfügen konnte, erfüllte die Abschaffung der alten Ablieferungspflicht nur dann wirklich ihre Funktion als privatwirtschaftlicher Anreiz zur Produktion, wenn der Bauer seine Überschüsse gegen die für ihn notwendigen Gegenstände einzutauschen in der Lage war. Voraussetzung für das Ingangkommen dieses Austausches war die Handels- und Gewerbefreiheit, d.h. die partielle kontrollierte Reinstallierung kapitalistischer Verhältnisse *innerhalb der proletarischen Diktatur*.<sup>63</sup>

„Der Handel ist die einzig mögliche ökonomische Verbindung zwischen den vielen Millionen kleiner Landwirte und der Großindustrie, *wenn... wenn* nicht neben diesen Landwirten eine erstklassige maschinelle Großindustrie mit einem Netz elektrischer Leitungen vorhanden ist, eine Industrie, die sowohl ihrer technischen Leistungsfähigkeit als auch ihrer organisatorischen „Überbauten“ und Begleiterscheinungen nach fähig ist, die kleinen Landwirte mit größeren Mengen besserer Erzeugnisse rascher und billiger als früher zu versorgen.“<sup>64</sup> Die NEP war jedoch nicht nur ein politisches und ökonomisches Zurückweichen bzw. Anerkennen der Realitä-

<sup>58</sup> L.D. Trotzki, Die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands ... a. a. O., S. 10

<sup>59</sup> Vgl. E. Varga, Sozialismus und Kapitalismus in Sowjetrußland, in: Russische Korrespondenz Nr. 10/11, Nov. 1921, Reprint Erlangen 1971, Bd. II/2, S. 960

<sup>60</sup> Vgl. W.I. Lenin, Rede über die Naturalsteuer, Werke Bd. 32, S. 381

<sup>61</sup> Vgl. L.D. Trotzki, Die neue ökonomische Politik . . . , a. a. O., S. 28. Dort wird dieses Mißverhältnis in Zahlen dargelegt.

<sup>62</sup> W.I. Lenin, Thesen zum Referat auf dem III. Weltkongreß der Komintern über die Taktik der KPR(B) (ursprünglicher Entwurf), Werke Bd. 32, S. 479

<sup>63</sup> E. Varga, Sozialismus und Kapitalismus, a. a. O., S. 960 ff.

<sup>64</sup> W.I. Lenin, Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus, Werke Bd. 33, S. 95. Vgl. auch folgende Stelle: „Der Staat muß lernen, so Handel zu treiben, daß die Industrie die Bauernschaft zufriedenstellt, daß die Bauernschaft durch den Handel ihre Bedürfnisse befriedigt.“ (W.I. Lenin, Die neue ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse . . . , a. a. O., S. 53).

ten Sowjetrußlands, sondern war *gleichzeitig* konzipiert als Möglichkeit, trotz der schwach entwickelten Produktivkräfte des Landes, den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen *auf der Grundlage einer sich entwickelnden Industrie als sozialistischem Wirtschaftssektor*.<sup>65</sup> Nur innerhalb dieses Rahmens ist die Bedeutung, die Lenin dem Genossenschaftswesen zumaß, richtig zu verstehen und einzuschätzen.

„Um die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft richtig zu gestalten, sind nur zwei Wege denkbar. Wenn sich die Großindustrie in blühendem Zustand befindet, wenn sie die Kleinbauern sofort mit einer genügenden Produktenmenge oder einer größeren Produktenmenge als früher versorgen und auf diese Weise ein richtiges Verhältnis zwischen den von den Bauern eingehenden Vorräten an landwirtschaftlichen Produkten und den industriellen Erzeugnissen herstellen kann, dann wird die Bauernschaft in ihrer Masse, die parteilose Bauernschaft kraft der Tatsachen anerkennen, daß diese neue Ordnung besser ist als die kapitalistische Ordnung... Wenn es keine Großindustrie gibt, die fähig ist, sich so zu organisieren, daß sie die Bauernschaft sofort mit Produkten versorgen kann, so gibt es für die allmähliche Entwicklung eines mächtigen Bündnisses der Arbeiter und Bauern keinen anderen Weg als den Weg des Handels und der allmählichen Hebung der Landwirtschaft und Industrie über ihren gegenwärtigen Stand hinaus, unter der Leitung und Kontrolle des Arbeiterstaates – einen anderen Weg gibt es nicht.“<sup>66</sup>

Der doppelte Zweck, den die NEP also verfolgte, nämlich einerseits die unmittelbare Restauration der Produktivkräfte mit Hilfe des Privatkapitals unter der Kontrolle der proletarischen Staatsmacht und andererseits – jedoch damit dialektisch verknüpft – die Förderung des sozialistischen Wirtschaftssektors, implizierte einen fortwährenden Kampf zweier Prinzipien, der nicht ohne Gefahren war<sup>67</sup> und dessen Ausgang 1921 noch keineswegs als ausgemacht gelten konnte. Er lief auf die Frage „wer wird wen überflügeln?“ hinaus, wie es Lenin im Oktober 1921 formulierte<sup>68</sup>. Lenin definierte die NEP als eine Kraftprobe zwischen Kapitalismus und Sozialismus:

„Gestatten Sie mir, Ihnen das ohne Übertreibung zu sagen, denn in diesem Sinne ist es wirklich das entscheidende 'letzte Gefecht', nicht gegen das internationale Kapital – dort wird es noch viele entscheidende 'letzte Gefechte' geben – nein, aber gegen den russischen Kapitalismus, der aus dem bäuerlichen Kleinbetrieb hervorstößt, der von ihm gestützt wird. Hier steht uns in nächster Zukunft ein Kampf bevor, dessen Zeitpunkt man nicht genau bestimmen kann:

<sup>65</sup> Vgl. L.D. Trotzki, Die neue ökonomische Politik . . ., a. a. O., S. 14 f.

<sup>66</sup> W.I. Lenin, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik, Werke Bd. 33, S. 139 ff. Ein halbes Jahr zuvor schon hatte Lenin den Gedanken der Hebung des industriellen Niveaus etwas konkreter formuliert: „Die wirkliche und einzige Basis für die Sicherung von Hilfsquellen, für die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft, ist allein die Großindustrie. Ohne den kapitalistischen Großbetrieb, ohne eine hochstehende Großindustrie kann von Sozialismus überhaupt nicht die Rede sein, und erst recht nicht in einem Bauernland. Wir in Rußland wissen jetzt viel konkreter als früher, und wir sprechen heute statt von einer unbestimmten oder abstrakten Form der Wiederherstellung der Großindustrie von einem bestimmten, genau berechneten, konkreten Elektrifizierungsplan.“ (Referat über die Naturalsteuer, a. a. O., S. 427 f.)

<sup>67</sup> „Gewiß kann man mit vollem Recht über die NEP sagen, daß hier eine große Gefahr vorliegt, denn reicht man dem Teufel den Finger, wird man ihm auch die Hand, den Arm und schließlich den ganzen Körper geben müssen. Der Markt, die Konkurrenz, der freie Getreidehandel, - was zieht all das nach sich? Eine Zunahme der Bedeutung des Handelskapitals in erster Linie, eine steigende Akkumulation desselben. Das Handelskapital, einmal vorhanden, dringt auch in das produktive Leben, in die Industrie ein. Es erhält vom Staat Industrieunternehmungen in Pacht. Darauf haben wir die Akkumulation auch in der Industrie und nicht mehr im Handel allein. So sehen wir, wie der wirkliche Kapitalismus - denn die Spekulanten, die Vermittler, die Pächter sind die wirklichen Kapitalisten, die sich im Arbeiterstaat breit machen - immer und immer stärker wird, sich eines immer größeren Teils der nationalen Ökonomie bemächtigt und dadurch den Sozialismus, der im Entstehen begriffen ist, zunichte macht und letzten Endes sich auch der Staatsmacht bemächtigt.“ (L.D. Trotzki, Die neue ökonomische Politik...; a. a. O., S. 19)

Vgl. auch das von Lenin zitierte Beispiel des bürgerlichen Professors Ustrjalow: „Ich bin für die Unterstützung der Sowjetmacht, weil sie den Weg beschritten hat, auf dem sie bei der gewöhnlichen bürgerlichen Staatsmacht landet.“ (Politischer Bericht des ZK der KPR(B) an den XI. Parteitag, Werke Bd. 33, S.273)

<sup>68</sup> W.I. Lenin, Die neue ökonomische Politik und die Aufgaben . . ., a. a. O., S. 46

Hier steht das entscheidende 'letzte Gefecht' bevor, hier sind keine Umgehungsmanöver mehr möglich, weder politische noch irgendwelche andere, denn das ist das Examen des Wettkampfes mit dem Privatkapital. Entweder werden wir dieses Examen des Wettkampfes mit dem Privatkapital bestehen, oder es gibt ein volles Fiasko.“<sup>69</sup>

Die sozio-ökonomischen Hauptakteure dieses Kampfes waren klar bestimmbar: auf der einen Seite die Warenkleinproduktion auf dem Lande mit ihrer übermäßigen Zersplitterung<sup>70</sup>, die noch auf der Stufe des Beginns des kapitalistischen Akkumulationsprozesses stand, die Warenkleinproduktion in der Stadt mit dem Handelskapital als Vermittler zwischen beiden und das zur Hebung der Produktivkräfte auf der Basis der Großproduktion und gegen die Zurückgebliebenheit der Kleinproduktion ins Land geholte ausländische Kapital, das allerdings mangels Vertrauen der europäischen Kapitalisten in das Andauern der NEP-Periode keinen nennenswerten Umfang besaß. Auf der anderen Seite die proletarische Staatsmacht mit der Bastion des Außenhandelsmonopols und einer ganzen Skala fiskalischer, preis- und finanzpolitischer Instrumente, die sozialistische Großindustrie und der sozialistische Bereich der Landwirtschaft (Kollektivwirtschaften auf hohem Produktivitätsniveau<sup>71</sup>). Der widersprüchliche Charakter der NEP enthüllte sich erst recht bei der Analyse der den beiden Sektoren der Wirtschaft zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten (und ihrem Aufeinanderwirken), die Preobraschenski Ende 1921 folgendermaßen darstellte:

„Auf dem Territorium der Sowjetrepublik werden wir in den nächsten Jahren zwei verschiedene ‚Naturgesetze der Bewegung‘<sup>72</sup> beobachten und studieren können, die historisch durch einige Jahrhunderte voneinander getrennt sind, durch eine Ironie des Schicksals jedoch auf einem und demselben Territorium und zur gleichen Zeit wirken: Das Naturgesetz der Entwicklung der Warenproduktion, das kapitalistische Verhältnisse neu schafft oder durch die Oktoberrevolution abgebrochene kapitalistische Prozesse und Zusammenhänge wieder herstellt einerseits, und andererseits das Naturgesetz der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, deren Basis die Großindustrie ist mit der Orientierung auf die Erweiterung der von der Oktoberrevolution geschlagenen Bresche nach außen hin und mit der Tendenz zur allmählichen Ausbreitung der sozialistischen Wirtschaft auf Kosten der kleinbürgerlichen und, wenn ich mich so ausdrücken darf, der mittelkapitalistischen Einkreisung im Innern des Landes.“<sup>73</sup>

Diese Konstellation mußte notwendig zur Formulierung der Frage führen: „Wer wird siegen, wer wird die Lage *schneller ausnutzen* – der Kapitalist, den wir selbst zur Tür herein lassen, oder sogar durch mehrere Türen (und durch viele Türen, die wir selbst nicht kennen und die ohne und gegen unsere Absicht aufgetan werden), oder die proletarische Staatsmacht?“<sup>74</sup>

In der widersprüchlichen Dualität der ökonomischen Bewegungsgesetze in der ersten Phase

<sup>69</sup> W.I. Lenin, Politischer Bericht . . . , a. a. O., S. 263. An anderer Stelle des gleichen Berichts heißt es: „Ich sprach vom kommunistischen Wettbewerb nicht vom Standpunkt der kommunistischen Sympathien, sondern vom Standpunkt der Entwicklung der Formen der Wirtschaft und der Formen der Gesellschaftsstruktur. Das ist kein Wettbewerb, das ist ein erbitterter wütender Kampf, wenn nicht das letzte, so doch fast das letzte Gefecht auf Leben und Tod zwischen Kapitalismus und Sozialismus.“ (a. a. O., S. 274)

<sup>70</sup> Die Zahl der selbständigen Bauernwirtschaften hatte sich seit dem Oktober 1917 von 16 auf 25 Mio. erhöht (L. D. Trotzki, Verratene Revolution, a. a. O., S. 28).

<sup>71</sup> Die Kollektivwirtschaften machten in der NEP-Periode allerdings nur 0,8% der Höfe aus (L.D. Trotzki, a. a. O., S. 31)

<sup>72</sup> Vgl. dazu K. Marx: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist. . . kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.“ (Das Kapital I., Vorwort zur ersten Auflage, MEW Bd. 23, S. 15 f.). F. Engels: „Haben wir sie (die Naturgesetze, die auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruhen, J.A./O.S.) aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserem Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen.“ (Anti-Dühring, Berlin 1970, S. 260)

<sup>73</sup> E. Preobraschenski, Die Perspektiven der neuen Wirtschaftspolitik, in: Russische Korrespondenz Nr. 10/11, Nov. 1921, Reprint Erlangen 1971, Bd. II/2, S. 942.

<sup>74</sup> W.I. Lenin, Die neue ökonomische Politik und die Aufgaben . . . , a. a. O., S. 45 (Hervorhebung von uns, J.A./O.S.)

der sowjetischen Übergangsgesellschaft kommt zweierlei zum Ausdruck: erstens die Unvermeidlichkeit des Überlebens der Warenkategorien unter den Bedingungen eines *relativ* niedrigen Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte, „das es noch nicht ermöglicht, daß sich die neuen Produktionsverhältnisse in einem Klima entfalteten gesellschaftlichen Reichtums und schöpferischen Enthusiasmus der Produzenten spontan konsolidieren“<sup>75</sup>, zweitens die Spezifika der Sowjetunion anfangs der zwanziger Jahre mit ihrer dominierenden einfachen Warenproduktion auf dem Lande, die durch die weitgehende Destruktion der Industrie verstärkt wurde und die den Gesetzmäßigkeiten der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation unterlag.<sup>76</sup>

Im gleichzeitigen Nebeneinander des „hinter dem Rücken der Produzenten“ (Marx) sich durchsetzenden Wertgesetzes, das in der Landwirtschaft, im Handel und in marginalen Teilen der Industrie spontan zu einer Neuauflage der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation führte (Spekulanten, Wucherer, Kulaken), und dem bewußt gehandhabten – wenn auch noch wenig entwickelten<sup>77</sup> – Planungsinstrumentarium, dessen Einsatz sich auf politische Prioritätsentscheidungen gründete und das die Entwicklung der Industrie und damit des Proletariats nur *auf Kosten* der privaten Produktion<sup>78</sup> vorantreiben konnte, kam der kombinierte Charakter der russischen Revolution als einer Verschmelzung von bürgerlicher Revolution im agrarischen und proletarischer Revolution im industriellen Sektor zum Ausdruck<sup>79</sup>.

„Diese beiden Prozesse laufen also nebeneinander her und sind auch gleichzeitig einander entgegengesetzt. Trotz alledem unterstützten sie einander in derselben Zeit ... unsere Staatsunternehmen machen jetzt die Periode der *ursprünglichen sozialistischen Akkumulation* durch. . . auf der anderen Seite vollzieht sich von neuem der Prozeß der ursprünglichen *kapitalistischen* Akkumulation, und welcher dieser beiden Prozesse schneller verlaufen wird, wird die Wirklichkeit lehren. Die größeren Vorteile, die Trümpfe befinden sich in den Händen des Arbeiterstaates.“<sup>80</sup>

Zweifellos konnte die NEP etliche Erfolge für sich verbuchen, vor allem was die unmittelbare Wiederbelebung der Produktion, des Austauschs zwischen Stadt und Land und die Stabilisierung der Währung betraf. Bis zum Jahre 1926 erreichte die Industrieproduktion den Vorkriegsstand wieder, in einigen kleineren Zweigen übertraf sie ihn sogar. Bei einer erheblich besseren Startposition – also geringeren Zuwachsraten – konnte dies auch für die Landwirtschaft gesagt werden.<sup>81</sup>

<sup>75</sup> E. Mandel, „Warenkategorie und Lohnform in der Übergangsgesellschaft“ in: Zur Theorie der Übergangsgesellschaft I, Permanente Revolution Materialien Nr. I, W-Berlin 1972, S. 93. Insofern die Existenz zweier gegensätzlicher Regulierungsmechanismen (Plan und Wertgesetz) in der Übergangsökonomie auf die **allgemeinen**, objektiven Ausgangsbedingungen der Übergangsperiode („behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft“, K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, a. a. O. S. 20) zurückzuführen ist, wird die Beherrschung bestimmter Bereiche (vor allem der Distribution individueller Konsumtionsmittel) durch das Wertgesetz eine weite Strecke unumgängliches Merkmal jeder Übergangsperiode sein.

<sup>76</sup> Insofern die Diktatur des Proletariats in einem Land mit einer **besonderen**, unterentwickelten ökonomischen Struktur errichtet wird, ist die Herrschaft des Wertgesetzes ausgedehnt auf relevante Bereiche der Produktion (vor allem im Agrarsektor), was natürlich zu einer Verschärfung des Kampfes zwischen beiden Regulierungsmechanismen führen muß.

<sup>77</sup> Die staatliche Planungsbehörde „Gosplan“ arbeitete zwar ab 1921 für bestimmte Teilbereiche Ein- oder Mehrjahrespläne aus, jedoch mangels eines einheitlichen Wirtschaftsplans und gesetzgeberischer Kompetenzen besaßen diese Pläne wenig Verbindlichkeit und hingen oft genug in der Luft. Vgl. W.I. Lenin, Über die Ausstattung der staatlichen Planungskommission mit gesetzgeberischen Funktionen, Werke Bd. 36, S. 583.

<sup>78</sup> Diesen fortwährenden Kampf zwischen privater und nationalisierter Produktion hat Preobraschenski sehr genau untersucht (vgl. Die neue Ökonomik, a. a. O., S. 175 ff.). Die Industrialisierung der Sowjetunion mit den Mitteln, die der kapitalistischen Akkumulation durch Maßnahmen des proletarischen Staates entzogen wurden, nannte er „**ursprüngliche** oder auch **vorläufige sozialistische Akkumulation**“ (vgl. a. a. O., S. 107 f.).

<sup>79</sup> Vgl. L.D. Trotzki, Kopenhagener Rede, Mannheim o.J., S. 11

<sup>80</sup> L. D. Trotzki, Die neue ökonomische Politik . . . , a. a. O., S. 22 (Hervorhebungen von Trotzki)

<sup>81</sup> Vgl. dazu die Ziffern, die die „Gosplan“ für 1925/6 herausgab, abgedruckt im Anhang zu L.D. Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus? Eine Betrachtung der Sowjetwirtschaft und ihre Entwicklungstendenzen, Berlin 1925, Reprint, S. 100 ff.

Doch schon in diesen ersten Erfolgen zeigte sich der Antagonismus: Während 1922 die Landwirtschaft bereits 3/4 des Ernteertrages der Vorkriegszeit erreichte, stieg die Industrieproduktion nur auf 1/4 ihrer Erzeugnisse von vor dem Krieg<sup>82</sup>. Die Industrie (d.h. der staatliche Sektor) wuchs nicht in dem Verhältnis zur Landwirtschaft, wie es für eine optimale Entwicklung – gemäß dem Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation – notwendig gewesen wäre. Oder, mit anderen Worten, die dialektische Einheit von taktischem Rückzug und Übergang zum sozialistischen Aufbau, wie die NEP von Lenin gesehen wurde, blieb in der Politik der herrschenden Stalin-Bucharin-Fraktion unbeachtet. Bevor wir uns jedoch mit der Industrialisierungsdebatte beschäftigen, müssen wir uns verdeutlichen, daß es sich dabei nicht allein um eine theoretische Auseinandersetzung handelte, sondern um einen gesellschaftlichen Kampf.<sup>83</sup>

Die Folge des Hinterherhinkens<sup>84</sup> der Industrieproduktion hinter der Landwirtschaft waren chronische Arbeitslosigkeit und das immer weiter Auseinanderstreben von Preisen für landwirtschaftliche und industrielle Waren. Trotzki bezeichnete diese Entwicklung mit dem Begriff „Schere“. „Am 1. Oktober 1923, als die Schere am weitesten geöffnet war, belief sich der Preisindex für landwirtschaftliche Produkte auf 49, während der für Industrieprodukte den Stand von 275,5 erreichte (1913 = 100).“<sup>85</sup> Mit gezielten Industriepreissenkungen auf der Grundlage eines schnelleren Wachstums des Produktionsvolumens und damit des Industriegüterangebots konnte zwar vorübergehend eine Milderung dieses Problems erreicht werden, jedoch war abzusehen, wann die Industrie an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und die Schere sich damit wieder öffnen würde. So konnte ein Bauer im Jahre 1927 gegenüber 1913 für die gleiche Menge Getreide nur noch 50% der Menge an Industrieprodukten kaufen<sup>86</sup>.

Der Produktionsfortschritt in der Industrie war insofern trügerisch, als er auf der Basis des vom zaristischen Regime überlieferten fixen Kapitals erfolgte, dessen Kapazität gegen 1926 zu 100% ausgelastet war. Es bedurfte somit dringend einer Erneuerung der Produktionsmittel, um die Gefahr des Zurückbleibens der Industrieproduktion hinter der Besserung in der Landwirtschaft und dem Anwachsen der Bevölkerung zu vermeiden. „Der Kampf um unseren *sozialistischen* ‚Platz an der Sonne‘ wird, so oder so, ein Kampf um einen möglichst hohen Koeffizienten unseres Produktionswachstums sein müssen, Grundlage und gleichzeitig ‚Limes‘, Grenzwert dieses Wachstums ist jedoch die verfügbare Masse materieller Werte.“<sup>87</sup> Die Industrie war in der Folge nicht in der Lage, die ländliche Überbevölkerung zu absorbieren<sup>88</sup>, so daß diese das allgemeine Niveau der ohnehin stark zersplitterten Bauernwirtschaften weiter hinabdrückte, was wiederum die Verknappung des Gesamtangebots an Getreide und das weitere Absinken der Zahl jener Bauern nach sich zog, die über ihren eigenen Bedarf hinaus produzieren konnten. In dem Maße, wie das Bedürfnis der Bauern, im Austausch für ihre Produkte ein Äquivalent an Industrieerzeugnissen zu erhalten, infolge des zu geringen Angebots nicht befriedigt werden konnte – das Problem des sogenannten „Warenhungers“<sup>89</sup> –, verwendeten sie das über den eigenen Bedarf hinaus produzierte Getreide unter Umgehung des Marktes entweder als Futtermittel<sup>90</sup>, als Mittel zur Schatzbildung (Hortung großer Vorräte) oder verliehen es an ärmere Bauernschichten.

<sup>82</sup> Vgl. dazu L.D. Trotzki, Die neue ökonomische Politik . . . , a. a. O., S. 28

<sup>83</sup> Dies stellt sogar der bürgerliche Volkswirtschaftler Raupach fest, wenn er sagt: „Die westliche Geschichtsschreibung dieser Entscheidungsjahre überliefert vorwiegend die dogmatischen Konflikte im Kampf der Diadochen um die Macht. Man kann so übersehen, daß sie Reflex von sozialwirtschaftlichen Vorgängen sind . . .“ (Geschichte der Sowjetwirtschaft, a. a. O., S. 72)

<sup>84</sup> Im Original steht: Herhinkens

<sup>85</sup> E. H. Carr, A History of Soviet Russia, IV. S. 49. Zitiert nach E. Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, a. a. O., S. 579

<sup>86</sup> A. Baykov, The Development of the Soviet Economic System, zitiert nach Mandel, ebenda.

<sup>87</sup> L.D. Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus? , a.a.O., S. 57

<sup>88</sup> Die Zahl der Arbeitslosen betrug während der NEP relativ konstant 1,25 Mio. (E. Mandel, ebenda).

<sup>89</sup> Vgl. dazu A. Erlich, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928, F/M 1971, S. 43 ff.

<sup>90</sup> Die Zahl der Kühe wuchs seit 1922 jährlich um ca. 1 Mio. (siehe H. Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, a. a. O., S. 67).

Dies alles ist bereiteter Ausdruck dafür, daß sich das Verhältnis von Stadt und Land, von Proletariat und Bauernschaft, verschlechterte zugunsten der reichen Bauern (Kulaken), die in der NEP-Periode im Prozeß der Klassenspaltung auf dem Dorf die Oberhand gewannen. Die Differenzierung auf dem Lande, die in ihrer sozialen Dynamik an die Prozesse anknüpfte, die infolge der konterrevolutionären Stolypinschen Reformen begonnen hatten, jedoch durch die Oktoberrevolution nivelliert worden waren, nahm jene gefährlichen Formen an, die Lenin bereits 1921 als Gefahr, die die NEP in sich barg, skizziert hatte: „Wir alle, auch diejenigen, die nur das ABC des Marxismus gelernt haben, wissen, daß sich aus diesem Umsatz und der Freiheit des Handels unvermeidlich die Teilung der Warenproduzenten in Besitzer von Kapital und in Besitzer von Arbeitshänden, die Teilung in Kapitalisten und Lohnarbeiter, das heißt die Wiederherstellung der kapitalistischen Lohnsklaverei ergibt, die nicht vom Himmel fällt, sondern in der ganzen Welt aus der agrikolen Warenwirtschaft herauswächst. Das wissen wir theoretisch ausgezeichnet, und in Rußland muß jeder, der sich das Leben und die Wirtschaftsverhältnisse des kleinen Landwirts genauer angesehen hat, das unbedingt wahrnehmen.“<sup>91</sup>

So mußte Kamenew schon 1924 auf dem XIII. Parteitag zugeben, daß 8% der Bauernhöfe 25% des Viehs und der Zugtiere und 34% der Saatfläche besaßen.<sup>92</sup> „Die armen Bauern mußten ihr Getreide den Kulaken verkaufen, da sie keine Karren hatten, um es auf den Markt zu bringen. Unmittelbar nach der Ernte waren sie gezwungen, ihren kärglichen Überschuß zu Spottpreisen zu veräußern, um sich mit Industrieprodukten versorgen zu können, auf die Gefahr hin, vor Beginn der nächsten Ernte bei den gleichen Kulaken zu überhöhten Preisen Getreide zurückkaufen zu müssen.“<sup>93</sup> Auf die Dorfarmut (Bednjaken), die 33,3% der gesamten Bauernschaft ausmachten, entfielen 1928 je Hof durchschnittlich Produktionsmittel im Wert von 2,7(!) bis 55,1 Rubel, während einem Hof der reichen Bauern, die 3,9% der Bauernschaft ausmachten, Produktionsmittel in einem Wert von 1092,5 bis 2623,3 Rubel zur Verfügung standen.<sup>94</sup> Trotz des Verbots des Verkaufs und der Verpachtung des Landes gerieten die armen Bauern und ein erheblicher Teil der Mittelbauern in die faktische Abhängigkeit der Kulaken. Die Klassenspaltung in der Bauernschaft wurde des weiteren durch die Tatsache begünstigt, daß die Naturalsteuer bis 1926/7(!) *nicht progressiv* war.<sup>95</sup>

Die Kulaken übten dank ihrer sich ständig stärkenden Machtposition einen Druck auf den proletarischen Staat aus, der sich in sporadischen Bauernaufständen (z.B. 1924 in Georgien), Forderungen nach Aufhebung des Außenhandelsmonopols des Staates und dem Lieferungsboykott von landwirtschaftlichen Produkten äußerte<sup>96</sup>, ein Druck, der in den Jahren 1927/8 unerträglich werden sollte.

<sup>91</sup> W.I. Lenin, Rede über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, Werke Bd. 32, S. 220. Vgl. auch Preobraschenski, der in seinem Aufsatz „Die Perspektiven der neuen Wirtschaftspolitik“ ausführte: „Die Entwicklung des Dorfwucherertums muß unvermeidlich unter den neuen Verhältnissen auch zu einer Neugruppierung der Kräfte des Dorfes führen. Erstens wird die Zahl der Dorfarmen, die nach der Expropriation des Dorfwucherertums und nach der Nivellierung im Dorf auf ein Minimum herabgesetzt worden war, wachsen, das Dorf wird sich von neuem aus einem homogenen in ein differenziertes Dorf verwandeln.“ (a. a. O., S. 943)

<sup>92</sup> E.H. Garr, A History of Soviet Russia, Bd. IV, zitiert nach E. Mandel, a. a. O., S. 580

<sup>93</sup> Mandel, ebenda

<sup>94</sup> H. Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, a. a. O., S. 65 f.

<sup>95</sup> E. Mandel, a. a. O., S. 580. Nebenbei auch ein zuverlässiges Kriterium dafür, wie sehr die Stalin-Bucharin-Fraktion den Rückzugs-Übergangscharakter der NEP vernachlässigt hatte.

<sup>96</sup> 1926 lieferten bereits nur 6% der Bauernwirtschaften 60% (!) des für den Markt bestimmten Getreides. (L.D, Trotzki, Verratene Revolution, a. a. O., S. 30)

## Exkurs: Über die kapitalistische Bürokratie

Die bisherigen Ausführungen machen einen Exkurs über die Bürokratie im Kapitalismus notwendig. Ohne eine Darlegung des Funktionszusammenhangs der Bürokratie in der bürgerlichen Gesellschaft ist ein korrektes Verständnis der Bürokratie in der Übergangsgesellschaft, ihre weiter unten noch zu entwickelnden Besonderheiten eingeschlossen, nicht möglich.

„Echte Bürokratie ... kann es nur da geben, wo formell, d.h. nicht im Leben selbst, sondern in der öffentlich-rechtlichen Erfassung dieses Lebens der Grundsatz der unbedingten Gleichheit der Individuen herrschend geworden ist.“<sup>97</sup> Die ökonomische Basis dieser formellen Gleichheit ist der Markt:

„Auf dem Markt müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen (Waren, J.A./O.S.) haust, so daß der eine nur mit dem Willen des andren, also jeder nur vermitteltst eines beiden gemeinsamen Willensakts sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigne veräußert. Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dies Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, ob nun legal entwickelt oder nicht, ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt.

Der Inhalt dieses Rechts- oder Willensverhältnisses ist durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben.“<sup>98</sup>

„Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent.“<sup>99</sup>

Die Bedürfnisse des Marktes machen formale Rechtsbegriffe notwendig. Dafür bot sich die „rationale“ Begrifflichkeit des römischen Rechts an. Max Weber weist darauf hin, daß selbst in England, wo das empirische Recht dominierte, „die Königsgewalt das rationale Beweisverfahren zugunsten vor allem der Kaufleute“ einführen mußte.<sup>100</sup>

Die von oben nach unten abhängig gegliederte Verwaltungsstruktur der Bürokratie ist die Verkörperung des formellen Rechts oder rechtlichen Formalismus. Der Bürokratie fällt die Aufgabe zu, „unter Anwendung des Rechtsformalismus auf alle Lebensgebiete diese zur Einheit des 'staatlichen' Lebens zusammenzufassen. Bürokratie ist daher personell durch Staatsbeamte verkörperter Formalismus“<sup>101</sup>. Marx hat das lange vor Max Weber<sup>102</sup> in seiner „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ analysiert:

„Der Geist der Bürokratie ist der ‚formelle Staatsgeist‘. Sie macht daher den ‚formellen Staatsgeist‘ oder die wirkliche Geistlosigkeit des Staats zum kategorischen Imperativ. Die Bürokratie gilt sich selbst als der letzte Endzweck des Staats. Da die Bürokratie ihre ‚formellen‘ Zwecke zu ihrem Inhalt macht, so gerät sie überall in Konflikt mit den ‚reellen‘ Zwecken. Sie ist daher genötigt, das Formelle für den Inhalt und den Inhalt für das Formelle auszugeben. Die

<sup>97</sup> L. Kofler, Stalinismus und Bürokratie, Neuwied/Rh. 1970, S. 21

<sup>98</sup> K. Marx, Das Kapital I., MEW Bd. 23, S. 99

<sup>99</sup> K. Marx, a. a. O., S. 189 f.

<sup>100</sup> M. Weber, „Bürokratie“, in: C.W. Mills, Klassik der Soziologie, F/M 1966 S. 166

<sup>101</sup> L. Kofler, a. a. O., S. 21

<sup>102</sup> Legitimationsbasis der Bürokratie ist die „sachliche“ Erledigung. „Sachliche“ Erledigung bedeutet in diesem Fall in erster Linie Erledigung ‚ohne Ansehen der Person‘ nach **berechenbaren Regeln**. ‚Ohne Ansehen der Person‘ aber ist auch die Parole des ‚Marktes‘ ... Ihre spezifische, dem Kapitalismus willkommene, Eigenart entwickelt sie (die Bürokratie, J.A./O.S.) umso vollkommener, je mehr sie sich entmenschlicht‘, je vollkommener, heißt das hier, ihr die spezifische Eigenschaft, welche ihr als Tugend nachgerühmt wird, die Ausschaltung von Liebe und Haß und allen rein persönlichen, überhaupt allen irrationalen, dem Kalkül sich entziehenden, Empfindungselementen aus der Erledigung der Amtsgeschäfte gelingt.“ (M. Weber, a. a. O., S. 164)



Staatszwecke verwandeln sich in Büro Zwecke oder die Büro Zwecke in Staatszwecke."<sup>103</sup>

Obwohl die Bürokratie in der Überwindung des Feudalismus eine progressive Funktion inne hatte<sup>104</sup>, indem sie mit ihrem rechtlichen und bürokratischen Formalismus geflissentlich über die ständischen und klassenmäßigen Unterschiede hinweg sah" und dadurch „den steinigen feudalen Boden" auflockerte<sup>105</sup>, stand die revolutionäre Bourgeoisie in scharfer Gegnerschaft zur Bürokratie. Der Grund: Die Bourgeoisie brauchte noch keine Staatseingriffe, die ökonomischen Gesetze genügten noch für die gesellschaftliche Reproduktion, Aufgabe des Staates bestand in der Garantie des störungsfreien Wirkens dieser Gesetze. Alle Ausgaben für die Bürokratie sind faux frais de production, Abzüge vom Mehrwert.

Für Adam Smith, als Vertreter der klassischen bürgerlichen Ökonomie und daher auch der revolutionären Bourgeoisie, war die Bürokratie „Diener des Publikums", die „von einem Teil des jährlichen Produkts des Fleißes anderer Leute erhalten" wird<sup>106</sup>, deren Kosten (faux frais) auf ein unentbehrliches Minimum zu beschränken seien.

„Die politische Ökonomie in ihrer klassischen Periode, ganz wie die Bourgeoisie selbst in ihrer Parvenuperiode, verhält sich streng und kritisch zu der Staatsmaschinerie etc. Später sieht sie ein und – zeigt sich auch praktisch – lernt sie durch die Erfahrung, daß aus ihrer eigenen Organisation die Notwendigkeit der ererbten Gesellschaftskombination aller dieser zum Teil ganz unproduktiven Klassen hervorwächst."<sup>107</sup>

„Sobald die Bourgeoisie dagegen das Terrain (d.h. die ganze Gesellschaft, J.A./ O.S.) erobert hat, teils selbst des Staats sich bemächtigt, teils ein Kompromiß mit seinen alten Inhabern gemacht, ditto die ideologischen Stände als Fleisch von ihrem Fleisch erkannt und sie überall in ihre Funktionäre, sich gemäß, umgewandelt hat, sobald sie selbst nicht mehr als Repräsentant der produktiven Arbeit diesen gegenübersteht, sondern sich ihr gegenüber die eigentlichen produktiven Arbeiter erheben und ihr ebenfalls sagen, daß sie von other people's industry lebt ... wendet sich das Blatt, und sie sucht ‚ökonomisch' von ihrem Standpunkt aus zu rechtfertigen, was sie früher kritisch bekämpfte."<sup>108</sup>

Die Bedeutung der Bürokratie auf staatlicher wie industrieller Ebene wuchs in dem Maße für die Bourgeoisie, wie die Konzentrations- und Zentralisationstendenzen des Kapitals die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise vertieften und die dem Kapital innewohnende Schranke immer deutlicher wurde. Auf der Ebene der Produktion und Reproduktion des Kapitals verlor der Kapitalist „alle realen Funktionen" (Marx), eine industrielle Verwaltungsbürokratie trat an seine Stelle. „Die gesellschaftliche Funktion des Kapitalisten ist hier auf besoldete Diener übergegangen“, die einzige Funktion, die den Kapitalisten noch bleibt, ist, ihre Dividenden einzustreichen.<sup>109</sup> Die Struktur dieser industriellen Bürokratie ist durch den Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses bestimmt. „Während die staatliche Bürokratie abstrakte Verhaltensregeln in den gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Individuen durchzusetzen hat, muß die Unternehmensbürokratie die innerbetrieblichen Abläufe und Marktoperation des Unternehmens an der gleichfalls abstrakten Zielsetzung, einzelwirtschaftli-

<sup>103</sup> K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW Bd. I, S. 248 f.

<sup>104</sup> Vgl. K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte: Der bürokratische Körper „entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, bei Verfall des Feudalwesens, **den er beschleunigen half.**" (MEW, Bd. 8, S. 196, Hervorhebung von uns, J.A./O.S.)

<sup>105</sup> L. Kofler, a. a. O., S. 21

<sup>106</sup> A. Smith, Reichtum der Nationen, zitiert nach K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Teil 1, MEW, Bd. 26.1, S. 273

<sup>107</sup> K. Marx, a. a. O., S. 145

<sup>108</sup> K. Marx, a. a. O., S. 274

<sup>109</sup> F. Engels, Notwendige und überflüssige Gesellschaftsklassen, MEW Bd. 19, S. 289. E. Mandel hat in seiner „Marxistischen Wirtschaftstheorie" darauf hingewiesen, daß die oberen Spitzen der industriellen Verwaltungsbürokratie durch hohe Gehälter, Gratisaktionen, „Optionen“, Informationen, die erfolgreiche Börsenspekulationen erlauben, in der Lage sind, Kapital zu akkumulieren, also zur Kapitalistenklasse gehören. (a. a. O., S. 572 f.)

che Profitmaximierung' ausrichten".<sup>110</sup> Es ist darum kein Zufall, daß die Struktur der industriellen Verwaltungsbürokratie dem Organisationsmodell der staatlichen Bürokratie nachgebildet ist (Aufgabendelegation von oben nach unten).<sup>111</sup>

Je mehr sich die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zuspitzen, je heftiger die Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse rebellieren, die Profitrate zu sinken droht, die produktive Arbeit sich gegen das Kapital formiert, desto größer wird das Bedürfnis der Bourgeoisie, die Verteidigung ihrer Produktionsverhältnisse durch eine Funktionärsschaft zu verbreitern. Zur Aufrechterhaltung ihrer sozialen Existenz ist die Bourgeoisie sogar bereit, zugunsten der Stärkung der Exekutive auf ihre politische Macht zu verzichten, „die Lebensbedingungen einer jeden, also auch ihrer eignen parlamentarischen Gewalt zu vernichten“<sup>112</sup>. Marx hat diese Tendenz mit dem Begriff des „Bonapartismus“ charakterisiert. Bonapartismus, das ist die politische Verselbständigung der sozialen Existenz der Bourgeoisie. Aber auch die Verselbständigung der Bürokratie hat ihre klassenmäßige Basis. Es ist die Mittelklasse, die, aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Zersplitterung, ihr Klasseninteresse nicht im eigenen Namen geltend machen kann, sondern nur, indem „die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet“<sup>113</sup>. In dieser höchsten Form relativer Verselbständigung von der bürgerlichen, herrschenden Klasse konstituiert die Bürokratie „eine künstliche Kaste“ „neben den wirklichen Klassen der Gesellschaft“.<sup>114</sup>

Für diese künstliche Kaste wird die Erhaltung ihres Regimes „zur Messer- und Gabelfrage“ (Marx). Die Mittelklasse ist die soziale Basis, und die Verteidigung der sozialen Existenz der Bourgeoisie ist der Inhalt der bonapartistischen Politik.<sup>115</sup>

Die Schlußfolgerung von Marx' Analyse der kapitalistischen Bürokratie ist, daß die Arbeiterklasse „nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen“ kann.<sup>116</sup>

Die Arbeiterklasse muß die bürgerliche Staatsmaschine vielmehr zerschlagen. Wenn die Arbeiterklasse nach der Machtübernahme auch noch nicht ohne Verwaltung, ohne Vertretungskörperschaften auskommen kann, so kann sie sehr wohl auskommen ohne eine Bürokratie, indem sie gegen das Vorgesetztenwesen die Kontrolle von unten nach oben (durch jederzeitiges Wahl- und Abwahlrecht der Vertreter), gegen die soziale Privilegierung den Arbeiterlohn und gegen die bürgerliche Armee die Volksbewaffnung setzt.<sup>117</sup>

<sup>110</sup> P. Sass, „Gesellschaftliche Aspekte der ökonomischen Reformen im sozialistischen Osteuropa“, neue kritik, 48/49, Aug. 1968, S. 35. P. Sass spricht an der zitierten Stelle vom kapitalistischen Erbe des osteuropäischen Sozialismus.

<sup>111</sup> Diese industrielle Bürokratie muß nach der proletarischen Machtergreifung ebenso beseitigt werden wie die staatliche Bürokratie. Die Arbeiterkontrolle ist ein Schritt dahin.

<sup>112</sup> K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, a. a. O., S. 151

<sup>113</sup> K. Marx, a. a. O., S. 199

<sup>114</sup> K. Marx, a. a. O., S. 202. Der von Marx verwendete Begriff der „Kaste“ ist als Charakterisierung der Bürokratie (als neben den Klassen der bürgerlichen Gesellschaft stehend) dem Begriff der „Schicht“ vorzuziehen. Nach Michael Mauke erhält der Terminus „Schicht“ in der Marx'schen Klassentheorie erst „als Bezeichnung einer besonderen Untergliederung einer Klasse historischen Inhalt.“ (Die Klassentheorie von Marx und Engels, F/M 1970, S. 106)

<sup>115</sup> Ihre kleinbürgerliche Basis drückt sich in den Widersprüchen der bonapartistischen Politik aus, in ihrem unklaren „Hinundhertappen, das bald diese, bald jene Klasse bald zu gewinnen, bald zu demütigen sucht und alle gleichmäßig gegen sich aufbringt.“ (K. Marx, a. a. O., S. 205)

<sup>116</sup> K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd. 17, S. 336. Vgl. auch MEW Bd. 33, S. 205, wo Marx 1871 in einem Brief an Kugelmann schreibt: „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu **zerbrechen**.“

<sup>117</sup> Auf die Bürokratisierung der Arbeiterorganisationen im Kapitalismus wollen wir in diesem Zusammenhang nicht eingehen (vgl. dazu E. Mandel, Über die Bürokratie, a. a. O.), weil der Bürokratisierungsprozeß der bolschewistischen Partei im Gegensatz zum Beispiel zur KPCh erst nach der Revolution (richtiger: nach dem Bürgerkrieg) einsetzte. Darum dazu nur so viel:

### 3. Das Ende der Restaurationsperiode und die Parteikämpfe bis 1928/29

Wiederholen wir noch einmal in Stichworten die Widersprüche und Entwicklungen, die die Lage der sowjetischen Übergangsgesellschaft in den 20er Jahren bestimmten: Es waren der Widerspruch zwischen einer *nachkapitalistischen* Produktionsweise und der *Herrschaft des bürgerlichen Rechts* in der Distribution in seiner spezifischen Verquickung mit der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit Rußlands, mit der Passivität der durch Krieg und Bürgerkrieg stark dezimierten, atomisierten und demoralisierten Arbeiterklasse, infolgedessen der Dominanz der rückständigeren Schichten der Werktätigen nach dem Bürgerkrieg, mit den im Laufe der NEP gestärkten prokapitalistischen kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land und mit den Niederlagen, die das westeuropäische Proletariat in der revolutionären Nachkriegswelle bis 1921 erlitten hatte.

Während sich die Bürokratie als soziale Schicht mit besonderen Interessen schon weitgehend in der sowjetischen Übergangsgesellschaft etabliert hatte, begann ab 1923 die sukzessive Eroberung der bolschewistischen Partei, die – neben der Kommunistischen Internationale – der einzige Garant für den antibürokratischen Kampf in dieser Periode der politischen Apathie der Massen war. Grundlage dieses Prozesses bildeten der verstärkte Zustrom rückständiger, halb-menschewistischer Elemente in der Kommunistischen Partei, die politisch „Monopolcharakter“ (Sinowjew) besaß, ferner die zunehmende Verschmelzung von Partei- und Staatsapparat, die die Partei bei Abwesenheit der Kontrolle von unten mit dem bürokratischen Übel infizierte.

Ohne eine Analyse der Veränderungen, die sich innerhalb der bolschewistischen Partei in dialektischem Wechselverhältnis zu den skizzierten Entwicklungen vollzogen, wäre die Politik der Mehrheit dieser Partei ab 1924 und vor allem in der Periode der sogenannten „Neo-NEP“<sup>118</sup>

Weniger die Entwicklung einer „Arbeiteraristokratie“ (als Schicht gelernter Arbeiter) als die mit dem Übergang des Kapitalismus in seine imperialistische Phase einsetzende Zuwanderung von Angehörigen der Mittelklasse in die politischen Arbeiterorganisationen (v. a. Kleingewerbetreibende und Beamte), die Integration (d.h. die Unterordnung unter Zwänge, die nicht vom proletarischen Klasseninteresse ausgehen) von politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterfunktionären in die parlamentarischen Gremien vom Gemeinderat bis zum Parlament, in die Institutionen der Sozialversicherung usw. usf. und die damit verbundene politische und v.a. materielle Privilegierung und Isolierung von der Arbeiterklasse waren und sind die objektive Basis für die Verbürokratisierung der Arbeiterorganisationen. (Lenin hat trotz seiner „Arbeiteraristokratie“-These auf die zuletzt genannten Schichten hingewiesen und zu ihrer Charakterisierung den Begriff „Arbeiterbürokraten“ verwendet. Siehe „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Werke Bd. 23, S. 102 ff.) Daß diese Schichten in der SPD z. B. neben der „Arbeiterbasis“ keine unbedeutende Größe darstellen, illustriert die folgende Tabelle über die soziale Zusammensetzung der SPD um 1925:

Oberste Partei- und Gewerkschaftsführer	3.000
Hauptamtliche Partei-, Gewerkschafts- und Funktionäre anderer Organisationen,	
politische Beamte im Staatsapparat	47.000
Intellektuelle	30.000
Kleingewerbetreibende, Hausfrauen (nicht Arbeiterfrauen), Parteibudiker	100.000
Beamte (nicht politische)	70.000
Kaufm. und techn. Angestellte in kapitalistischen Betrieben	100.000
Arbeiter (meist Industrie-, wenig Landarbeiter)	500.000
<b>Summe</b>	<b>850.000</b>

(Die sozialdemokratischen Parteien. Ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart, hrsg. von Eugen Varga, HH. 1926, S. 42, zitiert nach H. Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 180).

<sup>118</sup> Unter „Neo-NEP“ verstand die Linke Opposition die Wirtschaftspolitik der Bucharin-Stalin-Fraktion in den Jahren 1924-28, die sich auf der Ebene weitestgehender Zugeständnisse an die Kulaken bewegte. Vgl. hierzu I.

nicht verständlich.

Einer der Ausgangspunkte dieser Veränderungen unter den allgemeinen Existenzbedingungen des Sowjetstaates war zweifellos die fortschreitende Verschmelzung von Partei und Staat, die auf der einen Seite dazu führte, daß sich bürgerliche Elemente ein „kommunistisches Mäntelchen“ umhingen und auf der anderen Seite sehr viele Kader der Partei sich in den Verwaltungsapparat integrierten, die Gewohnheiten und bürokratischen Praktiken der alten Beamenschaft adaptierten und sich von der Arbeiterklasse isolierten. Was Lenin 1918 noch als bloße Tendenz angesprochen hatte<sup>119</sup>, war nach der Beendigung des Bürgerkriegs zur harten Realität geworden:

„Man nehme doch Moskau – die 4.700 verantwortlichen Kommunisten – und dazu dieses bürokratische Ungetüm, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? Ich bezweifle sehr, ob man sagen könnte, daß die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet“<sup>120</sup> und:

„Selbstverständlich mußte sich der in den Sowjetinstitutionen wiedererstandene Bürokratismus auch in den Parteiorganisationen zersetzend auswirken, denn die Spitzen der Partei sind die Spitzen des Sowjetapparates. Das ist ein und dasselbe. Wenn wir also das Übel erkannt haben – den alten Bürokratismus, der sich im Parteiapparat bemerkbar gemacht hat –, so ist es erklärlich und natürlich, daß in den Parteiorganisationen auch alle Merkmale dieses Übels zu finden sind.“<sup>121</sup>

Eine weitere Grundlage für die schrittweise Instrumentalisierung der Partei durch die Bürokratie war deren innerorganisatorische Entwicklung selbst. Auf dem VI. Parteitag vom Juli 1917 waren 240.000 Mitglieder durch Delegierte vertreten. Bis zum Höhepunkt des Bürgerkriegs stieg diese Zahl auf 314.000, um dann in einem gewaltigen Sprung innerhalb zweier Jahre bis zum X. Parteitag 1921 auf 732.500 hinaufzuschnellen. Es ist ganz klar, daß dieser enorme Zuwachs nur sehr unzureichend mit der politischen Anziehungskraft der Bolschewiki erklärbar ist, obgleich dieser Faktor zumindest in derjenigen Phase des Bürgerkriegs, in der noch nicht sicher war, wer die Oberhand behalten würde, eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben dürfte: „Mittlerweile war der Andrang zum Triumphwagen des Siegers voll in Gang gekommen“<sup>122</sup>, d.h. Überläufer und Karrieristen, ehemalige Menschewiki und Sozialrevolutionäre strömten in die Partei ein. 1921 mußte Sinowjew lapidar feststellen, daß die Zahl der Mitglieder, die vor dem Jahre 1917 in die Partei eingetreten waren, nur mehr 2% der Gesamtmitgliederszahl ausmachte<sup>123</sup>. In seinem Referat auf dem XI. Parteitag zitierte Sinowjew ausführlich einen menschewistischen Autor, der die Existenz verschiedener politischer Richtungen innerhalb der Bolschewiki behauptete und fuhr dann fort: „In der Behauptung, daß in der Partei ein molekularer Prozeß vor sich geht, der alles, was im Lande geschieht, widerspiegelt, steckt ein Körnchen Wahrheit. Unsere Partei ist eine Partei mit Monopolcharakter, und weil sie allein in der Öffentlichkeit tätig ist, drängen sich in sie auch gewisse Elemente, die unter anderen Umständen in anderen Parteien wären ... Der hinterlistig verwickelte Entwicklungsgang der Geschichte ist derart, daß die Gefahr der Entartung der sozialen Zelle tatsächlich besteht“<sup>124</sup>. Eine Resolution desselben Parteitags stellt fest, daß unter der Bedingung der emi-

Deutscher, Trotzki 1921 - 1929 . . ., a. a. O., S. 239 f. und L. D. Trotzki, Verratene Revolution, a. a. O., S. 29 ff.

<sup>119</sup> W.I. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Bd. 27, S.263 f.: „Es gibt eine kleinbürgerliche Tendenz zur Verwandlung der Mitglieder der Sowjets in ‚Parlamentarier‘ oder, andererseits, in Bürokraten. . . Die Abteilungen der Sowjets verwandeln sich an vielen Orten in Organe, die nach und nach mit den Kommissariaten verschmelzen.“

<sup>120</sup> W.I. Lenin, Politischer Bericht. . ., a. a. O., S. 275

<sup>121</sup> W.I. Lenin, Unsere außen- und innenpolitische . . ., a. a. O., S. 416 f.

<sup>122</sup> I. Deutscher, Trotzki 1921 - 1929, a. a. O., S. 30. Deutscher nennt geringfügig abweichende Zahlen; die unseren stammen – ebenso wie die folgenden – aus hochoffizieller und „unverdächtiger“ Quelle: Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang, Berlin 1945, S. 236, 280, 307, 317, 326.

<sup>123</sup> G. Sinowjew, Die Abgrenzung der Partei- und Sowjetapparate, in: Russische Korrespondenz Nr. 6, Juni 1922, Reprint Erlangen 1971, Jahrgang III, Band 1, S. 486.

<sup>124</sup> Ders., a. a. O., S. 492 f. Vgl. auch die Resolution über die Festigung der Partei und ihre neuen Aufgaben, in:

nenen Verringerung und sozialen Deklassierung des russischen Proletariats „der staatliche Apparat viele Zehntausende der besten Arbeiter (absorbierte), die auf diese Weise die direkte Fühlung mit den Fabriken und Werken verloren ... Dieser allmählich sich erweiternde Apparat fing seinerseits an, eine bürokratische Schicht anzusetzen und eine übermäßige Anzahl Kräfte aufzusaugen“<sup>125</sup>.

Die von der Partei selbst beschlossenen Maßnahmen gegen die Gefahr der bürokratischen Degeneration bestanden neben einer partiellen Autonomie der Gewerkschaften und der Institutionalisierung der Arbeiter- und Bauerninspektion (Rabkrin) zur Kontrolle des staatlichen Apparates, in der Durchführung einer gesamtrussischen Parteisäuberung. Als flankierende Maßnahmen wurden zusätzlich ein vorübergehender Aufnahmestopp und eine erhebliche Erschwerung des Eintritts in die Partei verfügt<sup>126</sup>. Während das Rabkrin unter Stalins Leitung im Verlaufe der weiteren Entwicklung selbst zum Hort bürokratischer Willkür und des „Mandarinentums“ (Sinowjew) wurde<sup>127</sup>, hatten die Säuberungen bis zum XII. Parteitag im April 1923 dazu geführt, daß beinahe die Hälfte oder 356.000 (!) Mitglieder ausgeschlossen worden waren bzw. die Reihen der Partei freiwillig verließen<sup>128</sup>. Nach Lenins Tod wurden jedoch innerhalb von drei Monaten während des sogenannten „Lenin-Aufgebots“ 240.000 neue Mitglieder in die Partei aufgenommen, darunter eine Unzahl diejenigen, die man zuvor als politisch Unreife, Karrieristen, Postenjäger, ehemalige Menschewiki etc. ausgeschlossen hatte. Dadurch wurden die Organisationskriterien vollständig verwässert<sup>129</sup> und der Parteiapparat konnte sich mittels dieses Akklamationspotentials völlig von der Kontrolle durch die bolschewistisch-leninistischen Elemente befreien. Dieser Umstand dürfte einer der wichtigsten *institutionellen Gründe* für die Instrumentalisierung der bolschewistischen Partei durch die Bürokratie und damit für die Niederlage der Linken Opposition sein<sup>130</sup>.

Russische Korrespondenz, Nr. 4/5, Mai/ Juni 1922, Reprint Erlangen 1971, a. a. O., S. 278 ff.

<sup>125</sup> Resolution über die Festigung . . ., a. a. O., S. 278 f.

<sup>126</sup> Vgl. Resolution über die Festigung . . ., a. a. O., S. 280 f. G. Sinowjew, Die Abgrenzung . . ., a. a. O., S. 489, W.I. Lenin, Brief an die Mitglieder des Politbüros über die Parteireinigung und über die Bedingungen für die Aufnahme in die Partei, Werke Bd. 33, S. 121.

<sup>127</sup> Vgl. die Kritik Lenins an diesem Volkskommissariat in seinen letzten Arbeiten: „Sprechen wir offen. Das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion genießt gegenwärtig nicht die geringste Autorität. Jedermann weiß, daß es keine schlechter organisierten Institutionen als die unserer Arbeiter- und Bauerninspektion gibt und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von diesem Volkskommissariat rein gar nichts zu erwarten ist . . . Unsere neue Arbeiter- und Bauerninspektion wird hoffentlich die Eigenschaft ablegen, . . . die wir als lächerliche Zimperlichkeit oder lächerliche Wichtigtuerei bezeichnen können und die unserer ganzen Bürokratie, der Sowjet- wie der Parteibürokratie, im höchsten Grade zupaß kommt. Nebenbei bemerkt, Bürokraten gibt es bei uns nicht nur in den Sowjet-, sondern auch in den Parteiinstitutionen.“ (Lieber weniger, aber besser, Werke Bd. 33, S. 477, 482). Vgl. auch ders., Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion . . ., a. a. O., S. 468 ff., außerdem Werke Bd. 36, S. 552, 563, 581.

<sup>128</sup> „Polizei und Gerichte hatten mit dem Verfahren nichts zu tun. Die Kontrollkommissionen, d.h. die Parteitribunale, überprüften auf öffentlichen Versammlungen die persönliche Vorgeschichte und moralische Verhaltensweise jedes Parteimitglieds, hoch oder niedrig. Jedermann im Publikum konnte sich zu Worte melden und für oder gegen die Person aussagen, um die es bei der Untersuchung ging, worauf die Kontrollkommission sie der ferneren Mitgliedschaft entweder für würdig oder unwürdig befand. Derjenige, der nicht für würdig befunden wurde, hatte keine Strafe zu gewärtigen“ (I. Deutscher, Trotzki 1921 - 1929, a. a. O., S. 31).

<sup>129</sup> Laut Zahlenangabe des „Kurzen Lehrgangs“ stieg die Mitgliederstärke der KPR vom XII. (April 1923) bis zum XIII. Parteitag (Mai 1924) um genau 350.000, d.h. der alte Stand aus der Zeit vor dem Beginn der Säuberung wurde innerhalb eines Jahres sogar noch leicht übertroffen. Wie es mit der Qualität dieser „Kader“ bestellt war, ist wohl klar, auch wenn in dem von Stalin herausgegebenen „Kurzen Lehrgang“ das „Lenin-Aufgebot“ als „der fortgeschrittene, der klassenbewußteste und revolutionärste, der kühnste und disziplinierteste Teil der Arbeiterklasse (!)“ gefeiert wird (S. 325). Nimmt es da noch Wunder, wenn Stalin 1946 als einzigen Unterschied zwischen Parteilosen und aktiven Parteimitgliedern feststellt: „Der einzige Unterschied zwischen ihnen besteht darin, daß die einen Mitglieder der Partei sind und die anderen nicht. Das ist aber nur ein formaler Unterschied.“ (Zitiert nach L. Colletti, a. a. O., S.30) Worin besteht denn nun die Differenz, so fragen wir die maoistischen „Revisionismus-Kritiker“, zwischen dieser Definition Stalins und Chruschtschows „Partei des ganzen Volkes“?

<sup>130</sup> Die Linke Opposition hatte in den Hochschulen des Landes eine starke Anhängerschaft. Die Verringerung der Mitgliederzahlen vom XIII. Parteitag im Mai 1924 (736.000) zum XIV. Parteitag im Dezember 1925 (643.000) wird im „Kurzen Lehrgang“ nicht umsonst mit einer Säuberung der Zellen an den Hochschulen („partei-feindlicher

Wir würden der Bedeutung der Parteikämpfe der 20er Jahre und ihres Kernstücks, der Industrialisierungsdebatte, nicht gerecht, ließen wir diese Prozesse, wie sie sich in dem entsprechenden Zeitraum in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Sowjetunion entwickelten und abspielten, unberücksichtigt.

Wir würden dann gezwungen sein, diese Kämpfe als bloß ideologische vor dem Hintergrund eines reinen Machtkampfes der Lenin'schen Epigonen zu interpretieren, statt die sozialen Interessen zu analysieren, durch die die Akteure dieser Kämpfe determiniert wurden.

Auf der anderen Seite hieße es in einen mechanischen Objektivismus zu verfallen, der politischen Persönlichkeiten und Gruppierungen im historischen Prozeß eine wesentlich passive Rolle zuweist und sie somit zu Werkzeugen blind waltender Gesetzmäßigkeiten degradiert, wollte man sich etwa mit der lapidaren Begründung begnügen, der Sieg der Stalinfraktion über die Linke Opposition sei alleine dem ungenügenden Entwicklungsstand der Produktivkräfte geschuldet. Die erste – die subjektivistische Variante – führt notwendig dazu, die Rolle Stalins in der prozessualen Degeneration der Bolschewiki durch seine persönlichen Eigenschaften bzw. Fehler zu erklären<sup>131</sup>, die zweite – die objektivistische – mündet auf die eine oder andere Weise in geschichtsfatalistische Erklärungsversuche.<sup>132</sup>

Erst durch das Aufspüren des Aufeinanderwirkens subjektiver und objektiver Ursachen im konkreten historischen Prozeß kann man die Entstehung der sowjetischen Bürokratie und ihr Hinwegschreiten über die Leiche der Lenin'schen Partei zur politischen Herrschaft wirklich verstehen und damit auch die Rolle der zentristischen Gruppe um Stalin in den richtigen Zusammenhang stellen. Diese Fraktion, die wichtige administrative Funktionen in der Partei angehäuft hatte (Stalin war ab 1922 Generalsekretär), wurde immer mehr zur Agentur der Bürokratie in der Partei. Ihre Bedeutung wuchs mit der Zunahme der Bürokratisierung immer mehr<sup>133</sup>. Die Parteibürokratie, die nichts anderes darstellte als die „Ersetzung der Revolutionäre durch Beamte“ (Trotzki), machte sich die aus einer Notlage entstandenen Maßnahmen der bolschewistischen Partei (Einparteienherrschaft, Fraktionsverbot, Säuberungen etc.) zunutze, die zeitlich begrenzt sein sollten und zunächst mit größter Vorsicht gehandhabt wurden. Die historische Rolle der Stalinfraktion bestand darin, daß sie die Kontrolle der Partei über die Bürokratie beseitigte, „die Partei ihrem eigenen Apparat unterwarf und diesen mit dem Staatsapparat verschmolz“<sup>134</sup>. Dazu war keine Gruppe innerhalb der Partei so geeignet wie gerade sie: „...bevor er (Stalin – J.A./O.S.) seinen Weg aufspürte, spürte die Bürokratie ihn selbst auf. Stalin bot ihr alle nötigen Garantien: Prestige eines alten Bolschewiken, starken Charakter, engen Hori-

(!) Elemente“) begründet (S. 334). Hier war das Mittel der Säuberung von einem Moment der **Kontrolle der Partei** schon zu einem Moment der **Kontrolle der Bürokratie über die Partei** und der bürokratischen Unterdrückung oppositioneller Strömungen degeneriert.

<sup>131</sup> Hierzu sind alle Erklärungen zu rechnen, die seit dem XX. Parteitag von der KPdSU zu diesem Abschnitt ihrer Geschichte abgegeben wurden („Personenkult“, persönliche Willkür, etc.). Vgl. hierzu Geschichte der KPdSU von einem sowjetischen Autorenkollektiv, Berlin 1960, S. 635 ff. Aber auch „nicht-revisionistische“ Autoren hauen in dieselbe Kerbe: vgl. J. Schmierer, Kapitalistischer und sozialistischer Weg in der Übergangsperiode zum Sozialismus, in: Neues Rotes Forum 3/71, S. 49 und die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965/S. 478. In seiner zweibändigen Stalinbiographie (Reinbek b. HH 1971) verfällt Trotzki zum Teil ebenfalls in den Fehler, Stalins Charaktereigenschaften überzubetonen.

<sup>132</sup> Untertöne dieser Art sind bei I. Deutscher in seiner dreibändigen Trotzki-Biographie reichlich vorhanden: Für ihn sind die Mitglieder der Linken Opposition „allein dazu bestimmt, eine sehr weit entfernte Zukunft vorzubereiten und für eine Epoche zu wirken, die erst fünfzig Jahre später heranreifen sollte“ (E. Mandel, Über die Bürokratie, a. a. O., S. 28).

<sup>133</sup> In der Analyse der Stalinbürokratie verschmolz Trotzki die marxistische Theorie der kapitalistischen Bürokratie und die von Lenin und Luxemburg entwickelte Theorie der Bürokratie der Arbeiterorganisationen miteinander. Nur so war es ihm möglich, die Komplexität des Entstehungsprozesses der Stalinbürokratie als einer Bürokratie quasi „neuen Typs“ auf den Begriff zu bringen: Bürokratie als bürgerliches Organ des Arbeiterstaates – Bürokratisierung von Partei und Staat ohne nationale Bourgeoisie – Verschmelzung von Staats- und Parteibürokratie.

<sup>134</sup> L. D. Trotzki, Verratene Revolution, a. a. O., S. 271

zont und unzerreißbare Bande mit dem Apparat, der einzigen Quelle seines eigenen Einflusses“.<sup>135</sup>

Es wäre also falsch, der Stalinfraktion ein politisches Programm zu unterstellen. Trotzki charakterisierte die Politik dieser Fraktion mit dem Begriff des „bürokratischen Zentrismus“. Die marxistische Theorie hatte ihre Funktion, integraler Bestandteil revolutionärer Praxis zu sein, verloren. „Stalins Fraktion hat nicht im mindesten die unvermeidlichen Resultate der Entwicklung vorhergesehen, die ihr jedesmal über den Kopf wuchsen. Sie reagierte darauf mit administrativen Reflexen. Die Theorie ihrer jeweiligen Wendung schuf sie nachträglich, ohne sich viel darum zu kümmern, was sie am Tage zuvor lehrte.“<sup>136</sup>

Das einzig konstante Element des bürokratischen Zentrismus sind die Zick-Zacks, die extremen Schwankungen<sup>137</sup>. Diese Zick-Zacks waren zum einen Ausdruck des schrittweisen, konzeptionslosen Vorwärtstastens der Stalinfraktion, sie waren zum anderen Ausdruck des Lavierens der Bürokratie der sowjetischen Übergangsgesellschaft zwischen den Klassen, d.h. politischer Ausdruck des Doppelcharakters der Bürokratie, nämlich ihrer Verbundenheit mit der nach-kapitalistischen Produktionsweise (in der sie sich parasitär eingenistet hat) einerseits und dem grundlegenden sozialen Konservatismus andererseits, der sich national und international an ihrer eigenen Selbsterhaltung als privilegierte Kaste orientiert.

In der „Theorie des Sozialismus in einem Lande“ bekam die Sowjetbürokratie ihre Ideologie und der bürokratische Zentrismus seine „theoretische“ Form. Stalins 1924 formulierte „Theorie“ beinhaltete die Möglichkeit der Vollendung (!) des Aufbaus des Sozialismus in einem rückständigen Land wie Rußland.<sup>138</sup> Methodisch hatte die „Theorie des Sozialismus in einem Lande“ die unmarxistische Auffassung zur Grundlage, der Weltkapitalismus sei eine Summe nationaler Teile, statt eine gewaltige selbständige Realität, wie Trotzki es ausführte, „die durch internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und in der gegenwärtigen Epoche über die nationalen Märkte herrscht. Die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft sind längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsen. Der imperialistische Krieg war einer der Äußerungen dieser Tatsache. Die sozialistische Gesellschaft muß in produktionstechnischer Hinsicht im Vergleich zu der kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen.“<sup>139</sup>

Auf die internationalistische Grundhaltung der Bolschewiki brauchen wir in diesem Zusammenhang ebenso wenig hinzuweisen, wie auf die Tatsache, daß die sozialistische Revolution in Rußland nur möglich gewesen war aufgrund der Lage Rußlands als Teil des Weltkapitalismus, der *als Ganzes* in die Phase seines Niedergangs eingetreten war. Ebenso haben wir weiter oben schon auf die kompensatorische Wirkung hingewiesen, die Lenin von der Revolution im Westen – besonders in Deutschland – bei der Bewältigung der Probleme der Sowjet-

<sup>135</sup> ders., a. a. O., S. 93. Vgl. auch die ausgezeichnete Charakterisierung der Stalingruppe bei L. Colletti, a. a. O., S. 25

<sup>136</sup> ders., a. a. O., S. 87. Vgl. zum Verhältnis von marxistischer Theorie und bürokratischer Praxis: H. Brinkmann, Stalin – Theoretiker der Bürokratie, Gießen 1971, S. 20 - 68.

<sup>137</sup> Um nur einige Beispiele zu geben – und ohne der weiteren Analyse vorgreifen zu wollen –: Auf den Pro-Kulaken-Kurs der Jahre 1923-28 folgte die „Liquidation des Kulakentums als Klasse“, auf den bürokratischen Hyperzentrismus der 30er folgte in den 50er und 60er Jahren die bürokratische Dezentralisierung usw. usf.

<sup>138</sup> Während Stalin im Mai 1924 noch schrieb: „Aber die Macht der Bourgeoisie stürzen und die Macht des Proletariats in **einem** Land errichten heißt noch nicht, den vollen Sieg des Sozialismus sichern. Das Proletariat des siegreichen Landes, das seine Macht gefestigt hat und die Führung über die Bauernschaft ausübt, kann und muß die sozialistische Gesellschaft aufbauen. Bedeutet das aber, daß es damit schon den vollständigen, endgültigen Sieg des Sozialismus erreichen wird, das heißt, bedeutet es, daß das Proletariat mit den Kräften eines Landes allein endgültig den Sozialismus verankern und das Land gegen die Intervention und folglich auch gegen eine Restauration völlig sichern kann? Nein, das bedeutet es nicht. Dazu ist der Sieg der Revolution wenigstens in einigen Ländern notwendig“ (Über die Grundlagen des Leninismus, Werke Bd. 6, S. 95), heißt es im Dezember 1924 (also nur sieben Monate später!): „Es ist unzweifelhaft, daß die . . . Theorie der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in **einem** Lande, sich als künstliche, lebensunfähige Theorie erwiesen hat“ (Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten, a. a. O., S. 353, Unterstreichungen von Stalin, wir zitieren hier und im Folgenden aus der Ausgabe der Werke Berlin 1950 ff).

<sup>139</sup> L.D. Trotzki, Der permanente Revolution, Ffm 1969, S. 9

macht erwartete. Insoweit mußte die „Theorie des Sozialismus in einem Lande“ einen Bruch mit der Tradition des revolutionären Marxismus herbeiführen, der von einem eklatanten Verfall theoretischer Qualität überhaupt in den zunächst noch mit politischen Argumenten geführten Debatten begleitet war<sup>140</sup>. Dies kann eben nicht ausschließlich auf subjektive Unfähigkeit zurückgeführt werden (obwohl daran gewiss kein Mangel herrschte), sondern nur im Kontext mit dem Versuch der Rechtfertigung bestehender sozialer Zustände richtig verstanden werden. Die marxistische Theorie mußte der Bürokratie von ihrem gesellschaftlichen Standpunkt her äußerlich bleiben, sie war ihr nicht analytisches Instrument zur praktischen Veränderung sozialer Tatbestände, sondern apologetische Legitimation ihres Parasitentums und ihrer pragmatisierenden politischen Inkonsequenz. Entsprechend sorglos und schludrig ging sie deshalb auch mit ihr um.

Der operative Inhalt der Pseudotheorie Stalins bestand in der Kanonisierung der Selbstgenügsamkeit der russischen Revolution, die ohne Zweifel Ausdruck des Status-quo-Denkens der Bürokratie war und deren großrussischen Neigungen entgegenkam<sup>141</sup>. Unterstützt wurde sie durch das objektive „roll back“ der revolutionären Nachkriegswelle in West- und Mitteleuropa und der relativen Stabilisierung des Imperialismus, die allerdings nicht von langer Dauer sein sollte. Mandel nennt diesen Vorgang „Dialektik der partiellen Errungenschaften“<sup>142</sup>: Zugunsten des bereits Erreichten werden die zukünftigen Aufgaben geopfert, was jedoch dann – da der Gang der Geschichte keine Rücksichtnahme auf bürokratische Interessen kennt – erst recht das Erreichte gefährdet.

Das beste Beispiel für diese Dialektik sind die zentralen Fragen der sowjetischen Wirtschaft in den Jahren 1924-28: die Industrialisierung und das Verhältnis zwischen Stadt und Land<sup>143</sup>. Die Zentrumsfraktion unter Führung von Stalin, Molotow und Kalinin, die zu dieser Zeit noch einen Block mit den Rechten (Bucharin, Rykow, Tomski) bildete, hatte für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Sowjetrußlands kein eigenes Konzept vorzuweisen. Die Formel „wir treten für Bucharin ein“<sup>144</sup> umschrieb im wesentlichen korrekt ihre Position. Ansonsten war die Stalin-Fraktion streng darauf bedacht, nicht allzu weit von dem, was sie für die bolschewistische Orthodoxie hielt, abzuweichen: Wenn wir also die offizielle, in die Praxis umgesetzte Wirtschaftspolitik der Jahre 1924-28 darstellen wollen, müssen wir uns vor allem mit der Bucharin'schen Konzeption auseinandersetzen.

Den Ausgangspunkt dieser Konzeption stellte die weiter oben schon beschriebene Scherenkrise von 1923 dar, deren Ursache Bucharin allerdings nicht korrekt herausarbeitete: Für ihn wurde diese Krise hervorgerufen durch die Unzulänglichkeit der bäuerlichen Nachfrage nach Industrieprodukten. Deshalb war die Hebung dieses Nachfragepotentials das A und O seiner Argumentation: „Die wohlhabende Schicht der Bauern und die Mittelbauern, die in die Schicht der wohlhabenden aufsteigen wollen, *fürchten sich heute zu akkumulieren*. Es ist eine Situation entstanden, in der der Bauer Angst davor hat, sein Haus mit einem Eisendach zu decken, weil er dann als ‚Kulak‘ gebrandmarkt wird. Wenn er eine Maschine kauft, dann so, daß es den Kommunisten verborgen bleibt. Die bessere Technik wirkt konspirativ ... Der wohlhabende Bauer ist unzufrieden, weil wir ihn nicht akkumulieren lassen und Landarbeiter einstellen lassen. Andererseits murren die armen Bauern, die unter der Überbevölkerung leiden, weil es ih-

<sup>140</sup> Trotzki sprach zu Recht in Zusammenhang mit den Produkten der Bucharin-Stalin-Epigonon von einer „Kodifikation' geistigen Ausschusses“ (Permanente Revolution, a. a. O., S. 41).

<sup>141</sup> Vgl. z.B. das Vorgehen Stalins und Ordshonikidses in Georgien, das Lenin heftig kritisierte: W.I. Lenin, Zur Frage der Nationalitäten oder der „Autonomisierung“, Werke Bd. 36, S. 590 ff. Bezeichnenderweise sind diese Arbeiten Lenins zum ersten Mal in dieser (der vierten) Werkausgabe enthalten. In allen vorher herausgegebenen „Sämtlichen (!) Werken“ fehlten sie. Vgl. zum Fragenkomplex der Nationalitätenpolitik auch die ausgezeichnete Darstellung in M. Lewin, Lenins letzter Kampf, HH 1970.

<sup>142</sup> E. Mandel, Über die Bürokratie, a. a. O., S. 6

<sup>143</sup> Niemand – außer dem Ex-Menschewiken und Wirtschaftstheoretiker zweiten Grades J. Larin – dachte in der bolschewistischen Partei auch nur im entferntesten an eine allgemeine Kollektivierung.

<sup>144</sup> J.W. Stalin, Schlußwort zum Rechenschaftsbericht des ZK an den XIV. Parteitag, Werke Bd. 7, S. 317.



nen nicht erlaubt ist, sich einstellen zu lassen.“<sup>145</sup> Und: „Wir müssen der gesamten Bauernschaft, all ihren Schichten, sagen: Bereichert euch, akkumuliert, entwickelt eure Wirtschaft!“<sup>146</sup>

Aus der durch die allgemeine ökonomische Situation gegebenen Not der Gebundenheit des industriellen Sektors an den bäuerlichen Markt machte Bucharin eine Tugend und vertrat die Meinung, daß es notwendig sei, das Entwicklungstempo der Industrie dem der Landwirtschaft anzupassen. Hand in Hand damit ging die Behauptung, der Kulak werde friedlich in den Sozialismus hineinwachsen<sup>147</sup>, einen Sozialismus allerdings, der "im Schneckentempo" aufgebaut würde<sup>148</sup>. Wenn die Industrie primär auf die Bedürfnisbefriedigung *aller* Bauern ausgerichtet werden sollte, dann war es erstens unmöglich, eine enorme Mittel verschlingende Erneuerung der Produktionsanlagen vorzunehmen, und zweitens war man gezwungen, die wachsende Differenzierung auf dem Lande zu leugnen bzw. zu verharmlosen.<sup>149</sup>

So antwortete Stalin auf die Frage „Wie soll man den Kulaken bekämpfen, ohne den Klassenkampf auf dem Lande zu schüren?“, die ihm von Studenten der Swerdlow-Universität, wo die Linke Opposition eine starke Anhängerschaft hatte, 1925 gestellt wurde, Folgendes: "Folgt nun daraus, daß wir den Klassenkampf an dieser Front schüren müssen? Nein, das folgt nicht daraus. Im Gegenteil! Daraus folgt nur, daß wir den Kampf an dieser Front auf jede mögliche Art eindämmen müssen, indem wir ihn durch Vereinbarungen und gegenseitige Zugeständnisse regulieren und es auf keinen Fall dahin kommen lassen, daß er schroffe Formen annimmt, daß er zu Zusammenstößen führt. Und so verfahren wir auch. Denn wir haben dazu alle Möglichkeiten, da die Gemeinsamkeit der Interessen hier stärker und tiefer ist als der Interessengegensatz“<sup>150</sup>.

Diese Haltung, die sich auch in den Beschlüssen der Parteikonferenz vom April 1925 niederschlug, kann jedoch nicht alleine mit dem falschen analytischen Ansatz Bucharins erklärt werden, den er im übrigen später teilweise revidierte<sup>151</sup>. Zweifellos wurzelte die Konzeption der Parteimehrheit in der Grundannahme der Möglichkeit einer isolierten Vollendung des Sozialismus innerhalb nationaler Grenzen. Denn wenn der Weltkapitalismus nicht jene neue internationale Qualität erreicht hatte, der sich auch der Sowjetstaat nicht entziehen konnte, dann war es möglich, ungeachtet der kapitalistischen Umgebung mit einer langen Periode des Hinterherhinkens<sup>152</sup> der Produktivitätsniveaus hinter dem der entwickelten kapitalistischen Länder zu operieren. Aber noch ein weiterer Faktor muß berücksichtigt werden: In Theorie und Praxis

<sup>145</sup> N. Bucharin, Über die Neue Ökonomische Politik und unsere Aufgaben, Teil II., in: Bolschewik vom 1. Juni 1925, zitiert nach A. Erlich, Die Industrialisierungsdebatte, a. a. O., S. 28 (Hervorhebung von Bucharin).

<sup>146</sup> ders., a. a. O., zitiert nach A. Erlich, a. a. O., S. 30

<sup>147</sup> ders., Über die Neue Ökonomische Politik . . . , Teil I, in: Bolschewik vom 30. April 1925, zitiert nach Erlich, ebd.

<sup>148</sup> ders., in: Protokoll des XIV. Parteitages, Moskau-Leningrad 1926, zitiert nach Erlich, ebd.

<sup>149</sup> Noch 1927 führte Bucharin auf der VII. Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale aus: „Was war das stärkste Argument unserer Opposition gegen das Zentralkomitee? . . . Sie sagte damals: Die Widersprüche wachsen unermesslich und das ZK ist nicht in der Lage, das zu begreifen. Sie sagte weiter: Die Kulaken, die beinahe allen Getreideüberschuß aufgespeichert haben, organisieren gegen uns einen ‚Getreidestreik‘. Nun sagen die Ergebnisse das Gegenteil.“ (International Correspondence, 14. Jan. 1927, zitiert nach E. Mandel, Dreißig Fragen und Antworten zur neuen „Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion“, in E. Mandel / J. Moneta, Zur Geschichte der KPdSU(B), Hamburg 1971, S. 158)

<sup>150</sup> J.W. Stalin, Fragen und Antworten, Rede in der Swerdlow-Universität vom 9. Juni 1925, Werke Bd. 7, S. 153. Vgl. auch ders., Zu den Ergebnissen der Arbeiten der XIV. Konferenz der KPR (B), Werke Bd. 1, S. 106: „Einige Genossen gelangen, von der Tatsache der Differenzierung des Dorfes ausgehend, zu der Schlußfolgerung, die grundlegende Aufgabe der Partei bestehe in der Schürung des Klassenkampfes im Dorfe. Das ist falsch. Das ist leeres Geschwätz. Nicht darin besteht jetzt unsere Hauptaufgabe. Das ist ein Nachleiern alter menschewistischer Lieder aus dem alten menschewistischen Liederschatz“.

<sup>151</sup> Er erkannte 1926 an, daß die Lösung der Schwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft „in erster Linie von unserem erfolgreichen Erwerben und Verwenden des Kapitals ... für die Expansion der Produktionsbasis, für die Konstruktion und die Errichtung neuer Unternehmen, in einem beträchtlichen Maße auf einer neuen technischen Grundlage, abhängt“. (N. Bucharin, Building up Socialism, London 1926, zitiert nach A. Erlich, a. a. O., S. 83) Damit näherte er sich objektiv der Position Preobraschenskis!

<sup>152</sup> Im Original steht: Hinterherhinkens

der Parteimehrheit spiegelten sich – wenn auch gebrochen – die sozialen Interessen von Bürokratie und jenen kapitalistischen Schichten wider, die man als die NEP-Bourgeoisie bezeichnete. Diese Interessen waren insofern identisch, als beiden kaum an einer Intensivierung des Klassenkampfes gelegen sein konnte<sup>153</sup>. Sie waren insofern kontrovers, als durch einen Terraingewinn der NEP-Bourgeoisie<sup>154</sup> zweifellos die durch die Oktoberrevolution geschaffenen Tatsachen und damit die davon abgeleiteten Privilegien der Bürokratie gefährdet wurden.

1925 beschloß die Parteikonferenz eine Senkung der Landwirtschaftssteuer und hob gleichzeitig die Beschränkungen auf, die bisher hinsichtlich der Landverpachtung, der privaten Akkumulation von Kapital und der Beschäftigung von Landarbeitern durch Privatpersonen bestanden hatten. Diese Beschlüsse markierten den Beginn der Neo-NEP, die zu einer extremen Abhängigkeit der industriellen Zentren von den Getreidelieferungen der reichen Bauern führte, die über 60% des vermarkteten Getreides produzierten<sup>155</sup>. Da die Industrie andererseits diese Bauern nur ungenügend mit Gütern versorgen konnte, suchten diese ihre Bedürfnisse auf dem außerrussischen Markt zu befriedigen und übten daher einen ständigen Druck (nicht zuletzt über viele dörfliche Sowjets, die sie mittlerweile beherrschten) auf das staatliche Außenhandelsmonopol aus<sup>156</sup>. Die Partei wandte – wie eine offizielle Losung lautete – das Gesicht zum Dorf. Doch mit einem Gesicht ohne Industrie konnte das Dorf nichts anfangen.

Es war unter diesen Umständen nur logisch, wenn Bucharin die Entwicklung, der sowjetischen Industrie außerordentlich euphemistisch beurteilte<sup>157</sup>.

Der Zuwachs des Produktionsausstoßes bis Mitte der 20er Jahre hatte auf der Grundlage der alten industriellen Fertigungsanlagen stattgefunden, die jedoch, da Ausdehnungen unterblieben, ihre Kapazitätsgrenze bald erreicht hatten. Die Maschinenindustrie war noch nicht einmal imstande, den laufenden Innovationsbedarf zu decken, geschweige denn umfängliche *zusätzliche* Anlagen zu liefern. Deshalb waren auch die zeitweisen Preissenkungen für Industriewaren zur Ankurbelung der bäuerlichen Nachfrage lediglich ein Herumkurieren an Symptomen. Die in der Produktionsstruktur des Landes liegenden Ursachen waren dadurch jedoch nicht zu beseitigen. So wurde es zwar vorübergehend möglich, die periodisch auftretenden „Preisscherenkrisen“ zu mildern, aber auch diese Möglichkeit mußte dann verschwinden, wenn ein Produktivitätszuwachs nicht mehr auf der besseren Auslastung vorhandener, sondern nur noch auf der Installation *neuer* Kapazitäten erzielt werden konnte. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die sowjetische Industrie selbst ein gewaltiges Nachfragepotential nach Industriegütern darstellte, dem sie bei bestehender Struktur keinesfalls genügen konnte, war auch die dörfliche Nachfrage nach diesen Gütern auf Dauer nicht mit dem vorhandenen Produktionsvermögen zu befriedigen. Dieser Zusammenhang mußte notwendig zu immer wiederkehrenden Versorgungskrisen der städtischen Zentren führen, da die Getreideüberschüsse produzierenden Bauern für ihre Produkte immer weniger als Äquivalent erhielten. Ein Äquivalententausch war jedoch nur bei einer auf schnellere Zuwachsraten orientierten Industrie möglich.

<sup>153</sup> Daß die kapitalistischen Elemente kein Bedürfnis an der „Schürung des Klassenkampfes“ vonseiten der proletarischen und halb-proletarischen Schichten in Stadt und Land hatten, ist evident. Die Bürokratie mußte eine solche Perspektive ebenfalls in Schrecken versetzen, standen doch ihre materiellen und Machtprivilegien bei einer Mobilisierung breiter Massen auf dem Spiel.

<sup>154</sup> Der Begriff NEP-Bourgeoisie bezeichnete jene städtische Schicht der Händler, Spekulanten und Kleinkapitalisten, die durch die Wiedezulassung des freien Handels bzw. die teilweise Reprivatisierung der Leichtindustrie erneut entstanden war, und die Lohnarbeiter beschäftigenden Teile der Bauernschaft.

<sup>155</sup> Vgl. Anm. 86.

<sup>156</sup> Schon 1922 gehörten Stalin und Bucharin zu den Befürwortern einer Lockerung des Außenhandelsmonopols (vgl. W.I. Lenin, Brief über das Außenhandelsmonopol, Werke Bd. 33, S. 361). Stalin war von dieser Position jedoch wieder abgerückt (vgl. J.W. Stalin, Schlußwort im VII. erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komm. Internationale, Werke Bd. 9, S. 66), während Bucharin diese Ansicht weiter vertrat, damit aber nicht durchdrang (vgl. A. Erlich, a. a. O., S. 27).

<sup>157</sup> Vgl. N. Bucharin, Über die Neue Ökonomische Politik ... Teil I, in: Bolschewik vom 30. April 1925, zitiert nach A. Erlich, a. a. O., S. 35, wo Bucharin betont, daß die Sowjetunion „bereits in dieses Stadium eingetreten“ ist, in dem „die dominierende Rolle der Stadt unangreifbar“ (!) wird.

Die Position Stalins in den Wirtschaftsdebatten bestand kurz zusammengefaßt darin, „den Kuchen zu essen und gleichzeitig zu behalten“<sup>158</sup>. Einerseits befürwortete er eine Transformation des rückständigen Sowjetstaates in eine Industrienation<sup>159</sup> und distanzierte sich von Bucharins Aufruf „Bereichert euch!“ an die Bauern<sup>160</sup>. In der Praxis allerdings erwies er sich als getreuer Bucharinist. Früher als Bucharin nahm er jedoch Kurs auf eine vorsichtig betriebene Erneuerung der alten Anlagen, wie sie sich auch in dem allerdings minimalen und von der Linken Opposition deshalb zu Recht angegriffenen Investitionsprogramm für die Jahre 1926/27 niederschlug, und verbal erkannte er zumindest seit 1926 an, daß eine vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie notwendig war<sup>161</sup>. Wenn es allerdings um die Quellen der dafür notwendigen Akkumulation ging, flüchtete er sich in Allgemeinplätze und weitschweifige Polemiken gegen die „Überindustrialisierer“ und „Bauernfeinde“ der Linken Opposition<sup>162</sup>. Ein Sammelsurium solcher „Argumente“ bildete sein Bericht zum 15. Parteitag vom Dezember 1927<sup>163</sup>. Der einzig neue Gedanke, den er vorbrachte, war der, die Möglichkeit einer Kollektivierung breiter Bauernmassen ins Auge zu fassen, obgleich er zugab, daß die „gewaltigen finanziellen Mittel“, die dafür notwendig waren, noch nicht zur Verfügung standen<sup>164</sup>.

Die Schlußfolgerungen, die die Linke Opposition aus der zunehmend prekären Situation der Binnenwirtschaft zog und die sie im Verlauf der innerparteilichen Auseinandersetzungen konkretisierte, lagen auf der Hand: Die Kapazität der Industrieproduktion mußte über das Vorkriegsniveau steigen, um den gewachsenen Bedarf nach Industriegütern einzuholen. „Wenn dieses System nicht ein Minimum an Bedürfnissen erfüllt, wird ständig Unterproduktion herrschen und die effektive Nachfrage nicht ausreichend gedeckt sein, das kann die Stimmung der Massen beeinflussen und zu dem führen, wovor uns Genosse Lenin mehr als einmal gewarnt hat: Die Massen werden beginnen, an ein System zu denken, das ihre Bedürfnisse besser befriedigt. Dies ist die größte Gefahr und deshalb machen wir uns um das Investitionsvolumen solche Sorgen“<sup>165</sup>. Dies zu erkennen bedeutete jedoch gleichzeitig, der Entwicklung der Industrie als Lieferant jener „Geräte für (die) landwirtschaftliche Produktion, die zu kollektiven Bearbeitungsformen zwingen“<sup>166</sup>, den Vorrang zu geben, d.h. sie beschleunigt auf Kosten des privaten Sektors voranzutreiben. „Eine richtige Steuerpolitik, zugleich mit einer richtigen Preis-

<sup>158</sup> A. Erlich, a.a O., S. 92

<sup>159</sup> J.W. Stalin, Schlußwort zum politischen Rechenschaftsbericht, a.a.O., S. 308

<sup>160</sup> ders., a. a. O., S. 332. A. Erlich weist mit Recht darauf hin, daß diese Distanzierung Stalins an den Ratschlag Ignaz Auers erinnert, der dem Revisionisten Eduard Bernstein nach dem Erscheinen von dessen Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ geschrieben hatte: „Ede, Du bist ein Esel, so was sagt man nicht, so etwas tut man!“

<sup>161</sup> J. W. Stalin, Über die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion und die Politik der Partei, Werke Bd. 8, S. 107

<sup>162</sup> Vgl. J. W. Stalin, Rede auf der V. Unionskonferenz des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion, Werke Bd. 9, S. 169 f, wo er ausführte: „Unsere Industrie ist in eine Entwicklungsphase eingetreten, wo ein erstes Wachstum der Arbeitsproduktivität und eine systematische Senkung der Selbstkosten der Industrieproduktion unmöglich werden ohne Anwendung einer neueren besseren Technik . . .“ Woher allerdings die Mittel für die neue bessere Technik kommen sollten, blieb in seiner Rede im Dunkeln. Seine Indifferenz zu diesem Punkt versuchte er nur zu oft hinter einem Angriff gegen die Linksopposition zu verstecken, der er vorwarf, sie wolle die Bauernschaft, „ausbeuten“ (vgl. Schlußwort zu dem Referat über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei, Werke Bd. 8, S. 315).

<sup>163</sup> Politischer Rechenschaftsbericht des ZK, Werke Bd. 10, S. 253 ff. Vgl. insbesondere S. 260 f., wo er auf die selbstgestellte Frage, wodurch das „beispiellose Entwicklungstempo“ der sowjetischen Großindustrie zu erklären sei, antwortete: „Erstens dadurch, daß sie eine nationalisierte Industrie ist . . . Zweitens dadurch, daß sie die größte (?) und konzentrierteste Industrie der ganzen Welt ist... Drittens dadurch, daß der Staat. . . alle Möglichkeiten hat, die nationalisierte Industrie planmäßig als einheitliche industrielle Wirtschaft zu leiten . . . Viertens dadurch, daß die nationalisierte Industrie . . . alle Möglichkeiten (??) hat, eine Politik ständiger Senkung der Selbstkosten, der Herabsetzung ihrer Lieferpreise und der Verbilligung ihrer Produktion durchzuführen . . . Fünftens dadurch, daß sich die nationalisierte Industrie . . . unter Bedingungen entwickeln kann, wie sie die allmähliche Annäherung (!?) zwischen Stadt und Land, zwischen Proletariat und Bauernschaft (!?) ihr biete . . . Schließlich dadurch, daß die nationalisierte Industrie sich auf die Arbeiterklasse, als den Hegemon unserer gesamten Entwicklung, stützt . . .“

<sup>164</sup> J.W. Stalin, Unterredung mit ausländischen Arbeiterdelegationen, Werke Bd. 10, S. 196

<sup>165</sup> E. Preobraschenski, Rede vor der Kommunistischen Akademie, zitiert nach A. Erlich, a. a. O., S. 46

<sup>166</sup> L. D. Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus? a. a. O., S. 43

politik, ist unter diesen Umständen der wichtigste Bestandteil einer sozialistischen Wirtschaftsleitung, *Einige hundert Millionen akkumulierter Rubel*, die sich schon jetzt *in den Händen der Dorfspitzen* konzentrieren, dienen ihnen zur *wucherischen Versklavung der Dorfarmut*. In den Händen von *Kaufleuten, Vermittlern, Spekulanten sind bereits viele hundert Millionen von Rubeln angehäuft, die schon lange mehr als eine Milliarde* ausmachen. Es ist notwendig, auf dem Wege eines energischen Steuerdruckes<sup>167</sup> einen bedeutenden Teil dieser Mittel heranzuziehen zur Stärkung der Industrie, zur Befestigung des Systems des landwirtschaftlichen Kredits, zur Unterstützung der unteren Schichten des Dorfes mit Maschinen und Inventar bei Vorzugsbedingungen."<sup>168</sup>

Es ging bei dem Lösungsvorschlag der Linken Opposition also keineswegs – wie Genosse Schmierer unterstellt – um einen Rückgriff auf den Kriegskommunismus oder gar um eine Fixierung der Bauernschaft als Ausbeutungsobjekt<sup>169</sup>, sondern um eine fiskalische Abschöpfung des privat akkumulierten Kapitals, das zur Beschleunigung der Industrialisierung und besonders zur Verbesserung der Situation der armen Bauern verwandt werden sollte. Und nur diese schnellere Entwicklung der Industrie würde es ermöglicht haben, daß die industriellen Preise gegenüber denen der Agrarprodukte langfristig fielen und damit zur Festigung des Arbeiter- und Bauernbündnisses beitrugen. Dabei war der Plan des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft in den Vorschlägen der Opposition immer in Zusammenhang gebracht mit der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft und dem Druck, der von ihr auf die innerrussische Situation ausging. „Das Monopol des Außenhandels ist eine notwendige Waffe für das Lebendigbleiben einer sozialistischen Entwicklung, solange die kapitalistischen Länder eine höhere Technik besitzen. Aber die jetzt in der Bildung begriffene sozialistische Wirtschaft kann dieses Monopol nur verteidigen, wenn sie sich ständig der Weltwirtschaft in der Technik, in den Produktionskosten, in der Qualität und den Preisen ihrer Produkte annähert. Das Ziel der wirtschaftlichen Führerschaft sollte nicht eine abgeschlossene, sich selbst genügende Wirtschaft sein, die zu einer unvermeidlichen Senkung ihres Niveaus und ihres Entwicklungstempos kommen muß, sondern ganz im Gegenteil ... Eine entschlossene Abkehr von der Theorie einer isolierten sozialistischen Wirtschaft führt im Verlauf weniger Jahre zu einer unvergleichlich schnelleren Ausnutzung unserer Hilfskräfte, zu einer schnelleren Industrieentwicklung, zu einem planvollen und starken Anwachsen unserer eigenen Maschinenerzeugung. Sie führt zu einer schnelleren Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter und zu einer wirklichen Senkung der Preise – mit einem Wort, zu einer wahren Stärkung der Sowjetunion in der kapitalistischen Umgebung.“<sup>170</sup> Den Kern der Differenzen um die Industrialisierung bildete also die Diskussion um die „Theorie“ des „Sozialismus in einem Lande“. Beide stellten zusammen mit den Debatten um die innerparteiliche Demokratie eine untrennbare Einheit dar.

Hand in Hand mit der Intensivierung der Industrie auf der Grundlage weitgehender Produktionsmittelinnovation und -erweiterung mußte die Entwicklung der Produktivität der Landwirtschaft gehen, wobei klar war, daß eine Kollektivierung nur auf lange Sicht und nach dem Prinzip der Freiwilligkeit in Angriff genommen werden konnte. Sie war jedenfalls solange nicht ohne den Widerstand *aller* Schichten der Bauernschaft zu vollziehen, als sie nicht unmittelbar die Verbesserung der Einkommens- und Lebenssituation der ärmeren Bauern nach sich zog. Die Erhöhung des landwirtschaftlichen Prokopfeinkommens dieser Schichten als Folge einer

<sup>167</sup> Die Naturalsteuer war bis 1926/27 nicht einmal progressiv! Zum Problem der steuerlichen Belastung der bäuerlichen Warenproduktion vgl. auch E. Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur (1920), Reprint 1970, o.O., S. 128, wo Varga die Vorschläge der Linken Opposition annähernd vorwegnimmt.

<sup>168</sup> Erklärung der Dreizehn an die Mitglieder des ZK und der ZKK vom Juli 1926, abgedruckt in G. Hillmann, Selbstkritik des Kommunismus, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 110 f. Vgl. auch E. Preobraschenski, Die Neue Ökonomik, a. a. O., S. 113 ff.

<sup>169</sup> J. Schmieret, Der Bolschewismus . . . a. a. O., S. 33 f. Schmierer nährt seine Polemik hier aus dem reichlichen Fundus der Stalin/Bucharin-Epigonen. Vgl. dazu E. Preobraschenski, a. a. O., S. 291 ff.

<sup>170</sup> Das Programm der Linken Opposition (Auszüge), Entwurf einer Plattform zum XV. Parteitag, vom ZK nicht veröffentlicht, abgedruckt in: Zur Entwicklung der Sowjetunion, Verlag Die Vierte Internationale, Berlin o.J., S. 28 f.

Effizienzsteigerung der Landarbeit auf kollektiver Basis war jedoch an eine vorausgegangene Expansion der Industrie gebunden – und hier vor allem an jene Sektoren der Industrie, die Traktoren und anderes landwirtschaftliches Gerät zur Mechanisierung der Produktion lieferten. „Das ist notwendig, weil die erweiterte Reproduktion der Industrie in ausreichender Geschwindigkeit, die Entwicklung des Eisenbahnnetzes, der Kanäle, der Elektrifizierung usw. auch für die bäuerliche Wirtschaft außerordentlich notwendig sind. Ohne die Unterstützung einer sich schnell entwickelnden Industrie kann diese Wirtschaft ihre Produktivkräfte nicht einmal innerhalb der Grenzen der Kleinproduktion entwickeln und noch weniger kann sie zum höheren Stadium der Produzentenkooperation aufsteigen.“<sup>171</sup> Auch das Problem der beständigen Arbeitslosigkeit in den Städten und der noch schwererwiegenden versteckten Arbeitslosigkeit auf dem Lande<sup>172</sup> war nur mit der Perspektive der vorrangigen Entwicklung des Industriesektors anzugehen, wobei die Integration der relativen Überbevölkerung in den industriellen Produktionsprozeß überdies zu einer Steigerung des sozialen Gewichts des Proletariats als Klasse geführt hätte.

Wir können also zusammenfassend feststellen, daß die Festlegung der prioritären Erweiterung und Entwicklung der Sowjetindustrie durch die Linke Opposition von den folgenden Perspektiven getragen war: 1. die Austauschrelation zwischen Stadt und Land auf lange Sicht egalitärer und damit krisenfester zu gestalten, 2. den staatlichen Sektor der Wirtschaft in den Stand zu setzen, das Niveau der kapitalistischen Technik zu erreichen, 3. einen Fortschritt des gesamten Wirtschaftskomplexes zu erreichen und damit Disproportionen – wie sie infolge des erweiterten Spielraums für die „freie Konkurrenz“ entstanden waren – zu beseitigen, und 4. das Proletariat quantitativ zu stärken, durch die Einführung neuester Produktionstechniken zu qualifizieren und damit das allgemeine kulturelle Niveau zu heben. Letzteres war unverzichtbare Voraussetzung für eine breite Beteiligung der Massen an der Verwaltung von Staat und Wirtschaft, konnte jedoch nur dann real zum Tragen kommen, wenn eine fühlbare Verbesserung der unmittelbaren Lebenssituation der Massen damit einherging, die wiederum auf ein hohes industrielles Investitionsvolumen als Voraussetzung zurückverweist.

Was die Quellen dieser Investitionen angeht, war Preobraschenski als der hervorragendste Ökonom der Linken Opposition in partiellem Gegensatz zu ihr der Meinung, den Löwenanteil dieser Mittel gewänne der proletarische Staat nicht, indem er „von den kleinbürgerlichen Produzenten weniger (nehme) ... als der Kapitalismus nahm (in seiner Phase der ursprünglichen Akkumulation, O.S./J.A.), sondern mehr ... von den noch größeren Einkünften“<sup>173</sup>. Diese Aussage war in zweifacher Hinsicht problematisch. Einmal leistete sie natürlich jenen Legenden Vorschub, an denen die herrschende Fraktion seit 1923 eifrig wob und die auch heute noch in linken Köpfen herumspukt, die auf die Behauptung der „trotzkistischen Bauernfeindlichkeit“ bzw. auf die Trotzki'sche „Mißachtung“ oder „Unterschätzung“ der Bauernschaft hinausliefen. Zum anderen war Preobraschenskis Losung in der konkreten Situation kaum anwendbar, da die „noch größeren Einkünfte“ der kleinbürgerlichen Produzenten – d. h. der Bauern – in weiter Ferne lagen und die Gefahr eines Produzentenstreiks sich jederzeit aktualisieren konnte, der bei gegebener Versorgungslage der Städte katastrophale Auswirkungen zeitigen mußte. Zweifellos sah auch Preobraschenski dieses Dilemma und verlagerte im Verlauf der Debatte die Gewichtung seiner Argumentation einerseits auf diejenigen Quellen der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation, die nicht die gesamte Bauernschaft treffen mußten, und gab auf der anderen Seite auch Möglichkeiten an, wie auf dem Umweg über die staatliche Kreditpolitik eine zu

<sup>171</sup> E. Preobraschenski, a. a. O., S. 265

<sup>172</sup> Um 1928 wurde die Zahl der Arbeitslosen in der Industrie mit 2 Mio. angegeben, bei ca. 3,5 Mio. Beschäftigten. Die ländliche Arbeitslosigkeit wurde auf 8-9 Mio. geschätzt. (H. Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, a. a. O., S. 72) Genauere Angaben über die Klassenspaltung unter den Bauern und über die versteckte Arbeitslosigkeit durch Rückkehr zur handwerklichen Kleinproduktion sind aus den offiziellen Statistiken jener Jahre kaum zu entnehmen – aus gutem Grund. Vgl. dazu L. D. Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus? a. a. O., S. 12 und E. Preobraschenski, a. a. O., S. 225. Man darf auch in dieser Hinsicht von der angekündigten Erstveröffentlichung des 2. Bandes der „Neuen Ökonomik“ einiges erwarten.

<sup>173</sup> E. Preobraschenski, a. a. O., S. 115. Hervorhebung im Original.

große Belastung vor allem der ärmeren Bauernschichten vermieden werden konnte<sup>174</sup>. Doch ist nicht zu übersehen, daß hier schon der Keim künftiger Differenzen zwischen der Linken Opposition und Preobraschenski angelegt war. Auch in der Frage des Entwicklungstempos der Industrialisierung und der Vorrangigkeit der Schwergüterindustrie ergaben sich divergierende Standpunkte, wenn auch oft nur nuancenhaft. Obgleich Bucharin daraus politisches Kapital zu schlagen versuchte<sup>175</sup>, war doch die gemeinsame Frontstellung gegen eine Appeasement-Politik gegenüber den reichen Bauern und für eine großzügige und rasch betriebene Industrialisierung des Landes stärker als alle Differenzen. Diese sollten erst dann real aufbrechen, als es für einen relativ unpolitischen Wissenschaftler<sup>176</sup> wie Preobraschenski scheinen mochte, daß Stalin das Programm der linken Opposition plagiierte<sup>177</sup>.

Neben den schon weiter oben angeführten Ursachen machten sich in den Jahren 1924-28 weitere Faktoren geltend, die dem Konsolidierungsprozeß der Bürokratie Vorschub leisteten: die „außerordentliche Hebung des Selbstbewußtseins des Kleinbürgertums in Stadt und Land“ als Folge der offiziellen Politik und die „völlige Tötung der Partei- und Sowjetdemokratie“<sup>178</sup>. Im Gegensatz zur internationalen Isolierung der russischen Revolution, der Zurückgebliebenheit der Produktivkräfte und des kulturellen Niveaus haben wir es hier nicht mit objektiven Gegebenheiten zu tun, sondern mit den Resultaten einer auf subjektiven Entscheidungen gegründeten Politik, die bereits weitgehend durch den Selbsterhaltungstrieb der Bürokratie als sozial privilegierter Kaste determiniert waren. Gleichzeitig war das immer mehr zunehmende selbstgenügsame Strebertum kleinbürgerlicher Provenienz begleitet von einem molekularen Prozeß der Degeneration des Bolschewisten als „psychologischem Typus“<sup>179</sup>. Nach der Durchsetzung der Stalinbürokratie in der Partei stellte die internationale Linke Opposition 1931 fest:

„Von Parteidemokratie ist heute nicht einmal der Schein übriggeblieben. Die Lokalorganisationen werden von den Sekretären gewählt und selbstherrlich umgebaut ... Die Lokalsekretäre<sup>180</sup> werden vom Zentralkomitee ernannt, das offiziell und offen in ein beratendes Organ des Generalsekretärs verwandelt ist. Parteitage werden willkürlich vertagt, Delegierte von oben herab nach dem Prinzip der Solidarität mit dem unabsetzbaren Führer ausgewählt. Selbst der Schatten einer Kontrolle der Spitze von unten ist beseitigt. Die Parteimitglieder werden systematisch im Geiste passiver Unterwerfung dressiert. Jeder Schimmer von Selbständigkeit, Unabhängigkeit, Festigkeit, d. h. von jenen Zügen, die das Wesen des Revolutionärs ausmachen, wird unterdrückt, verfolgt, mit Füßen getreten.“<sup>181</sup>

Instrument dieser Unterdrückung wurde in zunehmendem Maße die „Tscheka“ (später GPU), die sich vom „Schwert der Revolution“ in ein Mittel innerparteilicher Auseinandersetzungen verwandelte. Dies konnte umso leichter geschehen, als die zentristische Fraktion früh genug für eine Besetzung der politischen Polizei mit treuen Gefolgsleuten gesorgt hatte.

<sup>174</sup> a. a. O., S. 143

<sup>175</sup> Vgl. Deutscher, Trotzki 1921 - 29, a. a. O., S. 474 Anmerkung 54

<sup>176</sup> Trotzki meinte anlässlich der Debatten um die chinesische Revolution, daß Preobraschenski „**wie stets in Fragen der Politik**, etwas Unverständliches“ murmelte. (Die permanente Revolution, a. a. O., S. 145, von uns unterstrichen)

<sup>177</sup> In der Verbannung gehörte Preobraschenski zu jener Gruppe Oppositioneller, die nach der „Links“-Wendung der Stalinfraktion eine versöhnlerische Haltung einnahm, und Mitte 1929 unter dem üblich gewordenen „byzantinischen Ritual“ (Trotzki) der Abschwörung wieder in die Partei aufgenommen wurde, jedoch nur um 1932 – diesmal endgültig – ausgeschlossen und 1937 erschossen zu werden.

<sup>178</sup> L. D. Trotzki, Verratene Revolution, a. a. O., S. 30

<sup>179</sup> L. D. Trotzki, Mein Leben – Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930, S. 486. Schon auf dem XI. Parteitag war eine Resolution mit folgendem Satz verabschiedet worden: „Seitdem die Partei Regierungspartei wurde, begannen unvermeidlich wesensfremde Streber, hauptsächlich aus den Schichten des städtischen Kleinbürgertums, . . . sich einzuschleichen“ (Resolution über die Festigung . . ., a. a. O., S. 278).

<sup>180</sup> 60% aller Parteisekretäre traten erst nach 1917 in die Partei ein. (Vgl. P. Salutzki, Die vorläufigen Ergebnisse der Parteisäuberung, in: Russische Korrespondenz Nr. 4/5, Mai/Juni 1922, Reprint Erlangen 1971, Jahrgang III, Bd. 1, S. 70 ff)

<sup>181</sup> L. D. Trotzki, Probleme der Entwicklung der USSR, Berlin 1931, Reprint o. O., o. J., S. 10

Es ist Trotzki zuzustimmen, wenn er in der „Verratenen Revolution“ die Dialektik der bürokratischen Machtbefestigung in den 20er Jahren, in ihrer ersten Phase also, als Kampf der Bürokratie im Verein mit den kleinbürgerlichen Elementen zur Zerschlagung der bolschewistischen Opposition bezeichnet. „Der ‚Fehler‘ vom Standpunkt des Sozialismus war Reingewinn vom Standpunkt der Bürokratie“<sup>182</sup>. Die bittere Notwendigkeit der „Atempause“ der NEP wurde unter den Händen der Bürokratie zum erstrebenswerten Ziel. Als jedoch der von der Führung gehätschelte Kulak sich gegen die Sowjetregierung zu wenden begann, traf ihn – und mit ihm beinahe die gesamte Bauernschaft – die volle Wucht der administrativen Gewaltmaßnahmen, mit denen die Bürokratie ihre Positionen verteidigte. Hier wird die soziale Natur der Bürokratie in den Übergangsgesellschaften deutlich; sie ist keine selbständige Klasse. Denn sie verdankt ihre Existenz als privilegierte Kaste letzten Endes der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch die proletarische Revolution. Die Bürokratie besitzt weder eine totale Autonomie vom Proletariat, noch ist sie dessen bloß passives Exekutivorgan. Ihr Wesen kommt vielmehr in der widersprüchlichen Einheit von klassenmäßiger Abhängigkeit und eigenständigen sozialen Interessen zum Ausdruck, welche letzteren nur auf der Basis der politischen Expropriation des Proletariats gedeihen konnten. Dies macht ihren Doppelcharakter aus. In ihrer partiellen Autonomie vom Proletariat ist sie der kapitalistischen Bürokratie im Bonapartismus (vgl. den Exkurs weiter oben) in etwa analog, obwohl diese Analogie beim Grad der Machtentfaltung auch schon wieder endet, denn der Bürokratie der Übergangsgesellschaft stehen im Gegensatz zur kapitalistischen auch die „Kommandohöhen der Wirtschaft zur Disposition“<sup>183</sup>. Sie macht sich dabei „die bürgerlichen Sitten zu eigen, ohne eine nationale Bourgeoisie neben sich zu haben. In diesem Sinne muß man zugeben, daß sie etwas mehr ist als eine Bürokratie. Sie ist die einzige im vollen Sinne des Wortes privilegierte und kommandierende Schicht der Sowjetgesellschaft“<sup>184</sup>.

<sup>182</sup> a.a.O., S. 265

<sup>183</sup> E. Altvater/C. Neusüß, Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, in: Neue Kritik 51/52, Ffm 1969, S. 22

<sup>184</sup> L.D. Trotzki, Verratene Revolution., a. a. O., S. 242. E. Mandel schreibt in seinem jüngst erschienenen Aufsatz „Warenkategorie und Lohnform in der Übergangsgesellschaft“: „Weil die Bürokratie keine neue Klasse ist. ... **verfügt sie über keinen politischen, sozialen oder ökonomischen Mechanismus, um ihre besonderen materiellen Interessen mit der Entwicklung der Produktionsweise zu vereinen, aus der sie ihre Privilegien bezieht.** In der kapitalistischen Gesellschaft stellt die auf Privateigentum begründete Konkurrenz eine solche Einheit dar: jeder Kapitalist, der seine eigenen Interessen vertritt, sichert damit zugleich die Entwicklung des Systems mit dem Maximum von ‚Rationalität‘, das im Rahmen der Anarchie der Marktgesetze überhaupt möglich ist. . . Nichts dergleichen in der UdSSR oder irgend einer anderen Übergangsgesellschaft, in der die Bürokratie die Verwaltung von Staat und Wirtschaft usurpiert hat. Die spezifischen Interessen der Bürokratie sind vor allem die Aufrechterhaltung und die Ausweitung von **Konsumprivilegien**. Das Verwaltungsmonopol ist das Instrument, dieses Ziel zu erreichen. Und das verstaatlichte Eigentum wird nur aus diesem Grunde verteidigt.“ (in: Permanente Revolution, Materialien Nr. 1, Zur Theorie der Übergangsgesellschaft I, Berlin 1972, S. 96)

## Exkurs: Einige Bemerkungen zu J. Schmierers „Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der Russischen Revolution“

An dieser Stelle erscheint es uns angebracht, auf einen Artikel des Genossen Schmierer einzugehen, der sich in seiner Qualität wohlthuend von seinen späteren literarischen Erzeugnissen zur Problematik der Übergangsgesellschaften abhebt<sup>185</sup>. Es wird dort ausführlich und in zum Teil sehr überzeugender Weise die Konzeption der bolschewistischen Partei zur Agrarfrage in der vorrevolutionären Periode dargelegt, während sich die nachrevolutionäre Behandlung des Verhältnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft durch die Bolschewiki – vor allem ab der NEP-Periode – in der Schmierer'schen Sichtweise verkürzt bis deformiert darbietet. Wir wollen hier versuchen, diesen letzten Teil seines Aufsatzes einer Kritik zu unterziehen.

Ganz davon abgesehen, daß es wohl nicht darum gehen kann, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Politik am Grad ihrer Übereinstimmung mit der Lenin'schen Konzeption der Jahre 1920/21 zu „beweisen“, will es Schmierer trotz ausgedehntester Lenin-Exegese nicht so recht gelingen, den Nachweis zu führen, daß sowohl die rechte als auch *die linke Tendenz in der KPR (B) die Leninschen Intentionen über den Aufbau des Sozialismus verfehlten*. Das liegt zum einen an der überaus schlampigen Positionsbestimmung, wie sie Schmierer von der Linken Opposition gibt. Er greift hier vornehmlich auf die kategorischen Behauptungen Bettelheims zurück<sup>186</sup>, muß allerdings genau wie dieser den Beweis dafür schuldig bleiben. Zum anderen liegt es natürlich vor allem daran, daß er bei der Schilderung der Perspektiven der NEP bewußt oder unbewußt mehrmals auf die offenbar nicht wegzuleugnende Tatsache stößt, daß es Lenin, wenn er von Sozialismus sprach, nie an Hinweisen darauf fehlen ließ, worin er die unverzichtbare Voraussetzung dieses Sozialismus erblickte: nämlich in der umfassenden Entwicklung einer den westeuropäischen Maßstäben zumindest angeglichenen Industrie<sup>187</sup>.

Ist diese Voraussetzung jedoch einmal anerkannt, dann stellt sich sofort die Frage nach der Herkunft der Mittel zur Industrialisierung eines Landes, in dem die kleinbäuerliche Produktion vorherrschend ist. Diese Frage besitzt eine weit über die spezifische Problemstellung der Bolschewiki Mitte der 20er Jahre hinausgehende Relevanz.

Genosse Schmierer macht es sich in seinem Artikel etwas zu leicht: Er läßt diese Frage ungestellt und erspart sich damit auch deren Beantwortung. Stattdessen schreibt er, daß Lenin „diese Hauptfrage (die Bestimmung des Verhältnisses zwischen Proletariat und Kleinproduzenten, O.S./J.A.) durch die Vergenossenschaftlichung lösen (wollte), wobei er hoffte, durch das Übergewicht der sozialistischen Großindustrie würden genügend Möglichkeiten geschaffen, diese Vergenossenschaftlichung über den sozialistischen Gütertausch und durch das Beispiel herbeizuführen“<sup>188</sup>. Abgesehen davon, daß Schmierer damit haarscharf das Programm der Linken Opposition seit 1923 formuliert<sup>189</sup>, enthält diese Feststellung kein Wort darüber, wie denn der Auf- und Ausbau einer Großindustrie unter den Bedingungen einer außerordentlichen Investitionsmittelknappheit zu bewerkstelligen sei.

Etwas weiter oben verkürzt Schmierer die Leninsche Perspektive sogar noch um die Indus-

<sup>185</sup> Der Artikel war abgedruckt im Neuen Roten Forum Nr. 1/1971, S. 9 ff.

<sup>186</sup> Vgl. besonders a. a. O., S. 33 f, wo die ursprüngliche, sozialistische Akkumulation mit Kriegskommunismus, Tributierung und Ausbeutung der Bauern identifiziert wird. Bettelheim bringt bis auf die Begriffe genau dieselben „Argumente“ (vgl. sein Interview mit II Manifesto, in: Sowjetunion und China. Zwei Wege des sozialistischen Aufbaus, München 1970, S. 50 ff).

<sup>187</sup> Vgl. a. a. O., S. 29, 30 und 35

<sup>188</sup> a. a. O., S. 35

<sup>189</sup> Vgl. L.D. Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus? a. a. O., S. 34 f, wo es u.a. heißt: „Der sozialistische Umbau der Landwirtschaft wird sich natürlich nicht einfach durch die Genossenschaften, als reine Organisationsform, vollziehen, sondern durch Genossenschaften, die sich auf die Mechanisierung der Landwirtschaft, ihre Elektrifizierung und allgemeine Industrialisierung stützen. Das heißt, daß der technische und sozialistische Fortschritt der Landwirtschaft sich nicht trennen läßt von einem zunehmenden Übergewicht der Industrie in der Gesamtökonomik des Landes.“ (Hervorhebungen im Original).



trialisierung und reduziert sie auf die Kulturrevolution, die Vergenossenschaftlichung und den Kampf gegen die Bürokratie<sup>190</sup>. Dabei vergißt er völlig, daß Lenin den Begriff Kulturrevolution in seinem Artikel über das Genossenschaftswesen nicht als voluntaristischen Akt verstand, sondern sehr wohl deren Abhängigkeit von materiellen Faktoren erkannte:

„Uns genügt nun diese Kulturrevolution, um ein vollständig sozialistisches Land zu werden, aber für uns bietet diese Kulturrevolution ungeheure Schwierigkeiten, sowohl rein kultureller (denn wir sind Analphabeten) als auch materieller Natur (denn um Kultur zu haben, braucht man eine bestimmte materielle Entwicklung der Produktionsmittel, braucht man eine bestimmte materielle Basis).“<sup>191</sup>

Auch die Genossenschaften *allein* tragen zum Aufbau des Sozialismus nichts bei:

„Die Kooperation kann nur dann eine sozialistische Rolle spielen, wenn sie als Glied in ein System eintritt, *das sich aufgrund seiner eigenen inneren Tendenzen und Kräfte* auf den Sozialismus hinentwickelt. Ein derartiges System ist die Staatswirtschaft des Proletariats, die sich in ihrer Entwicklung auf das Wachstum der vergesellschafteten Produktion stützt.“<sup>192</sup>

Lenin erneut fehlerhaft interpretierend (was im übrigen sogar aus der von ihm selbst zitierten Textstelle hervorgeht) führt Schmierer an anderer Stelle aus, daß die Führungsrolle des Proletariats so verstanden werden müsse, „daß es (das Proletariat, O.S./J.A.) selbständig tatsächlich die Industrialisierung so vorantreibe, daß die Bauernschaft tatsächlich austauschen konnte mit dem Proletariat, anstatt vor allem zu geben“<sup>193</sup>. Es ist Schmierer also offensichtlich unklar, daß in der konkreten sowjetischen Ökonomie, in der zwischen sozialistischem und kapitalistischem Sektor der Produktion das Verbindungsglied Markt bestand, eine wachsende Disproportionalität zwischen der effektiven Nachfrage und dem Industriegüterausstoßvolumen herrschte, die es zu überwinden galt, und zwar nicht indem man das Entwicklungstempo der Industrie an das der Landwirtschaft kettet, sondern es gegenüber diesem mittels einer Akkumulation zur erweiterten Reproduktion der Industrie *beschleunigt*. Dem Proletariat unter diesen Marktrelationen zu empfehlen, „selbständig“ zu industrialisieren, heißt nichts anderes, als daß der Agrarsektor die Geschwindigkeit des Aufbaus des sozialistischen Sektors bestimmt. Eine solche Interpretation der Führungsrolle des Proletariats bedeutet in Wirklichkeit die Übergabe dieser Führung an die Bauern. Unter den konkreten Bedingungen der Sowjetwirtschaft zeitigte dies die These vom „Sozialismus im Schneckentempo“ (Bucharin) und die beschwörenden Stalin'schen Leerformeln von der „Sparsamkeitswirtschaft“. Im Gegensatz dazu muß darauf insistiert werden, daß nur die gezielte Abschöpfung eines Teils des landwirtschaftlichen Mehrprodukts und des im kapitalistischen Sektor akkumulierten Kapitals in einem Land mit überwiegend bäuerlicher Produktion auf privater Basis die Mittel bereitstellen kann, die für eine Erhöhung des Out-Puts an Industriegütern zur Abdeckung der bestehenden und in naher Zukunft zu erwartenden effektiven Nachfrage von Stadt und Dorf erforderlich sind.

Indem Schmierer diesen Problemstellungen in seiner Betrachtung keinen Raum gibt, erhält er sich natürlich alle Möglichkeiten, zwischen den Fronten Bucharin/Stalin versus Trotzki/Preobraschenski auf einem selbstgestrickten dritten Weg zum Sozialismus zu kommen. Daß dieser dritte Weg, über den Schmierer allerdings wohlweislich außer dunklen Andeutungen nichts Näheres angibt, in der Realität schmachvoll versagen mußte<sup>194</sup>, zeigt nicht zuletzt das Beispiel der Stalinfraktion, die in der NEP- und Neo-NEP-Zeit zumindest in einigen Aspekten zwischen

<sup>190</sup> a. a. O., S. 33. Parenthetisch sei hier vermerkt, daß der Begriff Bürokratie bei Schmierer völlig unvermittelt verwendet wird und er sich weder der Mühe unterzieht, die Genese dieser Bürokratie zu erklären noch deren soziale Natur. Damit ist dann aber die Parole „Kampf gegen die Bürokratie“ eine bloß deklamatorische, wie sie auch von der Stalinfraktion teilweise aufgenommen wurde.

<sup>191</sup> W. I. Lenin, Über das Genossenschaftswesen, Werke Bd. 33, S. 461

<sup>192</sup> E. Preobraschenski, Die Neue Ökonomie, a. a. O., S. 279 (Hervorhebung im Original)

<sup>193</sup> a. a. O., S. 34

<sup>194</sup> Vgl. E. Preobraschenski, a. a. O.: „Die kollektive Wirtschaft des Proletariats muß sich entweder schnell entwickeln oder zugrunde gehen, sowohl wegen der ihr innewohnenden Entwicklungsgesetze, als auch wegen der externen Situation. Es gibt keinen anderen Weg.“

den Exponenten des rechten und linken Parteiflügels zu lavieren versuchte<sup>195</sup>.

Methodisch gesehen werden die Auseinandersetzungen in der Partei von Schmierer als rein ideengeschichtliche abgehandelt ohne die leiseste Andeutung, welche sozial-ökonomischen Prozesse sich darin widerspiegeln. Dieser bürgerliche Ansatz und die verzernte Reduktion des Programms der Linken Opposition auf die Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation erlauben es ihm auch dann, die methodisch und inhaltlich falsche Aussage zu treffen, die Konzeption der linken Parteifraktion decke sich vollständig mit der später von Stalin durchgeführten Industrialisierung und Kollektivierung. Wir meinen, im vorigen Abschnitt diese Legende gründlich destruiert zu haben, so daß wir uns an dieser Stelle nicht weiter damit beschäftigen müssen.

Noch fragwürdiger wird es jedoch, wenn Schmierer versucht, den Gründen für die realgeschichtliche Entwicklung der Sowjetunion auf die Spur zu kommen. Der Weg einer nicht über den Kopf der Massen hinweg vollzogenen Industrialisierung und Vergenossenschaftlichung scheiterte ihm zufolge „an der Schwäche des russischen Proletariats“, die sich „auch in einem Zerfall der Sowjetdemokratie äußerte“<sup>196</sup>. In diesem Erklärungsversuch fehlt unseres Erachtens ein zentrales Moment: der subjektive Faktor, d.h. die bolschewistische Partei, dem sich doch wohl im Verlaufe der 20er Jahre eine Reihe von Möglichkeiten des korrigierenden Eingreifens in die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse boten, die jedoch nur zum Teil und in einem ganz bestimmten Interessenzusammenhang wahrgenommen wurden. Dies zu vernachlässigen bzw. generalisierend die Schwäche des Proletariats dafür verantwortlich zu machen, heißt in einen fatalistischen Objektivitätsfetischismus verfallen, der – konsequent zu Ende gedacht – nur in die menschewistische Ecke führen kann. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß an anderer Stelle von der „Entfernung der Partei von den Massen“<sup>197</sup> geredet wird. Solange sich für Schmierer nicht die Frage stellt, *warum* sich die Partei von den Massen entfernte bzw. er als Ursache wiederum nur auf die objektive Schwäche des Proletariats zurückverweist, bleibt dieser Hinweis nur rhetorisches Beiwerk.

Zu guter letzt aber zaubert Schmierer noch ein kapitalistisches Kaninchen aus dem Zylinder maoistischer Orthodoxie: „Der Staat wurde unter Stalin objektiv zum Agenten der Akkumulation“, in deren Verlauf die lebendige Arbeit des Proletariats „in dem Maße (!) wieder der Herrschaft des toten Kapitals unterworfen wurde, wie es die Verfügung über den Produktionsprozeß verlor (!!“. Diese Entwicklung, die „notwendig (!) auf den kapitalistischen Weg zurückführte“, resultierte aus „dem Widerspruch zwischen bürgerlicher Agrarrevolution und sozialistischer Revolution“, wobei erstere über letztere „erst in einem widersprüchlichen Prozeß“ siegte, „der die kapitalistische Kleinproduktion abschaffte, um den Akkumulationsprozeß des Kapitals als vom proletarischen Staat betriebenen (!) wieder auferstehen zu lassen . . . Diese Entwicklung wird in dem Maße interpretierbar, wie sich der Versuch des Aufbaus des Sozialismus nach Stalins Tod (!) zunehmend als Selbstverwertungsprozeß des Kapitals enthüllt und die politische Zwangsgewalt, die Stalin subjektiv im Dienste des Proletariats ausübte, durch die Eigengesetzlichkeiten der Ökonomie ersetzt wird“<sup>198</sup>.

Die *inneren* Widersprüche der Schmiererschen Argumentation treten hier ganz offen zutage: Selbst *wenn* die Unterwerfung der sowjetischen Arbeiterklasse unter die Herrschaft des Kapi-

<sup>195</sup> Dies stellt auch Schmierer fest (S. 33), ohne jedoch dieses Scheitern einer gründlichen Analyse zu unterziehen bzw. die notwendigen Schlußfolgerungen zu treffen.

<sup>196</sup> a. a. O., S. 35 Vgl. auch S. 33, wo davon die Rede ist, daß „der Staat **natürlich** auch nach dem Beschluß der beschleunigten Kollektivierung nicht sofort in der Lage war, die erforderlichen Ausrüstungen für die Kolchosen bereitzustellen“ (von uns unterstrichen). Wir fragen: wieso „natürlich“? Gab es etwa keine Handlungsalternativen, die darauf hinausliefen, die Industrie auch im Hinblick auf die bessere Versorgung der Bauern prioritär zu entwickeln? So „natürlich“ wie uns Schmierer weismachen will, war diese Lage also gar nicht, freilich muß sie ihm so erscheinen, da er die „Kontinuität der Stalin’schen Agrarpolitik in der Geschichte der Bolschewiki“ betont (S. 32). Der platte Objektivismus in der Analyse historischer Vorgänge hat eben noch allemal Rechtfertigungscharakter besessen.

<sup>197</sup> a. a. O., S. 35

<sup>198</sup> a. a. O., S. 34

tals von deren Nichtverfügung über den Produktionsprozeß abhängig ist (was füglich bezweifelt werden darf), kann doch im Ernst nicht behauptet werden, vor Stalins Tod sei diese gegeben gewesen, zumal wenn man selbst zuvor von der „Entfernung der Partei von den Massen“ in der Ära Stalin sprach. Zumindest müßte Schmierer die qualitativen Unterschiede zwischen ihr und der Post-Stalin-Periode im Hinblick auf die realen Verfügungsmöglichkeiten des Proletariats aufweisen. Aber schließlich ist die Frage der Verfügungsgewalt gar nicht die entscheidende, denn damit die Kapitalherrschaft nachweisen zu wollen, ist schlicht Nonsens.

Daß den sowjetischen Arbeitern in *beiden Zeitabschnitten der Produktionsprozeß und seine Produkte nicht* zur Disposition standen, ist lediglich ein Beweis für deren *politische Entmündigung*, waren doch die „Kommandohöhen der Wirtschaft“ mit der Nationalisierung der Industrie und des Transports und erst recht mit der Kollektivierung zum Objekt *politischer* Entscheidungen geworden. Weit davon entfernt, mit diesem Merkmal (das nebenbei bemerkt kein spezifisch kapitalistisches darstellt, da es auch allen *vorkapitalistischen* Klassengesellschaften eigen ist) den Begründungszusammenhang für die Existenz des Kapitalismus in der Sowjetunion liefern zu können, liefert Schmierer also mit seiner Argumentation implizit den Beweis für die *politische Expropriation des Proletariats durch die Bürokratie*.

Jedoch werden diese inneren Widersprüche sofort erklärlich, wenn man sich vergegenwärtigt, von welchem Kapitalbegriff Schmierer hier ausgeht: Wie aus dem oben zitierten Text eindeutig hervorgeht, ist Kapital für ihn kein gesellschaftliches Verhältnis, das eine Relation zwischen den Klassen ausdrückt, er begreift es vielmehr nur in seinem verdinglichten Schein, als bloße Sache, d.h. vulgärökonomisch. „Es ist hier am Ort auf ein Moment aufmerksam zu machen, das hier erst nicht nur vom Standpunkt der Beobachtung aus hervortritt, sondern im ökonomischen Verhältnis selbst gesetzt ist ... Kapital überhaupt ist also für sich seiender, *selbstischer* Wert sozusagen, gesetzt (was im Geld nur angestrebt war). Aber das für sich seiende Kapital ist der *Kapitalist*. Es wird wohl von Sozialisten gesagt, wir brauchen Kapital, aber nicht den Kapitalisten. Dann erscheint das Kapital als reine Sache, nicht als Produktionsverhältnis, das in sich reflektiert eben der Kapitalist ist“<sup>199</sup>. Indem Schmierer den dinglich fetischisierten Schein der Kapitalproduktion nicht auflöst, sondern als bare Realität nimmt, löst er sie aus dem Klassenverhältnis heraus, in das sie eingebettet ist. Somit kann dann eben auch der proletarische Staat Kapitalakkumulation betreiben, „kommunistisches Kapital“ sozusagen. In Wirklichkeit verwischt Schmierer damit nur den Unterschied zwischen Produkt und Kapital, der gerade der ist, „daß als Kapital das Produkt eine bestimmte, einer historischen Gesellschaftsform angehörige Beziehung ausdrückt“ oder genauer „eine gesellschaftliche Beziehung ... der bürgerlichen Gesellschaft“. Denn das Kapitalverhältnis setzt das Klassenverhältnis, d.h. die Existenz von Proletariat und Bourgeoisie voraus: „Das Klassenverhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter ist also schon vorhanden, schon vorausgesetzt, in dem Augenblick, wo beide in dem Akt G-A (A-G von Seiten des Arbeiters) sich gegenüber treten. Es ist Kauf und Verkauf, Geldverhältnis, aber ein Kauf und Verkauf, wo der Käufer als Kapitalist und der Verkäufer als Lohnarbeiter vorausgesetzt wird ... Das Kapitalverhältnis während des Produktionsprozesses kommt nur heraus, weil es an sich im Zirkulationsakt existiert, in den unterschiedenen ökonomischen Grundbedingungen, worin Käufer und Verkäufer sich gegenüber treten, in ihrem Klassenverhältnis. Es ist nicht das Geld, mit dessen Natur das Verhältnis gegeben ist, es ist vielmehr das Dasein dieses Verhältnisses, das eine bloße Geldfunktion in eine Kapitalfunktion verwandeln kann.“<sup>200</sup>

Insofern Schmierer also von wesentlichen Bestimmungen des marxistischen Kapitalbegriffs abstrahiert, erspart er sich die letzte notwendige Konsequenz aus seinen eigenen Ausführungen:

<sup>199</sup> K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 210 f.

<sup>200</sup> K. Marx, Das Kapital II, MEW Bd. 24, S. 37. Vgl. auch a. a. O., S. 61, wo Marx schreibt: „Das industrielle Kapital ist die einzige Daseinsweise des Kapitals, worin nicht nur Aneignung von Mehrwert, resp. Mehrprodukt, sondern zugleich dessen Schöpfung Funktion des Kapitals ist. Es bedingt daher den kapitalistischen Charakter der Produktion, sein Dasein schließt das des Klassengegensatzes von Kapitalisten und Lohnarbeitern ein“.

Er braucht nicht von der Existenz einer Bourgeoisie zu reden<sup>201</sup>. Damit kann er sich denn auch guten Gewissens von Korsch, Pannekoek, Mattick und anderen „links“-kommunistischen Tendenzen absetzen<sup>202</sup>, die offen von bürgerlichen Verhältnissen bzw. der ominösen „neuen Bourgeoisie“ in der Sowjetunion der 20er Jahre sprachen<sup>203</sup>, und er kann gleichzeitig naßforsch die Linke Opposition als Propagandisten der Rekapitalisierung der Sowjetunion denunzieren, allerdings um den Preis der Aufgabe marxistischer Kategorien.

<sup>201</sup> Mittlerweile hat er diese „Hemmungen“ natürlich über Bord geworfen (vgl. ders. Zur Außenpolitik der VR China, in: Neues Rotes Forum 1/72), wovon im zweiten Teil unseres Beitrags noch die Rede sein wird. Mit dieser „neuen Bourgeoisie“ ist es dasselbe wie mit dem Ungeheuer von Loch Ness: Alle sprechen davon und keiner hat es je gesehen.

<sup>202</sup> Vgl. a. a. O., S. 35, Anm. 109

<sup>203</sup> Vgl. z. B. die Gruppe „Arbeiterwahrheit“ in der KPR (B), die 1921 schon die „neue Bourgeoisie“ entstehen sah und vom Aufbau einer kapitalistischen Wirtschaft faselte (in: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Dokumente, Bd. 1, München 1972, S. 266 f.)

## **Exkurs: Die sowjetische Außenpolitik von der „Permanenten Revolution“ zum „Sozialismus in einem Lande“**

Die Außenpolitik eines proletarischen Staates kann ebensowenig allein von der internationalen Ebene her analysiert werden, wie eine geographisch begrenzte proletarische Revolution und die Entwicklung der daraus hervorgegangenen Übergangsgesellschaft allein von ihrer inneren Dynamik her erfaßt werden kann. Während die innere Entwicklung eines proletarischen Staates ein Element der internationalen Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Imperialismus und Weltproletariat und den Ungleichzeitigkeiten dieses Verhältnisses unterworfen ist, so wird die Außenpolitik eines proletarischen Staates weitgehend durch seine Entwicklung im Innern determiniert.

Das Hauptanliegen dieses Exkurses gilt der Untersuchung der Struktur und Funktion der sowjetischen Außenpolitik in den 20er Jahren; dem ist die kritische Auseinandersetzung mit Joscha Schmierers Artikel über „Prinzipien und Strategie der Außenpolitik der VR China“ (NRF, 1/72) untergeordnet. Während wir uns hier nur mit dem ersten Abschnitt dieses Artikels beschäftigen können, werden wir die Auseinandersetzung mit seinen übrigen Teilen in einem weiteren Exkurs über „Die Frage der 'friedlichen Koexistenz' im chinesisch-sowjetischen Konflikt“ führen.

Die Analyse der sozialen Basis der „Theorie“ des Sozialismus in einem Lande wurde bereits im Kapitel 1, Abschnitt 3 dargestellt und wird hier nicht noch einmal explizit wiederholt.

Die siegreiche Revolution und die daraus entstandene Diktatur des Proletariats in Rußland schlug eine Bresche in die imperialistische Front der bürgerlichen Diktaturen. In der Errichtung der Sowjetmacht in Rußland manifestierte sich nicht nur die Niederlage der russischen Bourgeoisie, sondern auch eine qualitative Veränderung des Klassenkräfteverhältnisses auf internationaler Ebene zugunsten des internationalen Proletariats. Gleichzeitig fand der allgemeine Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus seinen besonderen Ausdruck im Widerspruch zwischen dem russischen proletarischen Staat und den imperialistischen Staaten. Es handelt sich dabei also nicht um einen vom allgemeinen Widerspruch losgelöst verständlichen Widerspruch, sondern um eine besondere Form, in der sich das Allgemeine zur Geltung brachte.

Waren das die Voraussetzungen der sowjetrussischen Außenpolitik auf der allgemeinsten Ebene, so bestanden ihre aktuellen Voraussetzungen darin, daß die Bolschewiki bei der Oktoberrevolution zwar nicht von der Gleichzeitigkeit der europäischen Revolution ausgingen oder gar von der Erwartung der europäischen Revolution „für einen bestimmten Termin“, wie es ihnen von Kautsky unterstellt wurde<sup>204</sup>, aber wohl von der Erwartung der europäischen (und besonders der deutschen) Revolution „in einem mehr oder minder nahen Zeitraum“ – eine Erwartung, die „auf einer marxistisch richtigen Bewertung der durch den Krieg in allen europäischen Ländern geschaffenen objektiven Lage“ beruhte<sup>205</sup>.

In ihrer ersten Phase konkretisierte die sowjetische Außenpolitik die „algebraische“ Formel der Erwartung der europäischen Revolution „in einem mehr oder minder nahen Zeitraum“ eher zugunsten einer näheren als einer ferneren Distanz.

Die außenpolitische Aktivität der Sowjetmacht begann sofort mit dem Oktobersieg, den die Bolschewiki wesentlich durch die Verknüpfung der Forderungen nach „Land, Brot und soforti-

<sup>204</sup> K. Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, S. 29, zitiert nach W.I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Werke Bd. 28, S. 288

<sup>205</sup> W.I. Lenin, a. a. O., S. 289. Diese Einschätzung wurde in fast allen übrigen europäischen Ländern durch die revolutionäre Nachkriegswelle in den Jahren 1918/19 bestätigt, wobei die Niederlage dieser Nachkriegswelle nicht aus einer Fehleinschätzung der objektiven Situation und der Kampfbereitschaft des Proletariats resultierte, sondern auf die Unreife der revolutionären Führungen, die sich erst seit kurzer Zeit von der Sozialdemokratie gelöst hatten, und ihre dadurch bedingte Unfähigkeit zurückzuführen ist, die Kampfkraft des Proletariats effektiv gegen die sozialdemokratische Politik des Verrats durchzusetzen.

gen Frieden“ mit der Parole „Alle Macht den Sowjets“ errungen hatten.

Der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß richtete sich bereits einen Tag nach der Machtergreifung an die kriegführenden imperialistischen Regierungen mit dem Angebot eines sofortigen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Basis der Anerkennung des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen“. Dieses Friedensangebot war jedoch nicht nur an die Regierungen gerichtet, sondern gleichzeitig an die Völker und „insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands.“<sup>206</sup> Die Sowjetmacht ging davon aus, daß man zur Beendigung des Krieges, „der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, ... das Kapital selbst niederringen (muß)“. Das Friedensangebot – so sagte Lenin auf der Sitzung des Petrograder Sowjets am 25. Oktober (7. November) – „wird überall unter den Massen des internationalen Proletariats leidenschaftlichen Widerhall finden. Um dieses Vertrauen des Proletariats zu festigen, müssen sofort alle Geheimverträge veröffentlicht werden.“<sup>207</sup> Des weiteren wurde die Geheimdiplomatie abgeschafft, und die „provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands“ erklärte, „daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen.“<sup>208</sup>

Die Ablehnung der Geheimdiplomatie durch die Sowjetmacht basierte auf der Anerkennung des Widerspruchs zwischen internationalem Proletariat und imperialistischer Bourgeoisie als bestimmendem Faktor auch für die Ebene der außenpolitischen Beziehungen mit imperialistischen Ländern. Die sowjetische Außenpolitik war dem internationalen Proletariat verpflichtet und mit imperialistischen Staaten – die auch außenpolitisch als Exekutivkomitees der jeweiligen nationalen Bourgeoisien aufgefaßt wurden – sollte so verhandelt werden, daß es die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen hören konnten.<sup>209</sup>

Die auftretenden Widersprüche zwischen proletarischer Außenpolitik und proletarischem Internationalismus waren partieller und keinesfalls prinzipieller Natur und wurden von allen Beteiligten, die in der ersten Phase der sowjetischen Außenpolitik mit diesen Teilwidersprüchen konfrontiert waren, vom Standpunkt des internationalen Proletariats, d.h. vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus, behandelt.

Die Auseinandersetzungen in der KPR (B) über die Brest-Litowsker Separatfriedensverhandlungen mit den Mittelmächten<sup>210</sup> drehten sich denn auch nicht um die von Joscha Schmierer angedeutete Alternative zwischen Befürwortern eines Separatfriedens, die von den „Widersprüche(n) zwischen den Zielen der kommunistischen Weltbewegung und den Voraussetzungen der Außenpolitik der proletarischen Staaten“, ausgingen, und Gegnern des Brester Friedens, die diese Widersprüche subjektivistisch vom Standpunkt der Weltrevolution negierten<sup>211</sup>. Lenin stellte sich in dieser Auseinandersetzung nämlich nicht auf den Standpunkt der mechanischen Trennung von Zielen des proletarischen Internationalismus und Aufgaben der Außenpolitik – wie Schmierer uns das gerne weismachen möchte –, sondern ging, wie die Gegner des Separatfriedens, vom internationalen Standpunkt aus und wies von daher die Fehler der Friedensgegner nach<sup>212</sup>.

Nach Lenins Argumentation war die russische Arbeiterklasse ein Trupp – und zwar ein vergleichsweise schwacher Trupp – des internationalen Proletariats, der aufgrund der historischen

<sup>206</sup> Dekret über den Frieden, in: W.I. Lenin, Werke Bd. 26, S. 241

<sup>207</sup> W.I. Lenin, Rede über die Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Bd. 26, S. 228 f.

<sup>208</sup> Dekret über den Frieden, W.I. Lenin, a. a. O., S. 241

<sup>209</sup> Vgl. I. Deutscher, Trotzki 1879 - 1921 . . . , a. a. O., S. 334

<sup>210</sup> Die Alliierten (und Verbündeten des zaristischen Rußland im Weltkrieg) erkannten die Sowjetmacht nicht an und unterhielten stattdessen formelle Beziehungen mit dem Oberstkommandierenden der zaristischen Armee, General Duchonin, weil sie an der Fortführung des Krieges interessiert waren. Vgl. I. Deutscher, a. a. O., S. 332

<sup>211</sup> Vgl. „Prinzipien und Strategie der Außenpolitik der VR China“, NRF, 1/72, S. 8

<sup>212</sup> Dies geht im übrigen auch aus den von Schmierer angeführten Lenin-Zitaten hervor (NRF 1/72, S. 8). Aber so ist es halt: Mit der Zitiererei als Analyseersatz fängt es an – und schließlich schenkt man es sich sogar noch, wenigstens das zu analysieren, was man gerade zitiert hat.

Umstände (d.h. aufgrund der Ungleichzeitigkeit und Kombiniiertheit der historischen Entwicklung) den anderen Trupps der internationalen Armee des Proletariats vorangeeilt war. Die Sowjetmacht hatte nun die Aufgabe, angesichts des langsameren Marschschritts des Proletariats der übrigen europäischen Länder unter allen Umständen auf dem Posten zu bleiben und ihre politische Taktik daran zu orientieren, abzuwarten, sich eine kurze Atempause zur Sammlung der Kräfte zu verschaffen, die Konflikte und Gegensätze unter den imperialistischen Staaten auszunutzen<sup>213</sup>.

Den Vorwurf, der Abschluß eines für den imperialistischen Gegner günstigen Separatfriedens sei ein Bruch mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, parierte Lenin folgendermaßen: "... dieses Argument ist offenkundig falsch. Arbeiter, die einen Streik verlieren und Bedingungen für die Arbeitsaufnahme unterzeichnen, die für sie unvorteilhaft, für die Kapitalisten aber vorteilhaft sind, begehen keinen Verrat am Sozialismus. Verrat am Sozialismus begehen nur diejenigen, die Vorteile für einen Teil der Arbeiter gegen Vorteile für die Kapitalisten austauschen; nur solche Abkommen sind prinzipiell unzulässig."<sup>214</sup> Mit anderen Worten: „prinzipiell unzulässig“ sind solche außenpolitischen Abkommen mit den Imperialisten, die auf Kosten des internationalen Proletariats abgeschlossen werden. Gerade dies – so argumentierte Lenin weiter – war beim Brester Separatfrieden nicht der Fall. Die deutsche Revolution, „was ihre objektiven Grundlagen betrifft“, würde durch einen Separatfrieden nicht erschwert<sup>215</sup>. Lenin räumte jedoch ein, die Frage stelle sich anders, „wenn die deutschen linken Sozialdemokraten uns auffordern würden, den Separatfrieden für eine bestimmte Frist hinauszuzögern und uns eine revolutionäre Aktion in Deutschland in dieser Frist garantierten ... Aber die deutschen Linken sagen das nicht ...“<sup>216</sup>.

Der Friede von Brest-Litowsk wurde angesichts der militärischen Übermacht der Mittelmächte und der Demobilisierung der russischen Armee, deren Zustand die Perspektive eines revolutionären Kriegs zu diesem Zeitpunkt ausschloß, „im Interesse der sozialistischen Revolution, die *noch* schwach ist (denn die in Deutschland heranreifende Revolution ist uns Russen *noch* nicht zu Hilfe gekommen)“<sup>217</sup> abgeschlossen.

In der Praxis unterlief die Sowjetmacht den Vertrag mit den Mittelmächten in mehreren Punkten. Die revolutionäre Propaganda wurde nicht eingeschränkt und die deutschen und österreichischen Arbeiter und Soldaten wurden weiter unablässig (selbst während der Brester Friedensverhandlungen) zum Aufstand aufgerufen<sup>218</sup>. Entgegen der im Brester Friedensvertrag enthaltenen Klausel über die Abrüstung Rußlands erteilte das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee (des Sowjet) die Bewilligung zur Schaffung der Roten Armee (Dekrete vom 15. Jan. und 22. April 1918). Seinen Eid leistete der Rotarmist „vor der Arbeiterklasse Rußlands und der ganzen Welt“ und seine Handlungen und Gedanken sollten „auf das große Ziel der Be-

<sup>213</sup> Vgl. W.I. Lenin, Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 29. April 1918) Werke Bd. 27, S. 271 ff. Vgl. Ders., Bericht über die Außenpolitik in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrussischen ZEK und des Moskauer Sowjets, 14. Mai 1918, Werke Bd. 27, S. 358 ff.

<sup>214</sup> W.I. Lenin, Zur Geschichte eines unglückseligen Friedens, Werke Bd. 26, S. 445

<sup>215</sup> Vgl. W.I. Lenin. a. a. O., S. 449

<sup>216</sup> a. a. O., S. 446

<sup>217</sup> W.I. Lenin, Über die revolutionäre Phrase, Werke Bd. 27, S. 9. Lenin erklärte im Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der KPR(B) (1919) die Opposition der Gegner des Brester Friedens („linke“ Bolschewiki, linke Sozialrevolutionäre) mit dem Druck des kleinbürgerlichen, nationalistischen Elements, der durch die internationalistische „revolutionäre Phrase“ nur überdeckt worden war: „Die Bourgeoisie ist in höherem Maße international als die Kleineigentümer. Wir mußten in der Zeit des Brester Friedens mit dieser Tatsache in Kollision geraten, **als die Sowjetmacht die Welt-diktatur des Proletariats und die Weltrevolution über alle nationalen Opfer stellte, so schwer sie auch sein mochten.** Wir mußten dabei in den schärfsten Konflikt mit den kleinbürgerlichen Elementen geraten ... In der Zeit des Brester Friedens bestand unsere Aufgabe als Internationalisten darin, um jeden Preis den proletarischen Elementen die Möglichkeit zu geben, zu erstarken und sich zusammenzuschließen. Das eben hat damals die kleinbürgerlichen Parteien von uns abgestoßen.“ (Werke Bd. 29, S. 135 f.) (Hervorhebung von uns).

<sup>218</sup> Vgl. I. Deutscher, Trotzki 1879 - 1921 ..., a. a. O., S. 377

freierung aller Arbeiter gerichtet sein“.<sup>219</sup>

In dieser Struktur des Verhältnisses von proletarischem Internationalismus und proletarischer Außenpolitik in der ersten Phase der Sowjetmacht nahm die 1919 gegründete Kommunistische Internationale eine entscheidende Position ein. In dieser Phase war die Komintern keinesfalls, wie Schmierer behauptet, der sowjetischen Außenpolitik als „kompensatorisches“ Mittel beigeordnet, um den „Widerspruch zwischen Außenpolitik der SU und den Zielen der kommunistischen Weltbewegung in einer einheitlichen internationalistischen revolutionären Strategie“ aufzuheben<sup>220</sup>.

Die Außenpolitik des Sowjetstaats war in der Bürgerkriegsphase nicht nur in die weltrevolutionäre Strategie der Komintern eingeordnet, sie war dieser sogar untergeordnet. Dies ergab sich aus der Kräftekonstellation auf nationaler und internationaler Ebene in der Bürgerkriegsperiode: Bei dieser Konfrontation der Sowjetmacht mit der nationalen und internationalen Konterrevolution ergab sich notwendigerweise eine weitgehende Interessensidentität von Sowjetmacht und Weltrevolution.

Die Verpflichtung der Parteien der Komintern, die proletarische Revolution in Rußland zu unterstützen und zu verteidigen, war eingeordnet in die allgemeine Verpflichtung zu internationaler Solidarität. Die Forderungen des proletarischen Internationalismus richteten sich gleichermaßen an die Arbeiter der kapitalistischen Länder wie an die Arbeiterklassen, die ihre nationale Bourgeoisie gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet hatten. So heißt es in den von Lenin vorgelegten Leitsätzen des II. Kominternkongresses über die Nationalitäten- und Kolonialfrage: „Der proletarische Internationalismus ... fordert ( ... 2.) von der Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen.“<sup>221</sup>

Der Kampf der Komintern und ihrer Parteien für Sowjetrußland war integraler Bestandteil des Kampfes gegen den Weltimperialismus<sup>222</sup> und die Forderung der Statuten der Internationale nach restloser Unterstützung Sowjetrußlands war mit dem Aufruf an „die Proletarier der ganzen Welt (gekoppelt), denselben Weg zu gehen“, d. h. die Bourgeoisie im eigenen Land niederzuwerfen<sup>223</sup>.

Obwohl sich unmittelbar nach dem I. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Ungarn und Bayern Räterepubliken erhoben, fiel die Gründung der Komintern dennoch mit dem Beginn des Zurückflutens der revolutionären Nachkriegswelle zusammen. Der Berliner „Spartakusaufstand“ war bereits niedergeschlagen und auch die Räteherrschaft in Ungarn und Bayern währte nur wenige Monate. Die Komintern erfaßte diesen Wendepunkt in seinem vollen Umfang erst auf ihrem III. Kongreß 1921. Die Niederlagen des Jahres 1919 wurden anfänglich als partielle Rückschläge im Rahmen einer weiteren steilen Aufwärtsbewegung der revolutionären Welle analog der Juniniederlage der Bolschewiki im Jahre 1917 gewertet<sup>224</sup>. Trotzki sagte dazu auf dem III. Kongreß der Komintern 1921 selbstkritisch:

„Unzweifelhaft ist jedenfalls, daß wir alle um die Zeit des ersten Kongresses (1919) – die einen mehr, die anderen weniger – darauf rechneten, daß der elementare Ansturm der Arbeiter- und zum Teil auch der Bauernmassen in der allernächsten Zukunft die Bourgeoisie stürzen würde ... Der zweite Kongreß im Jahre 1920 trat an einem Wendepunkt zusammen: schon fühlte man, daß durch einen einzigen Anlauf, in wenigen Wochen oder Monaten die Bourgeoisie nicht zu stürzen ist, daß dazu eine ernstere politische und organisatorische Vorbereitung notwendig ist.“

<sup>219</sup> Schwur der Roten Armee, zitiert nach I. Deutscher, Trotzki 1879 - 1921. a.a.O., S. 530 Anm. 7

<sup>220</sup> J. Schmierer, a. a. O., S. 9 f.

<sup>221</sup> Protokoll des II. Weltkongresses der Komintern, a. a. O., S. 229. Vgl. auch Lenins Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage, Werke Bd. 31 S. 136 f.

<sup>222</sup> Vgl. Manifest des II. Kongresses der Komintern, Protokoll, a. a. O., (Anhang), S. 728

<sup>223</sup> Statuten der Komintern, a. a. O., S. 602

<sup>224</sup> Vgl. I. Deutscher, Trotzki 1879 - 1921 ..., a. a. O., S. 423



Man hoffte jedoch, der Marsch der Roten Armee nach Warschau und weiter bis zur Ostgrenze Deutschlands „(würde) als Ergänzungskraft im Kampf der europäischen Kräfte die Lawine der Revolution von ihrem momentanen toten Punkt verrücken (...) ... Nach dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale stellte sich immer mehr und mehr die Notwendigkeit einer komplizierteren Strategie der revolutionären Arbeitermassen heraus.“<sup>225</sup>

Der Nachkriegskrise des europäischen Kapitalismus und der damit verbundenen revolutionären Offensive des Proletariats war eine vorübergehende Stabilisierung des Kapitalismus und eine Konteroffensive der Bourgeoisie gefolgt.

Der Defensivkampf des Proletariats mußte so ansetzen, daß er sich „in einem gewissen Stadium in einen revolutionären Offensivkampf verwandeln und mit dem Sieg enden“ konnte<sup>226</sup>. Lenins „algebraische“ Formel der Erwartung der europäischen Revolution „in einem mehr oder minder nahen Zeitraum“ mußte nun nicht nur im Sinne einer ferneren Distanz („vielleicht von Jahren“) konkretisiert werden, sondern auch im Sinne mehrerer weniger offensichtlicher Möglichkeiten, die eine gewissenhafte analytische Arbeit der Komintern und eine flexible Politik erforderlich machten.

Trotzki wies auf dem IV. Kongreß der Komintern auf die Parallelität zwischen dem Rückzug der Komintern und dem wirtschaftspolitischen Rückzug (NEP) in Rußland hin:

„Auf dem dritten Kongreß hat die überwiegende Mehrheit desselben diejenigen Elemente der Internationale zur Ordnung gerufen, von deren Seite die Gefahr drohte, daß die Avantgarde durch übereiltes Vordringen an der Passivität oder Unreife der großen Masse der Arbeiterklasse und an der noch bestehenden Festigkeit des kapitalistischen Staates zerschellte. Darin lag die größte Gefahr, und die Mahnung des dritten Kongresses bestand darin, die Aufmerksamkeit auf diese Gefahr zu lenken. Soweit hierin ein Rückzug vorlag, ging dieser Rückzug mit dem wirtschaftlichen Rückzug Rußlands parallel“<sup>227</sup>.

Die Parallelität dieser Rückzüge hatte ihren Grund jedoch nicht – noch nicht – in einer mechanischen Übertragung der wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse des russischen Sowjetstaates auf Strategie und Taktik der Komintern, sondern, wie bereits in Kap. I, Abschn. 2 dargelegt, in den Niederlagen des westeuropäischen Proletariats während der revolutionären Nachkriegswelle und der, wenn auch nur vorübergehenden, relativen Stabilisierung des Kapitalismus, die den Ungleichzeitigkeiten des internationalen Revolutionsprozesses einen Rhythmus von Jahren (und nicht, wie unmittelbar nach dem Krieg, von Wochen und Monaten) gab.

In dieser zweiten Phase, die durch die Verlängerung der zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Etappen des revolutionären Prozesses charakterisiert war, mußte ein neues Verhältnis zwischen proletarischem Internationalismus und sowjetischer Außenpolitik definiert werden.

Nach dem Weltkrieg und Bürgerkrieg war „ein gewisses, im höchsten Grade labiles, aber immerhin unzweifelhaftes, unbestreitbares Gleichgewicht“ zwischen Weltrevolution und Imperialismus entstanden<sup>228</sup>. Im Verhältnis der SU zu den imperialistischen Ländern war im gleichen Zusammenhang „ein langwieriges Sichhinziehen der Lage ohne endgültige Entscheidung zugunsten der einen oder der anderen Seite“ eingetroffen<sup>229</sup>. Das nach der unmittelbaren Nachkriegskrise des Kapitalismus einsetzende labile Kräftegleichgewicht hatte seine materielle Basis in der relativen Stabilisierung im Rahmen der allgemeinen Dauerkrise des Kapitalismus<sup>230</sup> und in der Vertiefung der interimperialistischen Widersprüche. Die imperialistischen Staaten

<sup>225</sup> L.D. Trotzki, Die neue Etappe, HH 1921 (Reprint), S. 59 f.

<sup>226</sup> L.D. Trotzki, a. a. O., S. 46

<sup>227</sup> Protokoll des IV. Kongresses der Komintern, HH 1923 (Reprint Erlangen 1972), Bd. 1, S. 293 f.

<sup>228</sup> W.I. Lenin, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik, Werke Bd. 33, S. 130

<sup>229</sup> W.I. Lenin, Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei, Werke Bd. 31, S. 406

<sup>230</sup> Heilmann/Rabehl weisen in ihrer Arbeit über die „Bolschewisierungslegende der KPD“ (Teil 1, SOPO 9, Dez. 1970) zu Recht darauf hin, daß „die ‚Betonung‘ der objektiv revolutionären Situation“ in den Analysen der Komintern zu einem Mittel degenerierte, „um das aktuelle Ende der unmittelbar revolutionären Situation nicht eindeutig aussprechen zu müssen“ (S. 92).

waren nur deshalb nicht in der Lage, eine konterrevolutionäre „Einheitsfront“ gegen die SU zustandezubekommen, weil ihre Uneinigkeit weder zufällig noch eine „Parteizwistigkeit“ war, sondern weil es sich vielmehr „um einen tiefen, unausrottbaren Widerstreit der ökonomischen Interessen der imperialistischen Länder handelt(e), die, weil sie auf dem Boden des Privateigentums an Grund und Boden und am Kapital stehen, zwangsläufig eine solche Raubpolitik treiben müssen ...“<sup>231</sup>

Nach dem Weltkrieg entstanden zum einen Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern (England und Frankreich, Japan und die USA usw.) und zum anderen waren die Mittelmächte durch den Versailler Vertrag in die Abhängigkeit von den Siegermächten gekommen. Ziel der sowjetischen Außenpolitik war es, diese Situation optimal für die Konsolidierung der Sowjetmacht im Rahmen der NEP auszunutzen, um die weiteren Siege der Weltrevolution abwarten zu können und für damit verbundene Verschärfungen der internationalen Situation vorbereitet zu sein.

Der Aufnahme von Handelsbeziehungen mit den imperialistischen Ländern kam hierbei eine wichtige Funktion zu: die ökonomische Konkurrenzsituation unter den imperialistischen Ländern konnte durch eine geschickte Außenpolitik ausgenutzt und verschärft und die Gefahr einer „imperialistischen Einheitsfront“ wenigstens für einen bestimmten Zeitraum verhindert werden. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen waren das wichtigste Element der sowjetischen Außenpolitik in dieser Phase. Dennoch war nicht das ökonomische, sondern das politische Interesse der bestimmende Faktor. In seinem „Referat über die Konzessionen“ erklärte Lenin: „Unsere Hauptinteressen bei den Verhandlungen über Konzessionen waren also politische Interessen ... Ökonomisch ist das also eine ganz untergeordnete Frage, sie erhält ihren ganzen Sinn durch das politische Interesse“<sup>232</sup>.

Die von Lenin in dieser Phase entwickelte Koexistenzpolitik war eine Konkretisierung der strategischen Linie der sowjetischen Außenpolitik für eine Phase des relativen Kräftegleichgewichts zwischen Weltrevolution und Imperialismus. Die grundlegende Aufgabenstellung der proletarischen Außenpolitik hieß wie im Jahre 1918: Angesichts des langsameren Marschschritts der internationalen Revolution auf dem Posten bleiben, abwarten, unter Ausnutzung der interimperialistischen Gegensätze eine Atempause zur Sammlung der Kräfte verschaffen. „Koexistenzpolitik bezeichnet... bei Lenin im wesentlichen die Entwicklung eines Kodex von zwischenstaatlichen Verkehrsformen, um die Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern zum eigenen Vorteil zu etablieren“<sup>233</sup>.

Das unmittelbare Ziel der sowjetischen Außenpolitik war die Anerkennung des Status quo durch die Imperialisten, d.h. die Anerkennung der jungen Sowjetmacht, deren bloße Existenz und Weiterexistenz eine schwere Niederlage für den Imperialismus darstellte. Die SU ihrerseits verpflichtete sich durch eine Anerkennung des Status quo *in der damaligen* Situation zu nichts und ließ auch keine Zweifel über die Vorläufigkeit dieses Status quo aufkommen<sup>234</sup>. Diesen

<sup>231</sup> W.I. Lenin, Referat über die Konzessionen, Werke Bd. 31, S. 462

<sup>232</sup> W.I. Lenin, a. a. O., S. 463

<sup>233</sup> U. Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, F/M 1968, S. 13. Vgl dazu auch E. Mandel, Friedliche Koexistenz und Weltrevolution, Mannheim, o.J., S. 7 f: „Friedliche Koexistenz‘ zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen muß als das angesehen werden, was sie wirklich ist: als Waffenstillstand – und zwar zeitweilig – auf einer der Fronten des internationalen Klassenkampfes. Dieser Kampf geht ununterbrochen weiter auf der anderen Front: dem Klassenkampf innerhalb jedes Landes (was natürlich nicht bedeutet, daß er in jedem Augenblick die gewalttätige Form bewaffneter Aufstände und Zusammenstöße annimmt).“ (S. 8)

<sup>234</sup> Im „Entwurf einer Direktive an den stellvertretenden Vorsitzenden und alle Mitglieder der Delegation von Genua“ notierte Lenin als Hauptaufgabe die Anerkennung der Gleichberechtigung des in der SU errichteten Eigentumssystems durch die Imperialisten. „Zweitens muß man diese Worte und diesen Paragraphen im weitesten Sinne interpretieren, und zwar so, als ob er die Anerkennung dessen beinhaltet, daß eine Ablösung des kapitalistischen Eigentumssystems durch das kommunistische Eigentumssystem unvermeidlich ist...“ (W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 44, S. 374 (russ.), zitiert nach M. Trusch, Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, F/M 1970, S. 153)

Vorstellungen entsprach in exemplarischer Weise der Rapallovertrag<sup>235</sup>, der am 16. April 1922 während der Genuakonferenz zwischen der SU und Deutschland abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag war „eher ein ‚nüchternes und geschäftsmäßiges‘ Abkommen als ein echtes Bündnis“<sup>236</sup>, was exakt den Handlungsanweisungen der sowjetischen Delegation für die Genuakonferenz entsprach, nämlich dort „als Kaufleute“ aufzutreten<sup>237</sup>. Der Rapallovertrag stellte die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern her und war nicht nur die Basis für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, sondern auch für eine Kooperation zwischen der Roten Armee und der deutschen Reichswehr, die „erheblich zur Modernisierung der sowjetischen Streitkräfte vor dem Zweiten Weltkrieg beitrug“<sup>238</sup>. „Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages veränderte sich die Lage auf der Konferenz von Genua mit einem Schlag. Die Einheit im bürgerlichen Lager war gestört ...“<sup>239</sup> Anhand des Rapallovertrages kann nicht nur exemplarisch die Konzeption der sowjetischen Außenpolitik in dieser Phase studiert werden, sondern auch die Behandlung der Widersprüche, die notwendig zwischen proletarischem Internationalismus und Außenpolitik in einer Phase des Waffenstillstandes (der Koexistenz) zwischen proletarischen und imperialistischen Staaten auftreten:

„Auf der Basis der gemeinsamen Ablehnung des Versailler Friedensvertrags konnten die Mittelmächte als potentielle Verbündete (der SU, J.A./O.S.) betrachtet werden. Andererseits waren aber gerade diese Staaten (vor allem das Deutsche Reich) innenpolitisch am labilsten, und hatten revolutionäre Bewegungen in ihnen die meisten Aussichten in Westeuropa. Die bürgerlichen Regierungen dieser Länder waren so außenpolitische Partner der UdSSR geworden, während die kommunistischen Parteien in diesen Ländern diese Regierungen erbittert bekämpften und stürzen wollten.“<sup>240</sup>

Diese Widersprüche hatten ihre Basis nicht in einer Veränderung der grundsätzlichen Konzeption der sowjetischen Außenpolitik, sondern darin, daß die russischen Kommunisten daraus mittel- statt kurzfristige taktische Anleitungen ableiten mußten und daß die *unmittelbare* Einheit von staatlicher Front und Klassenfront des internationalen Klassenkampfes in der Phase des Waffenstillstands an der staatlichen Front in eine *mittelbare* Einheit überging. Diese Widersprüche mußten in der Struktur des Verhältnisses von Außenpolitik und Kominternpolitik aufgehoben werden: Während der unmittelbaren Einheit von staatlicher Front und Klassenfront im weltrevolutionären Prozeß die Unterordnung der Außenpolitik unter die Strategie der Komintern entsprach, traten Außenpolitik und Komintern in der Phase der mittelbaren Einheit *formal* mehr oder weniger gleichberechtigt nebeneinander. Damit sollte die Autonomie der Komintern und ihrer Parteien von den taktischen Notwendigkeiten der sowjetischen Außenpolitik gewährleistet werden. Die Komintern und die KPD behielten ihren Kurs auf eine proletarische Revolution in Deutschland auch nach dem Rapallovertrag unbeirrt bei.

Die sowjetische Koexistenzpolitik Anfang der 20er Jahre war nichts anderes als die taktische Form der durch die Prinzipien des proletarischen Internationalismus bestimmten Strategie der Außenpolitik eines isolierten proletarischen Staates in der Phase des relativen Kräftegleichgewichts zwischen Weltrevolution und Imperialismus und der dadurch bedingten kapitalistischen Stabilisierung<sup>241</sup>. Zu einer strategischen Linie der sowjetischen Außenpolitik konnte

<sup>235</sup> In seinem „Entwurf einer EntschlieÙung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz“ heißt es bei Lenin: „Deshalb ... erkennt es (das gesamtrussische ZEK, J.A./O.S.) als normal für die Beziehungen der RSFSR zu kapitalistischen Staaten nur einen solchen Typus von Verträgen an;...“ (Werke Bd. 33, S. 343)

<sup>236</sup> I. Deutscher, Trotzki 1921 - 1929 ..., a. a. O., S. 68

<sup>237</sup> Vgl. W.I. Lenin, Über die internationale und innere Lage der Sowjetrepublik, Werke Bd. 33, S. 197 ff.

Tschitscherin, der Leiter der sowjetischen Delegation, erklärte: „Unsere Hauptlinie: Wir behalten unsere Weltanschauung (in der Rede erwähnen wir sie kurz) und ihr behaltet eure Weltanschauung, und beides bleibt in diesem Fall abseits, denn wir treffen uns als Geschäftsleute ...“ (zitiert nach M. Trusch, a. a. O., S. 154)

<sup>238</sup> I. Deutscher, a. a. O.

<sup>239</sup> M. Trusch, a. a. O., S. 167

<sup>240</sup> U. Schmiederer, a. a. O., S. 15

<sup>241</sup> U. Schmiederer hat darum recht, wenn sie schreibt: „Koexistenzpolitik war für Lenin weder ‚friedlich‘, noch

die Koexistenzpolitik in der damaligen Phase schon darum nicht werden, weil sich die russischen Kommunisten keinerlei Illusionen machten über die zeitliche Länge der relativen Stabilisierung des Imperialismus und die Dauer des Kräftegleichgewichts auf internationaler Ebene:

„... an dauerhafte Handelsbeziehungen mit den imperialistischen Mächten glauben wir keinen Augenblick. Das wird eine vorübergehende Pause sein.“<sup>242</sup>

Wenn es auch notwendig war, zur Verlängerung dieser Pause maximale Zugeständnisse zu machen<sup>243</sup>, so erklärte Lenin auf dem IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß: „Wir gehen auf die größten Zugeständnisse und Opfer ein, aber nicht auf jegliche, nicht auf endlose“<sup>244</sup>. Und an anderer Stelle sagte Lenin:

„Wir werden es uns zur Regel machen müssen, der internationalen Bourgeoisie keine politischen Zugeständnisse zu machen (...), wenn wir dafür nicht mehr oder minder gleichwertige Zugeständnisse von der internationalen Bourgeoisie zugunsten Sowjetrußlands oder zugunsten anderer Kampftrupps des mit dem Kapitalismus ringenden internationalen Proletariats erhalten.“<sup>245</sup>

Die Bolschewiki waren sich des Zusammenhangs zwischen den beiden Fronten des internationalen Klassenkampfes voll bewußt: Die Verschärfung des Kampfes an der Klassenfront führt zu einer Zuspitzung des Konflikts an der staatlichen Front zwischen der SU und den imperialistischen Ländern, bis sie in einem Augenblick „äußerster gesellschaftlicher und militärischer Spannung im Weltmaßstabe zu unmittelbarer Einheit verschmelzen“.<sup>246</sup>

„Und je mehr in die Tiefe, je bedrohlicher die kommunistische Bewegung wachsen wird, desto öfter werden sie (die Imperialisten, J.A./O.S.) erneute Versuche machen, unsere Republik zu erdrosseln.“<sup>247</sup>

Wenn Schmierer auch die Widersprüche zwischen einer Außenpolitik der Koexistenz und den Zielen der internationalen kommunistischen Bewegung herausarbeitet und die Autonomie der kommunistischen Bewegung von den Zwängen außenpolitischer Taktik verteidigt, weigert er sich doch, den *taktischen* Charakter der Leninschen Koexistenzpolitik anzuerkennen<sup>248</sup>.

Ebensowenig ist Schmierer in der Lage, die „Weiterentwicklung“ der Koexistenzpolitik bis hin zum Chruschtschowrevisionismus wirklich materialistisch zu begreifen, da er sich weigert, die Entartung der sowjetischen Außenpolitik und der Komintern als Teil des Degenerationsprozesses der sowjetischen Übergangsgesellschaft und der KPdSU unter Stalin zu analysieren<sup>249</sup>.

die 'Generallinie' der Außenpolitik überhaupt“ (a. a. O., S. 13). Vgl. auch E. Mandel, a. a. O., S. 7 (Anm. 14)

<sup>242</sup> W.I. Lenin, Referat über die Konzessionen, a. a. O., S. 468 f.

<sup>243</sup> Zu diesen Zugeständnissen gehörte notwendigerweise: „Anpassung an die zwischenstaatlichen Gepflogenheiten des antagonistischen Systems und Übernahme von 'klassischen' Methoden und Mitteln des zwischenstaatlichen Verkehrs und der Diplomatie“ (einschließlich Geheimverhandlungen und Geheimverträgen). (U. Schmiederer, a. a. O., S. 16).

<sup>244</sup> W.I. Lenin, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik. a. a. O., S. 131

<sup>245</sup> W.I. Lenin, Wir haben zu teuer bezahlt, Werke Bd. 33, S. 318

<sup>246</sup> E. Mandel, a. a. O., S. 8

<sup>247</sup> W.I. Lenin, Referat über die Konzessionen, a. a. O., S. 463

<sup>248</sup> Die chinesischen Kommunisten (und an sie und nicht an Lenin selbst hält sich Schmierer in seiner 'Analyse' der Leninschen Außenpolitik (!) haben zwar in ihrer Polemik mit der KPdSU die friedliche Koexistenz als „Generallinie“ der Außenpolitik sozialistischer Staaten abgelehnt. Dies geschah jedoch nicht, weil sie den taktischen Charakter der Koexistenzpolitik betonen, sondern weil durch eine Konzeption der friedlichen Koexistenz als Generallinie „die richtige Behandlung der Beziehungen der sozialistischen Staaten mit den unterdrückten Völkern und Nationen [unmöglich ist – Ergänzung der Herausgeber]. Deshalb ist es falsch, die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten zu machen.“ (Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, W-Berlin 1971, S. 37)

<sup>249</sup> „Inwieweit diese Gefahren der Entartung der Partei schon oder gerade unter Stalins Führung eingetreten sind und inwiefern sich dies in einem falschen Verhältnis der Komintern zur Außenpolitik der Sowjetunion niederschlug, kann hier nicht untersucht werden.“ Die Gründe für die Auflösung der Komintern „können hier ebenfalls nicht untersucht werden“ (J. Schmierer, Prinzipien und Strategie der Außenpolitik . . . , a. a. O., S. 10). Diese Sätze stellen ein geradezu typisches Beispiel dafür dar, wie die in der Studentenbewegung „populäre“ Tabula-rasa-Haltung zum System wird und in stalinistische Apologetik umschlägt.

Unter Stalins Führung wurde aus der taktischen Konzeption der Koexistenzpolitik zur Schaffung und Erhaltung einer „Atempause“ in einer Situation des labilen Kräftegleichgewichts zwischen Imperialismus und Weltproletariat ein strategischer Eckpfeiler seiner „Theorie“ des Sozialismus in einem Lande, was eine völlige Verkehrung des Verhältnisses von proletarischem Internationalismus, Komintern auf der einen Seite und der sowjetischen Außenpolitik auf der anderen Seite zur Folge hatte. Ernest Mandel weist zu Recht darauf hin, daß es eine unzulässige Vereinfachung wäre, zu behaupten, dieser Umwandlungsprozeß wäre tatsächlich durch Lenins Tod eingeleitet worden. „Bereits vor 1924 gab es Anzeichen für den Beginn eines solchen Wandels.“<sup>250</sup> Aber auch nachdem der Apparat der bolschewistischen Partei bereits weitgehend im Interesse der Staatsbürokratie funktionalisiert war, trat der Funktionswandel der sowjetischen Außenpolitik nicht plötzlich ein, sondern „ergab sich allmählich aus den Veränderungen der internationalen Lage. Man suchte die Lösung nicht in einer endgültigen Entscheidung in dieser oder jener Richtung. Sie kam mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die zuweilen unmerklich, zuweilen aber auch wahrhaft dramatisch waren.“<sup>251</sup>

Während die sowjetische Außenpolitik formal bis Anfang der 30er Jahre der in Rapallo eingeschlagenen Linie folgte<sup>252</sup>, stellte Stalins Begründung für seine „Theorie“ des Sozialismus in einem Lande eine bedeutende inhaltliche Revision der Leninschen außenpolitischen Einschätzungen dar. Stalins „Theorie“ ging nicht mehr von der von Lenin korrekt analysierten historischen Limitierung der Koexistenzmöglichkeiten aus, sondern von der Annahme eines langen Nebeneinanders zwischen der SU und den imperialistischen Ländern bzw. „daß ein Krieg mit dem System kapitalistischer Staaten durch eine geschickte Politik der UdSSR zu vermeiden sei.“<sup>253</sup> Begleitet war diese Einschätzung Stalins von einer tiefen Skepsis gegenüber den Möglichkeiten der Komintern und ihrer Sektionen<sup>254</sup>.

Für Stalin war die Isolation der SU mit der deutschen Niederlage 1923 für eine ganze Phase besiegelt. Seine „Theorie“, die SU sei in der Lage, den sozialistischen Aufbau unabhängig von der internationalen Situation und auf sich allein gestellt zu vollziehen, formulierte Stalin von der Hypothese ausgehend, „daß der Sieg des Sozialismus in den fortgeschrittenen Ländern sich noch um 10 - 20 Jahre verzögern wird“<sup>255</sup>. Nach Stalin war die SU bis zum siegreichen Aufbau des Sozialismus nicht auf die direkte Hilfe des internationalen Proletariats durch revolutionäre Aktionen und siegreiche Revolutionen angewiesen. Das dialektische Verhältnis von sozialistischem Aufbau und Weltrevolution wurde beseitigt<sup>256</sup>. Die Isolation der Sowjetunion, die kapitalistische Einkreisung und der auf der weltpolitischen Übermacht des Imperialismus basierende Status quo, auf deren Überwindung die sowjetische Außenpolitik und die Kominternpolitik

<sup>250</sup> E. Mandel, Friedliche Koexistenz ... , a. a. O., S. 9. Bereits auf dem IV. Kongreß der Komintern (1922) beantwortete Bucharin die Frage, ob ein proletarischer Staat mit einem bürgerlichen Staat ein militärisches Bündnis eingehen könnte, um mittels dieses Bündnisses ein anderes Bürgertum niederzuschmettern, positiv **und fügte hinzu**: „Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, **ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.**“ (Protokoll des IV. WK der KI, Reprint Erlangen 1972', Bd. 1, S. 420; Hervorhebungen von uns)

<sup>251</sup> I. Deutscher, Stalin, Stuttgart 1962, S. 416

<sup>252</sup> In den ersten Jahren der Stalinschen Außenpolitik konnte man in der Theorie „keine systematische Weiterentwicklung einer bestimmten Idee finden, noch weniger eine bestimmte außenpolitische Doktrin der Sowjetregierung.“ (I. Deutscher, a. a. O., S. 411). Zahlreiche Staaten nahmen diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf und schlossen Handelsabkommen. Gegenüber Deutschland blieb weiterhin das Ziel, eine gegen die SU gerichtete Annäherung an die Westmächte (Dawes-Plan, Locarno) zu verhindern.

<sup>253</sup> U. Schmiederer, a. a. O., S. 18

<sup>254</sup> Während Stalin die deutsche Krise 1923 in späteren Jahren als unmittelbar revolutionäre Situation bezeichnete (siehe Werke Bd. 7, S. 29, S. 44 f., usw., usf.) hatte er noch im August 1923 in einem Brief an Sinowjew und Bucharin geraten: „Meiner Ansicht nach muß man die Deutschen zurückhalten und nicht antreiben.“ (zitiert nach A. Thalheimer, 1923: eine verpaßte Revolution?, Berlin 1931, Reprint Bremen o.J., S. 31. Vgl. auch I. Deutscher, Stalin, a. a. O., S. 620 f.; Anm. 7)

<sup>255</sup> J. Stalin, Fragen und Antworten (1925), Werke Bd. 7, S. 143.

<sup>256</sup> Allein die Linke Opposition verteidigte den Leninschen „Kurs auf die ökonomische Festigung der Diktatur des Proletariats in einem Lande bis zu den weiteren Siegen der internationalen proletarischen Revolution“ (L. D. Trotzki, Die permanente Revolution, Vorwort zur deutschen Ausgabe, a. a. O., S. 8).

auf den unterschiedlichen Fronten des internationalen Klassenkampfes unter Lenins Führung ausgerichtet war, wurde zur positiven Bedingung des „Sozialismus in einem Lande“. Die Aufgabe der Verteidigung des sozialistischen Aufbaus in Rußland, bisher unter dem Primat des proletarischen Internationalismus gleichermaßen durch Sowjetdiplomatie und den Kampf der einzelnen Kominternsektionen im eigenen Land wahrgenommen, ging allmählich ganz auf die Sowjetdiplomatie unter dem Primat des sowjetbürokratischen Eigeninteresses über.

Trotzki sagte dazu: „Die thermidorianische Bürokratie verriet die Weltrevolution, fühlte sich aber selbst dabei von ihr verraten, und richtete daraufhin ihre Hauptanstrengungen darauf, die Bourgeoisie zu ‚neutralisieren‘. Dazu mußte sie als gemäßigte, solide, echte Ordnungsstütze erscheinen. Um aber lange und mit Erfolg als etwas zu erscheinen, muß man es wirklich werden. Dafür sorgte die organische Entwicklung der herrschenden Schicht. So kam die Bürokratie, nach und nach vor den Auswirkungen der eigenen Fehler zurückweichend, auf den Gedanken, die Unantastbarkeit der U.S.S.R. durch ihren Anschluß an das System des europäisch-asiatischen Status quo zu garantieren.“<sup>257</sup>

Die Einheit von proletarischem Staat und Weltrevolution bestand nun nicht mehr darin, daß das eine die besondere Form des anderen darstellte, sondern – wie Stalin auf dem VII. erweiterten EKKI-Plenum erklärte – daß der siegreiche Aufbau des Sozialismus in der UdSSR die Voraussetzung für den Sieg der Weltrevolution war. Er führte weiter aus, „daß die Erfolge des Sozialismus in einem Lande, daß der Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande von so gewaltiger internationaler Bedeutung sind, daß dieser Sieg nicht auf unser Land beschränkt sein kann, sondern eine machtvolle Bewegung zum Sozialismus in allen kapitalistischen Ländern hervorrufen muß, wobei er, wenn er zeitlich nicht mit dem Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern zusammenfällt, doch auf jeden Fall eine machtvolle Bewegung der Proletarier der anderen Länder für den Sieg der Weltrevolution auslösen muß.“<sup>258</sup>

Die Liquidierung der Kommunistischen Internationale war in Stalins „Theorie“ bereits als Konsequenz angelegt:

„Welche historische Bedeutung“ – fragt Trotzki – „könnte sie in der Tat noch haben, wenn das Schicksal des Sozialismus in letzter Instanz vom Gosplan (Staatskommission für Planwirtschaft, J.A./O.S.) der UdSSR entschieden wird?“<sup>259</sup>

Die Zuspitzung des Kampfes an der Klassenfront wird eine Verschärfung der Konflikte an der staatlichen Front des internationalen Klassenkampfes nach sich ziehen. Hatte diese Erkenntnis bei Lenin noch dazu gedient, die Grenzen der Koexistenzpolitik als außenpolitische Taktik exakt zu definieren, so wurde sie der Sowjetbürokratie zu einem gewichtigen Argument zur Liquidierung der Eigenständigkeit der Komintern und zur Unterordnung des proletarischen Internationalismus unter die „Dialektik der partiellen Errungenschaften“: Nicht mehr die Durchführung der Revolution im eigenen Lande, sondern die Verhinderung eines Krieges gegen die UdSSR wurde zur Hauptaufgabe der außerrussischen Kominternparteien. Diese neue „Generallinie“ faßte Stalin 1927 in der Formel zusammen:

„Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen ...“<sup>260</sup>

In dem Maße, wie sich die bürokratische Kaste vom Klasseninteresse des sowjetischen Proletariates entfernte und ihr soziales Eigeninteresse entfaltete, entfernte sie sich auch vom Stand-

<sup>257</sup> L.D. Trotzki, Verratene Revolution, a.a.O., S. 188

<sup>258</sup> J. Stalin, Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei, Werke Bd. 9, S. 35 f., vgl. auch S. 24 f.

<sup>259</sup> L.D. Trotzki, Die permanente Revolution – Vorwort zur dt. Ausgabe, a. a. O., S. 14

<sup>260</sup> J. Stalin, Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR, Werke Bd. 10, S. 45 „Vorbehaltlose“ und „bedingungslose“ Verteidigung der Sowjetunion konnte aus dem Munde des Führers der Sowjetbürokratie nur die Verteidigung der bürokratischen Herrschaft und der daraus resultierenden Privilegien heißen, während Trotzki und die Linke Opposition auf die Frage „was verteidigen wir in der UdSSR?“ antworteten: „Nicht die Merkmale, die sie den kapitalistischen Ländern ähnlich machen, sondern genau jene, dank derer sie sich von ihnen unterscheidet...“ (L.D. Trotzki, In Defense of Marxism, New York 1970, 2. Aufl., S. 15)

punkt des internationalen Proletariats.

In der Praxis konnte sich die Konsequenz aus Stalins Konzeption, die Liquidierung des proletarischen Internationalismus und die Unterordnung der Komintern unter die Interessen der sowjetischen Außenpolitik, nur über die Eroberung der Internationale durch die Sowjetbürokratie und ihre Agenten durchsetzen:

„Bereits die ‚Theorie‘ vom Sozialismus in einem Lande, die zum ersten Mal im Herbst 1924 verkündet wurde, deutete auf den Wunsch hin, die Sowjetrepublik vom Programm der internationalen Revolution zu befreien. Die Bürokratie hatte jedoch nicht im Sinn, dabei ihre Verbindung mit der Komintern zu liquidieren, denn diese hätte sich unvermeidlich in eine oppositionelle internationale Organisation verwandelt ... Im Gegenteil, je weniger sich die Kremlpolitik von ihrem ehemaligen Internationalismus leiten ließ, umso fester nahm die herrschende Spitze das Ruder der Komintern in die Hand.“<sup>261</sup>

Die Komintern war der Sowjetbürokratie nicht nur außenpolitisch vermittelt, sondern auch direkt innenpolitisch hinderlich. Aufgrund des Statuts der als demokratisch-zentralistische Weltpartei organisierten Internationale, nach dem jede einzelne Kommunistische Partei nur ein Teil, eine Sektion, war, war die Komintern zumindest formell in der Lage, auf den Kurs ihrer russischen Sektion Einfluß zu nehmen. Die bolschewistische Partei konnte erst dann voll für das staatsbürokratische Interesse funktionalisiert werden, wenn die Komintern erobert war.

Die Komintern war angesichts der „Rekonstruktionsperiode“ der russischen Arbeiterklasse der einzige Faktor, der in der Lage war, die leninistischen Elemente in der SU durch die Ausbreitung der Weltrevolution in ihrem antibürokratischen Kampf zu unterstützen. Seit 1923/4 spiegelten sich alle gesellschaftlichen Konflikte der SU vermittelt durch die bolschewistische Partei mehr oder weniger und mehr oder weniger verzerrt in der Komintern wider. Stichwortartig zählt Hermann Weber auf: „Im Zuge der ‚Bolschewisierung‘ der Kommunistischen Internationale 1924/5 hatte Sinowjew (noch im Bündnis mit Stalin) die Anhänger Trotzki aus den Führungspositionen der Sektion verdrängt.“<sup>262</sup> Die Ausschaltung der linken Führungen der Sektionen, die Sinowjew-Anhänger waren, begann im Herbst 1926 mit dem 'Offenen Brief an die KPD'. 1926/ 27 (im Zuge des Kampfes der Stalin-Bucharin-Fraktion gegen die Vereinigte Linke Opposition unter Führung Sinowjews und Trotzki, J.A./O.S.) wurde nicht nur die deutsche Linke ausgeschlossen, sondern auch die ultralinke polnische Parteiführung (Donski, Ossinska), die Linken in der Tschechoslowakei (Michalec, Pollac u.a.), in Belgien (Overstraaten), Holland (Sneevliet) und selbst in Japan. Die ‚sinowjewistische‘ Parteiführung Frankreichs (Treint, Girault) wurde abgesetzt und 1928 ausgeschlossen und auch die Ultralinken in Italien (um Bordiga) entmachtet.

Nicht anders ging 1928/9 (aufgrund des Bruchs der Stalin-Fraktion mit ihren rechten Verbündeten, Bucharin, der nach Sinowjew Vorsitzender der Komintern war, Rykow und Tomski) als Folge der Veränderung des wirtschaftspolitischen Kurses, J.A./O.S.) der Ausschluß ‚rechter‘ Kommunisten und die Absetzung von ‚Versöhnlern‘ vor sich ...“<sup>263</sup>.

Die Beantwortung der Frage, wieso es der Sowjetbürokratie innerhalb von knapp zehn Jahren möglich war, die Komintern und ihre Sektionen fast völlig ihren Interessen unterzuordnen<sup>264</sup>, würde den Rahmen dieser Arbeit sicherlich sprengen. Wir sagen dies nicht, um uns an einer konkreten Antwort auf eine konkrete Frage vorbeizumogeln, sondern weil wir der Ansicht sind,

<sup>261</sup> L.D. Trotzki, Verratene Revolution, a. a. O., S. 182

<sup>262</sup> „In Polen wurden Warski und Walecki, in der Tschechoslowakei Smeral und Kreibich aus der Führung verdrängt, in Frankreich Souvarine ausgeschlossen ...“ (Anm. H. Weber). Nach Ansicht der Brandlerianer lag für Stalin der wirkliche Grund für die Absetzung der deutschen Parteileitung 1923/24 (Brandler, Thalheimer u.a.) in seiner grundlosen Befürchtung, „daß diese ... seinen großen Gegenspieler Leo Trotzki in dem Fraktionskampf innerhalb der russischen Partei unterstützen würden.“ (W. Bolze, Der Weg der Gewerkschaften, Bremen o.J., S. 84 f.)

<sup>263</sup> Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Gekürzte Studienausgabe, F/M 1969, S. 302 f

<sup>264</sup> Daß die Unterordnung nie völlig möglich war, beweist der durchaus unabhängige Kurs der KP Chinas unter Führung von Mao Tse-tung in den 30er und 40er Jahren.

daß das Anführen monokausaler Zusammenhänge (etwa: der demokratisch-zentralistische Organisationsaufbau der Komintern und der Kommunistischen Parteien haben ihre Verwandlung in einen ‚monolithischen‘ Block erleichtert) der Problematik nicht gerecht wird. Keinesfalls geleugnet sollen hier die Fehler der Komintern in ihrer revolutionären Periode (1919 - 1923) werden. Wahrscheinlich haben gerade diese Fehler die einzelnen Kominternsektionen qualitativ und institutionell so geschwächt, daß die geringe Verankerung der KPen in den proletarischen Massen, d. h. – mit anderen Worten – das Fehlen des Massendrucks von unten, die Formierungstendenz von oben erleichterte und zu einem fast automatischen Mechanismus werden ließ. In einer sorgfältigen Antwort müßte die Analyse von Theorie und Politik der verschiedenen Kominternparteien vermittelt werden.

Die internationale Politik der Sowjetbürokratie folgte Mitte der 20er Jahre ebenso formal der von Lenin abgesteckten Koexistenzpolitik, wie im Inneren die sogenannte „Neo-NEP“ den NEP-Kurs „weiterführte“. Die Kominternpolitik war bereits den Interessen der sowjetischen Außenpolitik unterworfen, was jedoch erst dann zum Ausdruck kam, wenn die Realentwicklung der durch die „Theorie“ vom Sozialismus in einem Lande prognostizierten Entwicklung zuwiderlief. Dies war in einer ganzen Reihe europäischer Länder der Fall und zeigte sich besonders deutlich in England und China. Die von der Stalin-Bucharin-Führung eingeschlagene Mäßigungspolitik der Komintern hatte zum Ziel, die diplomatischen Beziehungen der bürgerlichen Regierungen der betreffenden Länder zur SU zu verbessern.

In England beispielsweise gab sich die sowjetische Führung der Hoffnung hin, die britischen Gewerkschaftsführer würden sich durch eine Zusammenarbeit im 1925 gebildeten britisch-sowjetischen Gewerkschaftskomitee für eine Verbesserung der staatlichen Beziehungen der beiden Länder einsetzen. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit mit den englischen Gewerkschaftsführern eine Verständigung mit der II. Internationale einleiten<sup>265</sup>.

Während der chinesischen Revolution von 1925-1927 zog die sowjetische Außenpolitik die diplomatische Allianz mit einer bürgerlichen Regierung einer tiefgreifenden Störung des Status quo in Asien durch einen Sieg der Arbeiter und der armen Bauern vor. Die Kominternpolitik in der chinesischen Revolution lief darauf hinaus, den von der kommunistischen Partei bewußt angeleiteten Klassenkampf der Arbeiter und armen Bauern zu vermeiden<sup>266</sup> und die chinesischen Kommunisten unter die Hegemonie der Kuomintang unter Leitung Tschiang Kai-scheks zu zwingen<sup>267</sup>. Die gesamte Mäßigungspolitik der Komintern verlief äußerst negativ: Die Politik des britisch-sowjetischen Gewerkschaftskomitees endete im großen Bergarbeiterstreik 1926<sup>268</sup>, die Politik der Komintern in China endete mit der Zerschlagung der Kommune von Shanghai und der Ermordung von zehntausenden Kommunisten und Arbeitern durch die Kuomintang. In Polen bewirkte die Kominterntaktik, daß die Kommunisten den General Pilsudski bei seinem Staatsstreich unterstützten<sup>269</sup>. „Ähnliche Taktiken konnte man für Rumänien und an-

<sup>265</sup> Trotzki bemerkt dazu: „Außerdem schätzt sie (=die Sowjetbürokratie, J.A./O.S.) als herrschende und privilegierte Schicht im Westen weit mehr die Hilfe und Freundschaft der ihr dem sozialen Typus nach verwandten bürgerlichen Radikalen, reformistischen Parlamentarier, Gewerkschaftsbürokraten als die der von ihr sozial durch einen Abgrund getrennten einfachen Arbeiter.“ (Verratene Revolution, a. a. O., S. 187)

<sup>266</sup> Bei der Verschärfung des Klassenkampfes in China i. J. 1925 wurde die KPCh vom EKKI ermahnt, ihr Äußerstes zu tun, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Durch besondere Telegramme Stalins wurde den chinesischen Kommunisten anempfohlen, die Agrarbewegung einzudämmen. Den aufständischen Arbeitern und Bauern wurde verboten, eigene Sowjets zu bilden, stattdessen lehrten Stalin und Bucharin, die Kuomintang „ersetze“ die Sowjets (Vgl. I. Deutscher, Die unvollendete Revolution, F/M u. HH 1970, S. 71 ff. Vgl. ders, Trotzki 1921-1929 ..., a. a. O., S. 306 ff. Vgl. L. D. Trotzki, Die permanente Revolution, a. a. O., S. 34 f. usw.)

<sup>267</sup> Diese Politik erreichte formal ihren Höhepunkt, als die Kuomintang Anfang 1926 in die Komintern aufgenommen und General Tschiang Kai-schek zum Ehrenmitglied des EKKI, des „Generalstabs der Weltrevolution“, gewählt wurde.

<sup>268</sup> „Selbst als die britische Gewerkschaftsbürokratie den Generalstreik von 1926 bereits verraten hatte, gab Stalin den britischen Kommunisten noch Order, das Anglo-Russische Komitee intakt zu halten.“ (G. Jungclas, Referat über die III. Internationale, unveröffentlichtes Manuskript, S. 23)

<sup>269</sup> „... die polnische Partei betrieb in kleinem Maßstab die Politik, die zu gleicher Zeit die chinesischen Kommunisten veranlaßte, General Tschiang Kai-schek und die Kuomintang zu unterstützen.“ (I. Deutscher,



dere Balkanländer beobachten.“<sup>270</sup>

Ende 1927 begann die Komintern ihre opportunistischen Fehler durch eine „ultralinke Politik“ abzulösen. Stalin erklärte auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) die Stabilisierung des Kapitalismus für beendet:

„Die Stabilisierung des Kapitalismus wird immer fauler und unsicherer. Konnte und mußte man vor zwei Jahren von einem Abebben der revolutionären Wogen in Europa sprechen, so haben wir jetzt allen Grund zu der Behauptung, daß Europa eindeutig in die Phase eines neuen revolutionären Aufschwungs eintritt ... Konnte und mußte man vor zwei Jahren von der Periode eines gewissen Gleichgewichts und ‚friedlichen Zusammenlebens‘ zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern sprechen, so haben wir jetzt allen Grund für die Behauptung, daß die Periode ‚friedlichen Zusammenlebens‘ der Vergangenheit anzugehören beginnt ...“<sup>271</sup>.

Der VI. Kongreß der Komintern übernahm 1928 die Thesen Stalins und prognostizierte eine schwere Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern. Die Komintern charakterisierte die Situation nach 1928 als „dritte Periode“ des Nachkriegsimperialismus, in der die kommunistischen Parteien ihre Politik auf einen jähen und geradlinigen Aufschwung ausrichten sollten.<sup>272</sup>

Obwohl die Voraussagen des VI. Kominternkongresses ein Jahr später durch die Weltwirtschaftskrise bestätigt wurden, erheben sich doch konkrete Zweifel, ob die Voraussagen der Komintern tatsächlich auf einer konkreten Analyse der Entwicklung der Widersprüche in den imperialistischen Ländern basierten. Die wichtigsten Einwände seien hier zitiert:

1. Stalin machte keinen Versuch, seine neue Auffassung mit den früheren Prophezeiungen einer Periode von 15 oder 20 Jahren friedlichen Nebeneinanders vom Imperialismus und SU (eines der wichtigsten Argumente für den „Sozialismus in einem Lande“) in Übereinstimmung zu bringen.<sup>273</sup>

2. Mit der Industrialisierung und Kollektivierung wurde die „Theorie“ von der Vollendung des sozialistischen Aufbaus in einem Lande rigoros in die Praxis umzusetzen versucht. Auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B) proklamierte Stalin:

„Zum Unterschied von den durchschnittlichen Etappen ist die Periode vor dem XVI. Parteitag eine Periode der *allgemeinen* Offensive des Sozialismus *an der ganzen Front*, eine Periode des verstärkten sozialistischen Aufbaus sowohl in der Industrie, als auch in der Landwirtschaft. Der XVI. Parteitag ist der Parteitag der *vollentfalteten* Offensive des Sozialismus *an der ganzen Front* ...“<sup>274</sup>

3. „Die Diplomatie der Sowjets tastete noch vorsichtiger als bisher ihre Möglichkeiten ab und ging bei ihren Bestrebungen von der Annahme aus, daß mit einer langen Isolierung der Sowjetregierung zu rechnen sei.“<sup>275</sup>

4. Bernd Rabehl hat in seinem Referat „Komintern und KPD“<sup>276</sup> darauf aufmerksam gemacht, daß Eugen Varga nicht einmal wenige Tage vor dem „Schwarzen Freitag“ auf die nahe Depression hingewiesen hat.

5. Die Linkswendung wurde von der Komintern in einer Situation im Frühjahr 1928 vorgenommen, die weniger durch die künftige Weltwirtschaftskrise als durch die Niederlagen in England und in China und die Schwächung der kommunistischen Parteien in vielen anderen

Trotsky 1921-1929 ..., a. a. O., S. 260)

<sup>270</sup> I. Deutscher, Stalin, a. a. O., S. 621 (Anm. 15).

<sup>271</sup> J. Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, Werke Bd. 10, S. 24§ und 250

<sup>272</sup> Die „Apokalypse“ (Trotsky) der Kominternstrategen unterschied nach 1918 3 Perioden: die „erste Periode“ von 1918-23 war die Periode der akut revolutionären Situation, die „zweite Periode“ von 1924 - 28 war die der kapitalistischen Stabilisierung, die „dritte Periode“ sollte die letzte sein und den revolutionären Sieg einleiten.

<sup>273</sup> I. Deutscher, Stalin, a. a. O., S. 430

<sup>274</sup> J. Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU (B), Werke Bd. 12, S. 299 f.

<sup>275</sup> I. Deutscher, Stalin, a. a. O., S. 431

<sup>276</sup> Das Referat wurde am 28.11.1972 in Heidelberg im Rahmen des Studium Generale gehalten.

Ländern unter den Bedingungen des Aufstiegs des Handels und der Industrie der wichtigsten kapitalistischen Länder gekennzeichnet war. Die zu früh oder besser ohne konkrete Analyse der konkreten Situation begonnene Taktik der „dritten Periode“ isolierte die Kominternsektionen noch mehr von den Massen. Die ultralinke Politik mußte darum im Februar 1930 gerade zu einem Zeitpunkt gemäßigt werden, als die Realentwicklung tatsächlich nach „links“ ging.<sup>277</sup>

Es liegt klar auf der Hand, daß die ultralinke Wendung der Komintern ihre Basis weder in einer Analyse der Entwicklung der Widersprüche des Imperialismus hatte, noch in einem unbewußten Reflex der innerrussischen Entwicklung, sondern in der bewußten Übertragung der Notwendigkeiten, die aus der übereilten Industrialisierung und Kollektivierung resultierten, auf die Komintern: Die einzelnen Kominternsektionen sollten ihre nationalen Bourgeoisien durch ihre ultralinke Politik binden und von einer Intervention in der durch den Kampf mit den Kulaken geschwächten Sowjetunion zurückhalten. Die Stalinbürokratie maß der Kominternpolitik darüber hinaus keinerlei Bedeutung mehr zu. Daß die Kominternpolitik durch ihre Fehler neue Gefahren für die Sowjetunion heraufbeschwören konnte, lag außerhalb des durch die bürokratische „Dialektik der partiellen Errungenschaften“ bornierten Horizonts der sowjetischen Führung.

<sup>277</sup> Vgl. L.D. Trotzki, Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Berlin 1930 (Reprint W-Berlin 1970), S. 1 f.